Dienstag, 15. April 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 87 - 16.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Türkei 750 TL, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts

exklusiv in der WELT:



Befreit oder vergewaltigt?

Hitlers Krieg hat nicht nur die Deutschen ins Unglück gestürzt. Auch ihre Nachbarn im Osten blieben nicht verschont. Sie sind seither unfrei und leiden unter dem Druck von Moskau. Der Historiker Professor Andreas Hillgruber stellt *dazu in seinem Essay „Zweierlei Untergang", aus dem die* WELT heute die zweite Folge abdruckt, fest: Kein Versprechen der Großen Drei über die Zukunft eines befreiten Europas – freie Wahlen, freie Regierungen nach dem Willen des Volkes – ist jemals eingehalten worden. Seite 6.

POLITIK

Neue Heimat: Die Gespräche zwischen der Neuen Heimat und dem Bremer Senat über die von dem Baukonzern beabsichtigte Regionalisierung blieben ohne Einigung. Bürgermeister Wedemeier: Bremens Konzept könne es nicht sein, „Steuergelder zu nehmen und die Neue Heimat zu kaufen".

Indiskretionen: Das Bekanntwerden der Differenzen zwischen der Kölner Generalstaatsanwaltschaft und der Bonner Staatsanwaltschaft über das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl hat ein Nachspiel: Die Aachener Staatsanwaltschaft ermittelt wegen der „Verletzung von Dienstgeheimnissen".

Portugal: Der wirtschaftliche Aufbau des Landes und die Beziehungen zwischen Europa und dem südlichen Afrika stehen im Mittelpunkt der Gespräche, die Regierungschef Aníbal Cavaco Silva in Bonn führt. (S. 5)

Flucht: Drei Facharbeiter aus der „DDR" sind nahe Herleshausen in die Bundesrepublik geflohen. Sie überwanden den neuen Schutzzaun im Hinterland und den Grenzzaun mit einem Bolzenschneider. – Ein Mitglied des Leipziger Bachorchesters hat sich nach einem Gastspiel in Lehrte bei Hannover abgesetzt.

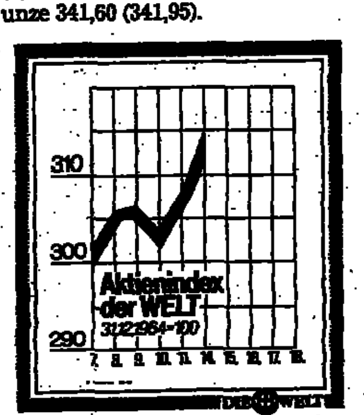
Transit: Auf den Straßen von und nach Berlin wurden seit Anfang 1985 40 Personen festgenommen, weil sie das in der „DDR" geltende absolute Alkoholverbot am Steuer mißachtet haben. Der Berliner Senator Scholz mahnte die Autofahrer, sich mit den Verkehrsregeln vertraut zu machen.

Abmahnungen: Arbeitgeber sind bei der Abmahnung von Mitarbeitern wegen der Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten nicht an bestimmte zeitliche Fristen gebunden. (AZ.: Bundesarbeitsgericht 5 AZR 70/84).

WIRTSCHAFT

Enttäuschend: Für die 500 größten US-Industriefirmen hat das vergangene Jahr insgesamt enttäuschende Ergebnisse gebracht. Die gebremste Inlandskonjunktur, der unterbewertete Dollar und der schärfere internationale Wettbewerb reduzierten das Umsatzplus von 4,27 auf 2,75 Prozent – unter die Inflationsrate. (S. 12)

Börse: Umfangreiche Kaufaufträge aus dem Ausland führten die Aktienkurse auf einen historischen Höchststand. Der Rentenmarkt blieb freundlich. WELT-Aktienindex 314,74 (308,10). BHF Rentenindex 108,083 (108,071). BHF Performance Index 104,838 (104,790). Dollarmittelkurs 2,3135 (2,3050) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,60 (341,95).



KULTUR

Peter Maffay: Der Rocksänger wird Anfang Juni zwei Konzerte in der „DDR" geben. Vorgesehen sind zwei Auftritte Maffays in der Kongreßhalle in Rostock. Er will das Programm seiner Tournee „Sonne der Nacht" präsentieren.

Film: Eine große schauspielerische Leistung der Titeldarstellerin Barbara Sukowa, aber ein schlampiges Drehbuch mit fehlender historischer Genauigkeit – Zu Margarethe von Trottas neuem Film „Rosa Luxemburg". (S. 19)

SPORT

Tennis: Die 16jährige Steffi Graf hat das Turnier von Hilton Head (USA) gewonnen. Sie schlug die Weltranglisten-Zweite Chris Evert-Lloyd mit 6:4, 7:5. (S. 8)

Fußball: Das Halbfinalspiel im Europacup der Pokalsieger zwischen Uerdingen und Atletico Madrid wird morgen von 20.10 Uhr an in der ARD live übertragen.

AUS ALLER WELT



Geburtstag: Gerhard Fieseler (Foto), Veteran der deutschen Luftfahrt und erster deutscher Weltmeister im Kunstflug, feiert heute seinen 90. Geburtstag. Sein Name ist vor allem verbunden mit dem „Fieseler Storch", einem Flugzeug, das nur sehr kurze Start- und Landebahnen benötigt. (S. 20)

Panik: Als beim Ansturm auf ein rituelles Bad im Ganges eine Panik ausbrach, wurden in der indischen Stadt Hardwar fast 50 Menschen zu Tode getrampelt. (S. 20)

Stoltenberg fordert von EG Sparsamkeit und Prioritäten

Hilfe für Bauern soll Vorrang haben / Kabinett berät über die Finanzlage

HEINZ HECK, Bonn

Angesichts der wachsenden Finanzlast, die der Europäischen Gemeinschaft (EG) vor allem von der Agrarpolitik droht, soll das Bundeskabinett nach dem Willen von Finanzminister Stoltenberg Brüssel morgen strengste Ausgabendisziplin verordnen. In seiner Kabinettsvorlage zur „Aktuellen Finanzlage der EG" beziffert Stoltenberg die Vorbelastung für die nächsten Jahre auf „mindestens 43 Milliarden Mark".

„Angesichts der schwierigen Lage der Landwirtschaft und der notwendigen Umgestaltung der EG-Agrarpolitik muß der Agrarfinanzierung, soweit unumgänglich, in dieser Übergangsphase Vorrang eingeräumt werden." Daraus ergebe sich die „zwingende Notwendigkeit", in dieser Phase an anderer Stelle „entsprechende Zurückhaltung zu üben" und bei der Agrarpolitik alle Einsparungsmöglichkeiten auszuschöpfen".

Um den Abbau bestehender Verpflichtungen „*in geordnete Bahnen* zu lenken", fordert Stoltenberg, neue Verpflichtungsermächtigungen so niedrig wie möglich anzusetzen. 1986 sind die Eigenmittel der Gemeinschaft durch Erhöhung des Mehrwertsteuerplafonds von eins auf 1,4 Prozent bereits kräftig um 16 auf 82 Milliarden Mark erhöht worden. Für Stoltenberg ist eine Überschreitung dieses Limits „weder 1986 noch 1987 möglich".

Der finanzielle Spielraum der Gemeinschaft werde in den nächsten Jahren erheblich durch die Aufwendungen für den Abbau der Verpflichtungen, die sich vor allem bei den Strukturfonds angesammelt hätten, sowie durch den Abbau der Agrarüberschüsse eingeengt. Anfang 1986 beliefen sich die Verpflichtungen auf 31,7 Milliarden Mark. Stoltenberg rechnet bei Agrarbeständen von 22,7 Milliarden Mark einen Wertverlust in Höhe etwa der Hälfte, also elf Milliarden Mark, hinzu. In den letzten Jahren seien *die* Vorbelastungen der EG-Haushalte „deutlich gestiegen", allein von 1983 bis 1985 um jeweils sechs auf 36 Milliarden Mark.

SEITEN 3 UND 10:
Weitere Berichte

Auch für 1987 ist Stoltenberg skeptisch. Nach vorläufigen Zahlen der Kommission betrage der „maximale Einnahmerahmen" 86 Milliarden Mark. Schon bei sehr günstigen Annahmen für die großen Ausgabenblöcke und einer „eher zu optimistischen" Steigerungsrate der Eigenmittel von 5,3 Prozent bliebe nur noch ein Spielraum von 3,6 Milliarden Mark. Stoltenberg schließt nicht aus, daß sich dieser auf „null reduziert".

Kritisch setzt er sich mit finanzwirksamen Vorschlägen der Kommission auseinander, so einer Vervierfachung des Finanzvolumens für das Forschungsprogramm 1987 bis 1991 mit 22 bis 26,5 (laufendes Programm 6,1) Milliarden Mark. Die auch für die kommende Legislatur geplante Steigerung der Bundesausgaben um jeweils knapp drei Prozent jährlich sei Voraussetzung für nachhaltige Steuersenkungen ab 1987. „Unter diesen Vorzeichen ist eine Begrenzung der Ausgabensteigerung des *EG-Haushalts auf die beschlossenen* Schwerpunkte und unabweisbaren Mehrausgaben (wie die Dollar-Wechselkurs-Entwicklung) geboten."

Seeleute streiken erstmals seit 80 Jahren

Die Absage der ÖTV an Schlichterspruch kam in letzter Minute / Ungereimtheiten

GISELA REINERS, Hamburg

Erstmals seit 80 Jahren sind deutsche Seeleute wieder in einen Streik getreten, unbefristet. Die Reeder nennen ihn „überraschend" und „unverständlich". Auch bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), die nach eigenen Angaben für 6000 Mitglieder unter den 20 000 deutschen Seeleuten spricht, will sich nicht das rechte Verständnis einstellen. Nur bei der ÖTV, die rund 10 000 vertritt, ist Kampfbereitschaft zu spüren. Ausgelöst wurde der überraschende Streik, weil von der ÖTV nach einer hektischen Verhandlungsrunde über einen neuen Manteltarifvertrag der Schlichtungsvorschlag abgelehnt worden ist.

„Wir streiken, bis der Dampfer rostet", meint vollmundig ein Besatzungsmitglied des Containerfrachters „Victoria Bay", der im Hamburger Hafen festliegt. Zwar geht die Arbeit an Bord weiter; es wird gelöscht und geladen, aber auslaufen kann das Schiff nicht. 19 Mann der 23köpfigen Besatzung streiken. Bis gestern mittag lagen insgesamt 22 Schiffe mit rund 230 Mann Besatzung fest, sieben davon in Rotterdam; die meisten sind Küstenmotorschiffe.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hatte 30 Tage mehr Urlaub gefordert – als Ausgleich der Differenz zwischen dem Urlaub für Arbeitnehmer *an Land (142 Tage) und auf See* (112 Tage). Der Tarifpartner, der Verband Deutscher Reeder (VDR), machte keine Angebote, legte schließlich Gegenforderungen vor, die von der *ÖTV als „Gruselkatalog" abgelehnt* wurden. Laut Gewerkschaft hatte er die Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 56 Stunden, den Wegfall von Überstundenvergütungen *und damit Einbußen bei einigen* Beschäftigten-Gruppen von bis zu 1000 Mark zum Inhalt. Die Verhandlungen wurden für gescheitert erklärt, ein Schlichter angerufen.

Der Hamburger Bankier Hans Fahning schlug vor, die Heuern um knapp drei Prozent anzuheben und vier Tage mehr Urlaub zu gewähren; laut Reederverband eine Verbesserung von 4,2 Prozent. Kurz vor Ende der Erklärungsfrist, Freitag, den 11. April, 0 Uhr, lehnte die ÖTV den Schlichterspruch ab und rief den Streik aus. Um 23 Uhr 10 ging das Schreiben beim Kontrahenten, dem Reederverband, ein.

Der DAG hingegen kommt der Schlichterspruch in der Struktur entgegen, wenn das Ergebnis ihr auch noch zu mager ist. Sie verhandelt weiter und hofft noch in dieser Woche auf einen Abschluß. Und die Angestellten-Gewerkschaft grenzt sich ab: „Wenn wir streiken, dann erst nach einer Urabstimmung." Auch in der ÖTV-Satzung ist eine Urabstimmung vorgesehen, doch dies gehört zu den Merkwürdigkeiten dieses Arbeitskampfes: Sie fand nicht statt, jedenfalls nicht an Land. Kenner der Szene vermuten auch, daß den einlaufenden Seeleuten in den Häfen nicht ganz erläutert wird, was der Schlichterspruch beinhaltet.

Europa bleibt bei Nein zu Sanktionen

Beschlüsse der Sondersitzung in Den Haag / Deutsche Unternehmen: Mitarbeitern in Libyen geht es gut

A.E. Bonn/Den Haag

In die von Libyens Staatschef Khadhafi geschlossenen Militärstützpunkte des nordafrikanischen Landes sind bislang keine Deutschen gebracht worden. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes sagte gestern auf Anfrage der WELT: „Solche Hinweise liegen uns nicht vor. Es gibt auch *keine aktuellen Evakuierungsmaßnahme". Deutsche Unternehmen*, die Mitarbeiter nach Libyen entsandt haben, bestätigten diese Angaben. Bei der Deutschen Erdölversorgungsgesellschaft mbH (Deminex) in Essen, *die seit 1980 in der libyschen Wüste* Öl fördert und dort gut zwei Dutzend Fachkräfte einsetzt, hieß es: „Unseren Mitarbeitern geht es gut".

Anlaß für Sorgen gab Khadhafis *Ankündigung, daß zahlreiche von* ihm am Wochenende geschlossenen Kasernen „auf Dauer als Wohnstätte von Angestellten internationaler Ölfirmen dienen werden". Diese Maßnahme sei eine Vorkehrung gegen ein mögliches militärisches Eingreifen der USA.

Über die Lage nach den jüngsten Terroranschlägen berieten gestern in einer Sondersitzung in Den Haag die Außenminister der zwölf EG-Staaten. Sie lehnten erneut Wirtschaftssank*tionen gegen Libyen ab und einigten* sich darauf, die Bewegungsspielraum von Mitarbeitern der Volksbüros in allen Staaten der Gemeinschaft einzuengen. Überdies waren sich die Minister einig, das libysche Personal in den Volksvertretungen zu vermindern. Der britische Außenminister Howe fand keine Mehrheit für seinen Vorschlag, alle libyschen Botschaften zu schließen. Genscher sprach vor der Abreise nach Den Haag von einer „sehr, sehr ernsten Krise" im Mittelmeer. Er rief alle Parteien zur Besonnenheit auf, um eine weitere Verschlechterung der Lage durch unbedachte Erklärungen zu vermeiden. Nach einem Treffen mit US-Botschafter Burt und Vertretern der Arabischen Liga in Bonn bekräftigte Genscher, man müsse alles tun, um einen *militärischen Konflikt zu vermeiden.*

Im amerikanischen Fernsehen de*finierte der stellvertretende US-Au*ßenminister John Whitehead die Voraussetzung für den Verzicht der USA für ein militärisches Handeln. Khadhafi müßte sein Verhalten ändern *und aufhören, „Terroristen auszubil*den, zu finanzieren und sie mit Waffen und Unterlagen zu finanzieren".

Die Sowjetunion steht nach eigenen *Angaben „in Kontakt"* mit den USA, um eine US-Militäraktion zu verhindern. Sie wollte sich aber noch nicht festlegen, ob Libyen militärische Hilfe von den Warschauer-Pakt-Staaten erwarten könne. Der stellver*tretende Außenminister Kornienko* meinte, es sei „kontrapunktiv", jetzt zu sagen, was der Warschauer Pakt im Fall einer amerikanischen Agression konkret gegen Libyen unternehmen werde. Das Wichtigste, so Kornienko, sei, eine Agression zu verhindern. In London hieß es gestern von amtlicher Seite: „Falls Europa versagt, wäre es nicht überraschend, wenn die USA den Eindruck bekommen, etwas unternehmen zu müssen".

Ein kurzer Knall – das Rohr ist dicht

DIETER THIERBACH, Bonn

Daß Rohrleitungen im Bedarfsfall mit Ventilen geöffnet und geschlossen werden, ist Stand der Technik. Doch was tun im Notfall, wenn diese mechanischen Regelungen blockiert oder außer Funktion gesetzt sind? Daß sich jetzt jemand mit Sprengstoff an solche Anlagen heranwagt, um blitzschnell Rohre abzudichten, hat nichts mit Geländeübungen im Vorfeld terroristischer Umtriebe gemein.

Hans-Ulrich Freund und Klaus Hollenberg, beide promovierte Physiker beim Frankfurter Battelle-Institut, haben sich Gedanken darüber gemacht, wie man urplötzlich entstandene Lecks, aus denen große Mengen an Gas oder Flüssigkeit herausschießt, in den Griff bekommen kann. Ihre Entwicklung, die verblüffend einfache Lösung des Problems, entbehrt nicht eines gewissen Knalleffektes: Ihm zugrunde liegt ein mobiler, sprengtechnischer Verschluß, der – das liegt in der Natur der Sache – nur einmal verwendet werden kann, dafür aber „bombenfest" sitzt.

An der zu verschließenden Stelle wird der Sprengverschluß als eine Art Manschette mit einem Scharnier-Armband in der Mitte einfach um das Rohr gelegt. Klaus Hollenberg: „Das funktioniert sogar als letzte Notmaß*nahme, wenn das Unglück schon pas*siert ist." Bei knapp 1000 Gramm Sprengstoff ergibt sich für den Radikal-Verschluß eines Rohres von 15 Zentimeter Durchmesser ein Manschetten-Gesamtgewicht von zirka zwei Kilogramm.

Der Notverschluß selbst besteht aus Alumiunium und einer darauf angebrachten Gummischicht, auf der sich wiederum die hochbrisante Lage des Sprengstoffs Hexogen befindet. Die Menge des aufgebrachten Hexogens nimmt von der Mitte zu den *Enden hin ab: Dadurch wird* erreicht, daß die Blitz-Abschnürung des Rohres bei der Detonation in der Mitte stärker als an den Enden ist. Beim Verschluß-Knall gibt's keine Splitter, die gefährlich werden könnten, denn die Spreng-Ladung wird ohne einen Schutzmantel aufgebracht. Der Gummipuffer in der Konstruktion sorgt dafür, daß die Stoßwelle soweit gedämpft wird, daß von der Rohrinnenseite kein Material abplatzen kann.

Durch die ferngezündete Sprengung der „*Bauchbinde*" wird das Rohr so zusammengestaucht, daß die Strömung völlig abgebunden ist. Der Clou: Selbst bei der gegenwärtigen Auslegung für Gasleitungen ist ein Abschnür-Erfolg für solche Drucke (bis in den Bereich von 100 bar) sichergestellt. Die Detonationsfront durchläuft die gesamte Sprengstoff-Folie in weniger als einer Zehntausendstel Sekunde. Innerhalb dieses Moments wird die Rohrwand in der Mitte auf eine Geschwindigkeit von etwa 330 Meter/Sekunde beschleunigt, was in etwa der Schallgeschwindigkeit entspricht. Die Störfall-Aktion ist nach weniger als einer Tausendstel Sekunde beendet: Das Rohr ist dicht.

DER KOMMENTAR

Desolate Lage

JAN BRECH

Die deutschen Reeder und Gewerkschaften haben in den vergangenen *Jahren* manchen harten Tarifstrauß ausgefochten, sich letztlich aber immer zusammengerauft. Nun, 80 Jahre nach dem letzten Streik in der Schiffahrt, ist der Arbeitsfriede *ernst*haft in Gefahr. Die ÖTV hat zu Kampfmaßnahmen aufgerufen.

Hintergrund sind die Verhandlungen über einen neuen Mantel*tarifvertrag. Auf die Forderung* der Gewerkschaften, den Urlaub der Seeleute um 30 Tage zu verlängern und über diese Art der Arbeitszeitverkürzung zusätzliche Stellen an Bord zu schaffen, haben die Reeder mit Gegenangeboten reagiert, die die materielle Lage der Seeleute eher verschlechtern, denn verbessern. Kein Wunder, daß bei diesen gegensätzlichen Standpunkten dem Schlichter keine Einigung gelungen ist.

Dabei wäre eine Einigung am grünen Tisch weit besser als Machtproben auf dem blauen Meer. Die Lage der deutschen Schiffahrt ist so schlecht wie lange nicht mehr. In der Massengutfahrt sind die Raten so tief im Keller, daß manche Schiffe nicht einmal die Reisekosten einfahren. In der Container-Linienfahrt haben *zwei neue „Rund-um-die-*Welt"-Dienste den etablierten Reedereien den totalen Preiskampf angesagt. Es ist wohl mit der miserablen Stimmung der *Reeder zu erklären, daß sie ihren* Verband bei den Tarifverhandlungen mit der ÖTV auf strikten Konfrontationskurs geschickt haben. Ihnen steht nicht im Sinn, im Vorfeld der vielleicht schwersten Schiffahrtskrise über 30 zusätzliche Urlaubstage zu verhandeln.

Dies ist ebenso verständlich wie die Sorge der Gewerkschaften, immer mehr Arbeitsplätze an Bord zu verlieren. Kompromißlose Auseinandersetzungen um völlig unzeitgemäße Forderungen aber schaden beiden *Seiten*. Reeder *und Gewerkschaf*ten sollten sich schleunigst wieder an einen Tisch setzen, um die ohnehin desolate Lage der Branche nicht mehr zu belasten. Aus langer Erfahrung wissen sie schließlich, daß wir die Realitäten den Spielraum für Tarifverhandlungen festlegen. Trotzreaktionen und Muskelspiel helfen nicht weiter.

„Sexualität heute" ist abgesetzt

DW. Mainz

Der Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), Dieter Stol*te, hat nach seiner Rückkehr aus dem* Urlaub die sofortige Absetzung der Fernsehdokumentation „Sexualität heute" veranlaßt. Er erklärte, bereits die Ausstrahlung der ersten Folge habe *Fragen der inhaltlichen Bewälti*gung wie der formalen Vermittlung dieses Themas im Fernsehen aufgeworfen. Von der Verfügung war schon die für gestern vorgesehene *zweite Folge* betroffen, die durch eine andere Sendung ersetzt wurde.

Morgen in der WELT

DW. Bonn

Der bekannte Sowjet-Experte und Schriftsteller Wolfgang Leonhard hat in einem Interview mit der WELT die Erwartung geäußert, „daß in der Bundesrepublik allmählich ein demokratisches Selbstbewußtsein entsteht. Seit 40 Jahren herrscht hier *Demokratie. Dieses Selbstbewußt*sein sollte auch im Verhältnis zu den verantwortlichen Führern der Ostblock-Staaten zum Ausdruck kommen". Die WELT veröffentlicht das Gespräch mit Leonhard *morgen* aus Anlaß seines 65. Geburtstages.

Sacharow-Appell von Schtscharanski

DW. Bern

Vor Eröffnung der KSZE-„Gegen*konferenz" in Bern ist gestern ein* Appell des Bürgerrechtlers Anatoli Schtscharanski zugunsten von Andrej Sacharow verlesen worden. Darin wird Sacharow als eine „heldenhafte Persönlichkeit" der die „besten Traditionen der russischen Intelligenzija fortsetzt" bezeichnet. Die UdSSR solle die Verfolgung einstellen und ihm die Möglichkeit geben, „seine edlen Aktivitäten unter menschenwürdigen Bedingungen fortzusetzen".

Lummer-Spende vor Ausschuß

DW. Berlin

Die Spende des scheidenden Berli*ner Innensenators Lummer 1971 an* die „Aktionsgemeinschaft 17. Juni" wird offenbar den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß beschäftigen. In einer Sondersitzung des Innenausschusses *einigten sich* die Parlamentarier, ihren *Fraktionen* eine solche Anregung vorzulegen. Der Ausschuß-Vorsitzende: „Die Auskünfte waren so verwirrend, daß alles öffentlich Bekannte so *nicht* stimmen kann."

Richter-Wechsel vor Entscheidung

DW. Bonn

Die SPD ist entschlossen, den Streit um den Paragraphen *116 AFG* vom Bundesverfassungsgericht entscheiden zu lassen. Bei der derzeitigen Arbeitsbelastung der Verfassungsrichter kann jedoch frühestens Mitte bis Ende 1987 verhandelt werden. Dann wird der heutige Vizepräsident und künftige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, den Plenarsaal mit mindestens vier neuen Richtern betreten.
Seite 4: *Wer entscheidet?*

Krieg nach 335 Jahren beendet

DW. London

Der seit 335 Jahren bestehende *Kriegszustand* zwischen den Niederlanden und den britischen Scilly-Inseln soll nun ein Ende finden. Am 17. April wird der holländische Botschafter zum Friedensschluß die Inseln besuchen. Hintergrund der Aktion, die Briten und Niederländer schmunzeln läßt: Aus Archivunterlagen ging hervor, daß der Flottenangriff der Holländer 1651 gegen Piraten der Scilly-Inseln nicht mit einem Friedensschluß beendet worden war.

Ämterwechsel beendet die Regierungskrise in Israel

Finanzminister übernimmt Amt mit „zitternden Händen"

DW. Jerusalem

In Israel ist die einwöchige Regierungskrise beigelegt worden, die den Zusammenhalt der Regierung der Nationalen Einheit, der Koalition aus dem national-liberalen Likud-Block und der Arbeiterpartei, bedroht hatte. Auf einer nur fünfminütigen Kabinettssitzung wurde beschlossen, daß Justizminister Moshe Nissim und Finanzminister Yitzhak Modai ihre Ressorts bis zum Ende der Legislaturperiode im September 1988 tauschen.

Ministerpräsident Shimon Peres *hatte schon zu Beginn der „Affäre* Modai" einen Wechsel an der Spitze des Finanzministeriums gefordert. Der Chef des Likud-Blocks und derzeitige Außenminster, Yitzhak Shamir, gab Peres darüberhinaus die Zusicherung, daß auch nach der Rotation im Oktober, wenn Regierungschef und Außenminister die Posten wechseln, Modai nicht wieder ins Finanzressort zurückkehrt.

Die Affäre war ausgelöst worden, nachdem Modai (Likud) den sozialdemokratischen Regierungschef öffentlich als schlechten Wirtschaftspolitiker kritisiert und ihm seine zahlreichen Auslandsreisen vorgeworfen hatte. Der Regierungschef hatte die Einleitung einer Phase der Wiederankurbelung versprochen. Modai forderte dagegen die Fortsetzung der Sparpolitik. Der ehemalige Finanzminister hatte Peres zudem beschuldigt, er wolle in Schwierigkeit geratene Unternehmen der Gewerkschaft Histadrut mit staatlichen Geldern sanieren.

Der neue Finanzminister Nissim wird als einer der Anhänger des harten Flügels der liberalen Partei, die zum Likud-Block gehört, angesehen. Der 51jährige ist von Beruf Anwalt und wurde 1980 unter Begin zum Justizminster ernannt. Gegenüber der Presse erklärte er: „Ich habe dieses Amt, von dem ich nichts verstehe, nicht gewollt und übernehme es mit zitternden Händen". Nissim ist der *Initiator* einer gegenwärtig in der Knesset behandelten Gesetzesvorlage, die harte Strafen für diejenigen Israelis vorsieht, die Kontakte zur PLO haben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nun gegen Kirchschläger

Von Carl Gustaf Ströhm

Für Österreichs Präsidentenwahlkampf ist anscheinend nichts mehr zu absurd. Nach den „Enthüllungen" über eine angebliche NS-Vergangenheit und angebliche „Kriegsverbrechen" des bürgerlichen Kandidaten Kurt Waldheim wird nun auch der amtierende, von den Sozialisten aufgestellte Bundespräsident Rudolf Kirchschläger angeschossen.

Dasselbe Wochenblatt, das die Kampagne gegen Waldheim in Fahrt brachte, sucht das Ansehen des österreichischen Staatsoberhaupts zu demontieren, indem es „enthüllt", daß Kirchschläger als Hauptmann der Deutschen Wehrmacht 1945 auf Befehl des SS-Obergruppenführers Sepp Dietrich versucht habe, mit 1200 Fahnenjunkern dem Angriff der sowjetischen Truppen auf Wien Widerstand zu leisten. Kirchschläger sei dabei verwundet worden. Die von ihm geführte Einheit habe, da unzureichend ausgerüstet und bewaffnet, schwere Verluste gehabt. Hämisch konstatiert das Magazin: „Rudolf Kirchschläger tat in diesen Apriltagen 1945 ‚seine Pflicht'".

Hier muß man allerdings fragen: Was hätte er sonst tun sollen? Wollen die neunmalklugen Kolumnisten, die noch nie in vergleichbarer Situation waren, dem damals jungen Hauptmann aus der sicheren Distanz der Gegenwart nachträglich raten, er hätte sich aus dem Staube machen sollen? An der Ostfront haben viele Offiziere und Soldaten verzweifelt versucht, den Vormarsch der Sowjetarmee aufzuhalten – unter ihnen auch ein Hauptmann von Weizsäcker, der heute deutscher Bundespräsident ist: Weil man wußte, was eine Eroberung durch sowjetische Truppen für die Zivilbevölkerung bedeutete, und weil die Soldaten der sowjetischen Gefangenschaft unter allen Umständen entgehen wollten.

Von Helmut Schmidt bis Walter Scheel, von Franz Josef Strauß bis zum damaligen HJ-Führer Hans-Jochen Vogel sind unzählige nachmals demokratische Politiker jung, oft gegen ihren Willen, in die Mühlen des Systems geraten. In Österreich übrigens auch viele mit ihrem Willen; was heute gern vergessen oder auf die Deutschen abgeschoben wird. Wenn schon, dann wäre anderes aus der österreichischen Vergangenheit zu bewältigen als ausgerechnet die beiden ehemaligen Soldaten Waldheim und Kirchschläger.

Watschenmanns Stolz

Von Günter Zehm

Tränen der Rührung können einem kommen, wenn man liest, was Professor Kurt Biedenkopf seinen Parteifreunden in Sachen Kultur ins Stammbuch schreibt. „Kultur für alle" müsse die CDU endlich akzeptieren, und das bedeute (man höre und staune) „kulturelle Utopien und politische Spinnereien". Und weiter: Er, Biedenkopf, finde „bunte Völkchen, die eine alte Fabrik besetzen und einen eigenen Kulturbetrieb aufziehen", einfach großartig.

Natürlich rennt der große Selbstprofilierer damit offene Türen ein. Die CDU hat bekanntlich noch nie etwas gegen politische Spinnereien gehabt, wenn sie in kultureller Einkleidung daherkamen, im Gegenteil: Ein Schriftsteller oder Künstler, der sich nicht als Spinner zu erkennen gibt, sondern für politische und kulturelle Vernunft plädiert (und womöglich gar eine Wahlpräferenz für die CDU zu erkennen gibt), war und ist für CDU-Gewaltige kein wirklicher Künstler mehr. Man buhlt statt dessen in Konkurrenz zur SPD um die Grass und Wallraff und lächelt sogar noch beglückt, wenn man sich dort grobe Abfuhren einhandelt.

Die CDU als dümmlich grinsender Watschenmann des Kultur„betriebs" – ist das wirklich ein Wahlknüller? Zweifel sind erlaubt. Wahrscheinlich stünde es der größten Bonner Regierungspartei besser an, wenn sie sich angesichts der nicht zu übersehenden kulturellen Unerheblichkeit gewisser subventionierter „Völkchen" für einen gediegenen, anspruchsvollen Literatur- und Kunstbegriff stark machte. Die Welle der jahrmarkthaften Stadtteilkultur à la Hamburger „Literatrubel" ist ja längst wieder abgeflaut, kritisiert von den Künstlern selbst, die sich nicht zu literarischen Bratwurstverkäufern heruntergestuft sehen wollten.

Nebenbei: Wie hält's der Jurist Biedenkopf eigentlich mit dem guten alten Recht? Seine Formulierungen über die bunten Völkchen waren ein bißchen undeutlich. Findet er etwa eine Fabrikbesetzung großartig, wenn sie illegal geschieht und sich als handfester Hausfriedensbruch mit kultureller Verbrämung entpuppt? Darüber würde man gern mehr hören.

Schöne Möglichkeiten

Von Enno v. Loewenstern

Vorsichtig formuliert: nicht ganz gelungen", sagte der vorsichtige SPD-Vorsitzende endlich, zwei Wochen nach Erscheinen der Blutspur-Geschichte. „Wer eine solche Linie zieht, der treibt Geschichtsklitterung." Was veranlaßt solch milde Benotung; hat ein Doktorand die Kaiserkrönung Karls des Großen mißdeutet? Nicht ganz; ein Wochenblatt hat zu Rosa Luxemburg eine „nationale Geschichte" entdeckt, die „eine Geschichte der Abtreibungen ihrer schöneren, menschlicheren Möglichkeiten" gewesen sei; „Abtreibungen, an denen übrigens die Sozialdemokratie der Eberts und Scheidemänner, der Lebers und Schmidts stets ‚staatstragend' mitwirkte."

Wer diesen Ton in einem rechtsradikalen Kampfblatt vermutet, dessen Deutung ist nicht ganz gelungen. Da hätte Brandt sich wohl anders eingelassen. Das Blatt, das den ersten Reichspräsidenten im Stil jener völkischen Agitatoren Ganser und Rothardt attackiert, die Ebert 1924 in einen Prozeß und schließlich in den Tod trieben, ist der „Vorwärts". Jene alte SPD-Zeitung, die Ebert damals noch in Schutz nahm.

Heute begeistert sich der „Vorwärts" für den Film „Rosa Luxemburg". Eine schönfärbende Bildergeschichte jener Frau, die 1919 den kommunistischen Putsch in Berlin inszenierte, der – kurios, daß nicht auch sein Name fällt – vom späteren Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) im Auftrag Eberts niedergeschlagen wurde. Rosa Luxemburg, die damals umgebracht wurde, wird in eine Reihe gestellt u. a. mit den Terroristen, die in Stammheim Selbstmord begingen.

Das SPD-Blatt sieht da eine „Blutspur" der „hier immer noch herrschenden Klasse", zu der es verachtungsvoll „die Eberts und Scheidemänner, die Lebers und Schmidts" zählt. Denen „übrigens", man möchte es nicht glauben, indirekt auch noch Auschwitz angelastet wird.

Wirklich nur: „Nicht ganz gelungen"? Nur: „Geschichtsklitterung"? Die Redaktion bekundet kühles „Bedauern" über den „Eindruck", der „möglicherweise" entstanden sei. Andernorts merkt sie pikiert an, die Kritik störe die Aufbauphase des Blattes empfindlich. Die Partei, wie man auch zu ihr stehen mag, verdient jedenfalls Schutz vor dem, was sich da aufbaut.



Sprühender Kopf KLAUS BÖHLE

Die Zeit läuft aus

Von Fritz Wirth

Es sieht so aus, als werde dies die Woche der Entscheidung im Umgang mit Khadhafi. Das fast gleichzeitige Treffen der europäischen Außenminister und die erste große Krisensitzung im Weißen Haus seit dem Berliner Anschlag bestätigen die Einschätzung des stellvertretenden amerikanischen Außenministers John Whitehead: „Die Zeit für Aktionen läuft allmählich aus."

Dieser Zeitverlust nach den zunächst sehr entschlossen wirkenden Reaktionen der amerikanischen Regierung hat bereits deutliche Wirkung gehabt. Der Zorn und die Ungeduld über die beiden letzten Anschläge sind verglüht. Die fünf amerikanischen Opfer sind beerdigt, und die Dringlichkeit, mit der zunächst eine bewaffnete Antwort auf diese Mörder und deren politische Provokation von Administration, Kongreß und Öffentlichkeit diskutiert und gefordert wurde, beginnt der altvertrauten Ohnmacht und Hilflosigkeit zu weichen. „Unser Ziel ist es nicht, Khadhafi zu stürzen", erklärte Whitehead. „Wir wollen, daß er seine Verhaltensweisen ändert." Er fügte hinzu, daß man von Plänen zu Dutzenden neuer Terroranschläge Khadhafis wisse.

Die Affäre bekommt damit allmählich wieder altvertraute Züge. Man nimmt dramatisch Anlauf zum großen Sprung gegen diesen Mann und verpaßt wieder einmal den Absprungbalken. Es gibt zwar schon seit bald zwei Jahrzehnten die Herausforderung durch den Terror, doch es gibt im Westen – mit Ausnahme der israelischen Politik – keine wirksame Strategie gegen ihn.

Vor allem gibt es in Europa keinen Konsensus, was man mit den Urhebern des Terrors macht, sondern nur eine sehr eilige und von Opportunismus oder Angst geprägte Übereinstimmung darüber, was man nicht mit ihnen macht: Keine Gewalt, keine Bomben, keine Auge-um-Auge-Vergeltung, keinen Krieg, keine Wirtschaftssanktionen.

Nun ist es falsch, in diesem Strategie-Konflikt des Westens dem Konzept Reagans das Etikett einer „Rambo-Politik" anzuhängen. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß Reagan Aktionen gegen Khadhafi will. Aber der Präsident hat bereits kategorisch ausgeschlossen, Terror mit Terror zu beantworten. Die eindeutige Grenze amerikanischer gewaltsamer Aktionen gegen Terroristen liegt dort, wo unschuldige Bürger mit zu Opfern werden könnten.

Das Ziel der amerikanischen Politik gegen Khadhafi ist vielmehr, ihn politisch und wirtschaftlich zu isolieren. Das ist das Minimum gewaltloser Aktion, und dabei fühlen sich die Amerikaner von den Europäern im Stich gelassen. Nicht nur in der Reagan-Administration, sondern in der amerikanischen Öffentlichkeit fragt man, ob der Handel mit den Handlangern des Terrorismus unumgänglich ist, zumal in einer Zeit, da ihre Ware zu Schleuderpreisen überall zu haben ist.

Um die Libyen-Debatte nach Tagen des Lavierens, der Verängstigung und des bemühten Appeasements auf seiten vieler Europäer wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuholen: Die Reagan-Administration hat bisher niemanden aufgefordert, mit ihr gegen Khadhafi in den Krieg zu ziehen. Auch in den USA weiß man, daß Khadhafi nicht die einzige Quelle des Terrors ist und daß eine Isolierung dieses Mannes noch lange nicht das Ende hinterhältiger Anschläge bedeutet. Die Amerikaner haben jedoch wenig Verständnis für das Argument der Europäer, daß man ihn in Ruhe lassen solle, weil jede Konfrontation mit ihm ihn innerhalb der arabischen Welt weiter aufwerte. Die amerikanische Einschätzung ist realistischer: Nichtstun und geduldiges Tolerieren seiner Aktionen bestärken diesen Mann vielmehr in seiner Überzeugung, unverletzbar und unangreifbar zu sein, und fordern damit immer neue und provokantere Terrorakte heraus.

Tatsache ist ferner, daß der Anspruch Khadhafis, Zentrum einer arabischen Revolution zu sein, nur in seiner eigenen Phantasie existiert. Die Einstellung der arabischen Nachbarn zu diesem Mann ist wesentlich kritischer und verächtlicher, als es nach außen hin den Anschein hat. Ebenso ungerechtfertigt ist die von Khadhafi verbreitete Behauptung, die Anti-Libyen-Politik des Westens werde der Sowjetunion einen neuen Einstieg im Nahostkonflikt geben. Die letzten Äußerungen des sowjetischen Propagandachefs Arbatow zeigen, daß dieser Bluff nicht einmal in Moskau mitgespielt wird.

Es geht in der gegenwärtigen Terrorismus-Debatte in Europa und in den USA schon lange nicht mehr allein um den „tollwütigen" Khadhafi. Es geht darum, daß beide Seiten die Zeit des Abwartens, der versammelten Hilflosigkeit und des Nichtstuns beenden und eine Anti-Terror-Strategie formulieren, die nicht nur Khadhafi trifft, sondern weit über ihn hinaus gültig ist. Es kann nicht angehen, daß jeder neue Terroranschlag Panikreaktionen auslöst, Mißtrauen in der Allianz sät und sie politisch auseinanderdividiert.

Die Terroranschläge der letzten Monate haben innerhalb dieser Allianz bereits mehr Schaden angerichtet, als ein eilig einberufener Außenminister-Gipfel und die Blitzreise des amerikanischen Sonderbotschafters Walters durch Europa wieder gutmachen können. Sollte diese lange überfällige gemeinsame Anti-Terrorismus-Strategie des Westens weiter am europäischen Widerstand scheitern, ist die Reagan-Administration zum Alleingang entschlossen. Die Mehrheit der Amerikaner ist nicht mehr bereit, die Rolle der hilflos Ausgelieferten des Terrors zu spielen. Die zögernden, nach Auswegen suchenden Europäer sind zur Entscheidung aufgerufen.



Mit den Europäern oder schließlich im Alleingang: US-Flugzeugträger „Coral Sea" FOTO: AP

IM GESPRÄCH Gerhard Seiler

Der Bodenständige

Von Harald Günter

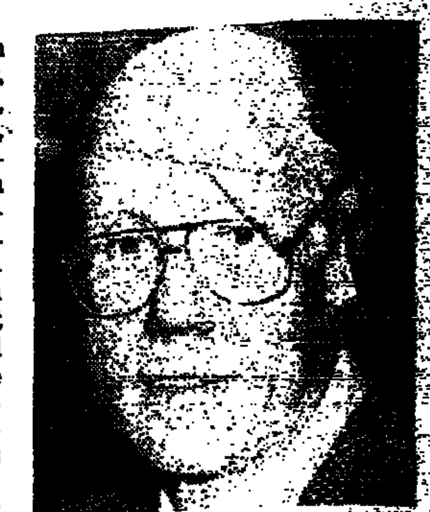
Auch in der Stunde seines größten Erfolgs blieb Gerhard Seiler, Karlsruhes neuer Oberbürgermeister, auf dem Teppich. „Mein Gegner", sagte er, „ist ein Kommunalprofi, gegen den schwer zu kämpfen war. Den Heimvorteil konnte er aber nicht ausgleichen." Und der unterlegene Kommunalprofi? Ulrich Pfeifle (SPD), amtierender Oberbürgermeister im schwäbischen Aalen, haderte mit dem Schicksal. „Ich habe mir wohl die falsche Stadt ausgesucht", klagte der Mann mit dem für badische Ohren so unverdaulichen Namen. „Meine Herkunft hat mich mindestens zehn Prozent der Stimmen gekostet."

Vielleicht nicht ganz so viele. Der Geburtsort Stuttgart bedeutete für Pfeifle wohl eine gewisse Hypothek im Wahlkampf. Aber damit sind seine bescheidenen 39 Prozent – wie auch die 56,6 Prozent des Christdemokraten Seiler – nur unzureichend erklärt. Das in dieser krassen Form unerwartete Wahlergebnis hat auch mit der Person des Siegers zu tun.

Gerhard Seiler, 1930 in Karlsruhe geboren, seit 1959 in verschiedenen Funktionen Diener seiner Heimatstadt, war für die 194 000 Wahlberechtigten das, was die Werbung verhieß: „Einer von uns", der Bodenständigkeit und Kompetenz, Bürgernähe und Seriosität verkörperte.

Als Erster Bürgermeister (Beigeordneter) war der habilitierte Volkswirtschaftler in den letzten Jahren für die Karlsruher Finanzen zuständig. „Ich kenne keinen zwischen Flensburg und Konstanz", sagte einst Ministerpräsident Lothar Späth über seinen Parteifreund in der badischen Residenz, „der mit dem Geld der Bürger sorgfältiger umgeht als Gerhard Seiler."

Das kam – wenn auch nur vorübergehend – der Landespolitik zugute. Von 1980 bis 1984 vertrat er den Wahlkreis Karlsruhe II im Stuttgarter Landtag. „Ein hervorragender Mann", wie in der CDU-Fraktion betont wird, der als Wirtschafts- und Finanzexperte parlamentarische Karriere hätte machen können, ein „schwerer Verlust" auch, als er nach nur einer Legislaturperiode wieder ging.



Sorgfalt mit dem Geld der Bürger: Karlsruher OB Seiler FOTO: DPA

Seilers Wahlkampf war – wie übrigens auch der Ulrich Pfeifles – betont sachlich und argumentativ. Aber Gerhard Seiler warb nicht nur für sich, der „schon als Vierjähriger zum ersten Mal das Rathaus beschnuppert" und „noch vierzehnjährig Brandbomben in der Markuskirche gelöscht" hatte, sondern zugleich für „unser Karlsruhe", in dem es „Spaß macht, zu leben". Damit traf er die Empfindungen seiner Mitbürger. Auch Pfeifle, der als OB „neue Maßstäbe" setzen wollte, bestritt nicht, daß „in der Stadt vieles gut gelaufen" sei.

Für die SPD indes gibt es einen Trost: Ulrich Pfeifle bleibt in Aalen und das Rathaus der 63 000-Einwohner-Stadt in sozialdemokratischer Hand. Dort nämlich war Pfeifle erst 1983 mit 94,6 Prozent aller Stimmen wiedergewählt worden. Die Frage, wie die Aalener auf die „Fahnenflucht" ihres Stadtoberhauptes reagiert hätten, bleibt offen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Der amerikanisch-libysche Konflikt steht im Mittelpunkt der Kommentare:

Im Kontrast zur letzten Konfrontation mit Khadhafi in der Großen Syrte hat sich die US-Administration offensichtlich für einen Weg des wortreichen Nervenkrieges entschieden ... In Stratford (Connecticut), Annapolis (Maryland) und in Detroit wurden am Wochenende für die amerikanischen Opfer der letzten Attakken Trauergottesdienste veranstaltet. In den Wunsch nach Bestrafung und Vergeltung, der von Angehörigen und Freunden geäußert wurde, mischten sich nur noch wenige Mahnungen, daß eine „Eskalation" zu gefährlich sei und von niemandem gewünschte Folgen haben könnte. Eine Stimmung des „Genug ist genug" dominiert.

FINANCIAL TIMES

Die westlichen Regierungen sind aus Gründen der Opportunität oder aus Schwäche in dieser Beziehung bisher nicht so weit gegangen, wie es hätte der Fall sein sollen. Wenn die libysche Regierung in Terrorismus verwickelt ist, sollten die europäischen Regierungen gegen die (Volks-)Büros in ihren Hauptstädten einen viel härteren Kurs einschlagen. Eine Einigung in dieser Richtung würde es den USA möglicherweise gestatten, ihr Kriegsfieber im Zaum zu halten. (London)

Kieler Nachrichten

Khadhafi soll bereits US-Bürger in die im Falle amerikanischer Angriffe besonders gefährdeten Gebieten seines Landes, die Ölfelder, transportiert und außerdem gedroht haben, Westeuropa mit einer Serie schwerer Anschläge zu überziehen. Der fanatische Libyer meint das durchaus ernst ... Die Möglichkeit von Kampfhandlungen droht so lange, wie Ronald Reagan glaubt, es genüge, Khadhafi auszuschalten, um die Gefahr des Terrorismus endgültig zu beseitigen. Solange er nicht begreift, daß Angriffe von außen die normalerweise zerstrittenen arabischen Staaten zu einer fanatischen Einheit zusammenschweißen.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung kommentiert den Papst-Besuch in der römischen Synagoge:

Spekulationen über eine Annäherung des Vatikans an Israel – der Staat ist vom päpstlichen Rom noch nicht anerkannt – sind angesichts des ersten Synagogenbesuches eines katholischen Kirchenoberhauptes in der fast 2000jährigen Geschichte des Christentums nicht ausgeblieben. Aber der Papst hat dazu gestern nichts gesagt. Zu vielfältig sind die Bedenken. Neben Grenzfragen spielt wohl eine besondere Rolle die Rücksicht auf die arabischen Christen, denen eine Anerkennung Israels durch den Kirchenstaat das Zusammenleben mit ihren muslimischen Mitbürgern nicht erleichtern würde.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung schreibt zur Oberbürgermeister-Wahl in ihrer Stadt:

Die CDU erntet mit Seilers beachtlichem Abschneiden auch landesweit Lorbeeren. Immerhin wurde Karlsruhe als drittgrößte Stadt in Baden-Württemberg als wichtigste kommunalpolitische Bastion gehalten. Wenn Seilers Erfolg die Scharten beispielsweise von Böblingen, Pforzheim, Freiburg und Mannheim auch nicht vergessen macht – der von der SPD mit Macht betriebene Sturm auf die Rathäuser wurde gestoppt.

Immer weniger Studenten – was machen die Universitäten?

Abiturienten-Rückgang um 16 000 jährlich, und viele gehen gleich arbeiten / Von Paul F. Reitze

Nach einer neuen Prognose der Kultusministerkonferenz bis zum Jahr 2000 werden die Hochschulen schon bald um Studenten buhlen müssen – früher als erwartet. Die Spitze des „Abiturientenbergs" ist nach neuem statistischen Material bereits 1983 erklommen worden. Jährlich werden nun bis zu 16 000 weniger eine Studienberechtigung erlangen. Gleichzeitig sinkt die Bereitschaft, diese Berechtigung in einen Studienentschluß umzusetzen.

Dies hat weniger damit zu tun, daß das BAföG von Stipendien auf Darlehen umgestellt worden ist; wichtiger ist der Arbeitsmarkt: Chancen, die sich bieten, werden sofort genutzt.

Die Zahlen sprechen da eine deutliche Sprache. 1977 haben neun Prozent der Abiturienten eine Lehre begonnen, 1980 zwölf Prozent, 1985 schon mehr als zweiunddreißig Prozent. Der eine oder andere mag sich danach doch noch zu einem Studium entschließen, die Verlockung dürfte indes nicht sonderlich groß sein. In einigen Branchen, etwa im Bankgewerbe, gibt es inzwischen genug Gelegenheiten, sich innerbetrieblich weiterzuqualifizieren.

Wer sich für den akademischen Weg in den Beruf entscheidet, findet immer härtere Voraussetzungen vor – und dies nicht etwa, weil die Leistungsanforderungen gestiegen wären. Die Studienzeiten haben sich in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten zwanzig Jahren zwar langsam, aber kontinuierlich verlängert. Dies bedeutet: Der Einstieg in den Beruf rückt immer näher an die Schwelle zum vierten Lebensjahrzehnt heran, liegt bei Promotion zum Teil schon deutlich darüber.

Die Kultusminister haben eine Reihe von Zahlenmodellen durchrechnen lassen. Legt man etwa zugrunde, daß künftig lediglich sechzig Prozent von der Schule zur Hochschule wechseln, nicht wie früher achtzig oder gar neunzig Prozent, so sinkt die Studentenzahl bis 1990 um rund 14 Prozent ab, das macht 185 000 Studiosi weniger aus. Bis 1995 ginge die Zahl um fast eine halbe Million zurück, bis zum Jahr 2000 um nahezu 600 000.

Dieser Rückgang entspricht der Hörerschaft von gut zwanzig mittleren Hochschulen. Mancher Rektor und Präsident wird nun darauf verweisen, daß zur Zeit „Überlast gefahren" werde. Das ist richtig: Die Hochschulen sind seit langem nicht in dem Umfang erweitert worden, wie der „Studentenstrom" zunahm. Semester um Semester konnten sich mehr junge Leute einschreiben, als es eigentlich Plätze gab. Aber: Der prognostizierte Rückgang liegt um ein Mehrfaches höher als die von den Hochschulen akzeptierte Überlast.

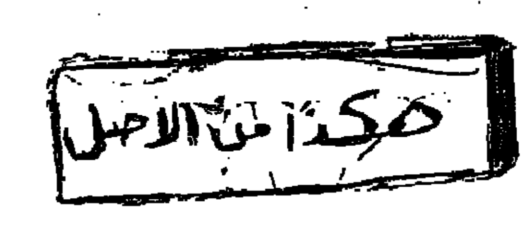
Erste Folge: Es wird bald einen Wettbewerb um Studenten geben. Junge Universitäten werden sich dabei aus einer Reihe von Gründen besonders schwer tun. Ihr Fächerangebot ist vielfach deutlich geringer, was die Möglichkeiten, einzelne Studiengänge zu kombinieren, erheblich begrenzt. Nicht selten sind Neugründungen in strukturschwachen Regionen installiert worden. Dies ist eine zusätzliche Hypothek, da seit Jahren ein Trend zu beobachten ist, möglichst wohnortnah zu studieren.

Die Universität Konstanz beispielsweise verfügt lediglich über einen relativ kleinen Einzugsbereich. Erschwerend kommt die Grenznähe zur Schweiz hinzu. Nur Bestleistungen in Lehre und Forschung können ein Überleben sicherstellen, sobald der Numerus clausus kein Thema mehr ist.

Zweite Folge: Sind, wie in Berlin, mehrere Hochschultypen am Ort vorhanden, so profitiert jede einzelne dieser Hochschulen davon. Um beim vorigen Beispiel zu bleiben: Sprach- und Literaturwissenschaften lassen sich auf ausgezeichnetem Niveau in Konstanz studieren. Aber wird sich ein junger Mann dort einschreiben, wenn die Freundin, eine angehende Volksschullehrerin, die nächste PH im oberschwäbischen Weingarten vorfände, auf der anderen Seite des Bodensees?

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat sich frühzeitig für mehr Wettbewerb an den Hochschulen ausgesprochen und dazu Vorschläge gemacht. Gerade die neuen, meist wesentlich kleineren Universitäten haben allen Grund, auf dieser Linie rasch zu reagieren. Wenn sie endlich zeigen, daß man an ihnen, weil sie überschaubarer sind, zügiger studieren kann, haben sie bessere Chancen, sich zu behaupten. Vor allem dann, wenn sie auch mit der Entwicklung von Weiterbildungsangeboten flexibler sind.

Weniger Studenten heißt nicht weniger Bildung. Die jungen Bürger haben inzwischen wieder gelernt, daß der Mensch nicht beim Diplom oder Doktorhut beginnt. Viele Hochschulmanager und Politiker haben diesen Lernprozeß noch vor sich.



Eine Vision am Ende von 2000 Jahren

Es war eine große Geste der Wiedergutmachung und eine historische Begegnung der Versöhnung. Doch der Besuch von Papst Johannes Paul II. in der Synagoge von Rom war noch kein Schritt hin zur Anerkennung des Staates Israel durch den Vatikan, den mancher unter den Gastgebern gewünscht und erhofft hatte.

Von F. MEICHSNER

Am Ende steht am Himmel ein Zeichen. Als Johannes Paul II. den Tempel verläßt, ist vom vatikanischen Tiber-Ufer aus zu beobachten, wie genau über der Mitte der Synagogen-Kuppel nach wolkenbruchartigem Unwetter ein Regenbogen aufsteigt. Zur Hälfte überwölbt er den Fluß, der bis zu diesem 13. April die Trennungslinie markierte über dem nur wenige hundert Meter breiten, aber 2000 Jahre tiefen Abgrund zwischen Christen und Juden.

Die Vision am Firmament verblaßt kurz darauf in der Abenddämmerung. Was bleibt, ist die unauslöschliche Erinnerung an einen Tag, der in die Geschichte eingehen wird. Zum erstenmal hat ein Papst eine Synagoge besucht.

„Wäre ein solcher Besuch tausend Jahre früher gekommen, hätten wahrscheinlich Millionen von Menschenleben vor brutaler Gewalt und Erniedrigung bewahrt werden können." Diese kritische Anmerkung, enthalten in einem Brief des Präsidenten der europäischen Rabbiner-Konferenz, Sir Imanuel Jakobovits, an den römischen Oberrabiner Elio Toaff, liegt anfangs neben Erwartung, Hoffnung und Skepsis über den Menschen, die im Haupttempel der ältesten jüdischen Gemeinde des Okzidents, dort, wo Papst Paul IV. im Jahre 1555 das Getto einrichten ließ, den „Nachfolger des Apostelfürsten" erwarten.

Einzug unter den Klängen des „Halleluja"

„Ein historisches Ereignis? Warten wir ab." Die Frau, in deren Gesichtszügen alle historische Erfahrung und Weisheit ihres Volkes komprimiert zu sein scheinen, stimmt in Erwartung des Gastes aus dem apostolischen Palast am anderen Tiber-Ufer noch keineswegs das „Halleluja" an, unter dessen Klängen Johannes Paul II. dann seinen Einzug halten wird.

Die Frau entstammt der römischen Judenfamilie Anav. „Meine Familie", sagt sie, „kam lange vor den Päpsten nach Rom, sogar noch vor Christi Geburt." Ihre Vorfahren haben den Tod Cäsars beweint und dem Kaiser Augustus zugejubelt. Sie haben päpstliche Toleranz, aber auch Drangsalierung und totale Entrechtung in den Jahrhunderten weltlicher Papst-Herrschaft erfahren. „In Rom geht es uns Juden heute gut, aber anderswo..."

Als der Papst dann neben dem ebenfalls in Weiß mit schwarzweißem Gebetsumhang bekleideten Oberrabiner durch den Mittelgang der Synagoge zum erhöhten Thora-Schrein schreitet, ist in der Menge noch immer etwas von dieser kühlen Zurückhaltung zu spüren, die in dem Gespräch zuvor zum Ausdruck kam. Keine Hand rührt sich zum Beifall.

Ganz plötzlich aber schlägt die Stimmung um. Zögernd setzt Applaus ein, der von Sekunde zu Sekunde anschwillt. Als sich Karol Wojtyla, von Oberrabiner Toaff aufmerksam gemacht, einer Gruppe von KZ-Überlebenden zuwendet, die ihm von einem Seitenschiff aus mit ihren dunkel- und hellblau gestreiften Halstüchern zuwinken, ist das Eis endgültig gebrochen.

Nachdem Papst und Oberrabiner auf zwei gleichen, nebeneinanderstehenden, brokatbezogenen Sesseln Platz genommen haben und Rabbiner Della Rocca aus der Schöpfungsgeschichte und aus dem Buch Micha die Verheißung an Abraham und die Prophezeiung von der Erlösung Israels verlesen hat, kann der Vorsitzende der israelitischen Gemeinden Italiens, Giacomo Saban, in seiner Begrüßungsrede an den Gast sogar einige heikle Themen anschneiden, ohne daß dadurch das Klima beeinträchtigt wird.

Er bringt nicht nur die Forderung nach Anerkennung Israels durch den Vatikan vor, er übt auch indirekt, aber unüberhörbar Kritik an Pius XII. und dessen Substitut Montini, dem späteren Papst Paul VI., als er unter Hinweis auf die Judenverfolgungen der Kriegsjahre sagte: „Was damals auf dem einen Tiber-Ufer geschah, konnte auf der anderen (vatikanischen) Seite des Flusses nicht übersehen werden – wie auch nicht übersehen werden konnte, was anderswo auf dem europäischen Kontinent vor sich ging."

Der Papst hört aufmerksam zu. Die Menge schweigt. Beifall erhebt sich aber sofort nach dem nächsten Satz: „Immerhin fanden zahlreiche unserer Brüder dank mutiger Initiativen Hilfe und Zuflucht gerade in jenen Konventen und Klöstern, die sie so viele Jahrhunderte lang zu fürchten gelernt hatten."

Nach Toaff, der vom Theologischen her noch einmal das Thema Israel-Anerkennung anschneidet und – unter ausdrücklichem Hinweis auf die Diskriminierung der Schwarzen in Südafrika sowie auf die Unterdrückung der religiösen Freiheit für Juden und Katholiken in der Sowjetunion – zum gemeinsamen Kampf für das Recht des Menschen auf Freiheit aufruft, wird dem Gast das Mikrofon *zugeschoben*.



Ein Papst hält Einzug in die römische Synagoge: Johannes Paul II. und Oberrabiner Elio Toaff (rechts) FOTO: AP

Auf den Spuren von Papst Johannes XXIII.

Würde sein Charisma, das immer wieder Millionen von Menschen in der ganzen Welt gefangennimmt, auch in diesem kleinen, historisch aber so delikaten Rahmen wirken? Ganz sicher war sich wohl niemand von den Organisatoren dieser Begegnung. Aber nach wenigen Sätzen verfliegt die letzte Besorgnis. Karol Wojtyla füllt auch diesen Raum unter den sieben riesigen siebenarmigen Leuchtern mit seiner Persönlichkeit.

Schon mit der Anrede „Liebe jüdische und christliche Freunde und Brüder" findet er Beifall. Und als er sich dann als Erbe Johannes XXIII. bekennt, scheinen sich ihm auch die Herzen zu öffnen. Dieser Papst, den der Oberrabiner vorher einen „Gerechten" nannte, wird von den Juden Roms als Bahnbrecher jüdisch-christlicher Versöhnung verehrt – seit jenem Sabbat, an dem er seinen Wagen vor der Synagoge anhalten ließ, um die vom Gebet im Tempel Kommenden zu segnen.

An diese Geste erinnert Johannes Paul II. und unterstreicht dann die Verflechtung von Judentum und Christentum. „Zur jüdischen Religion haben wir Beziehungen wie zu keiner anderen Religion." Damit leitet er auf den Höhepunkt seiner Rede hin, auf die Worte, die einen Beifallssturm auslösen: „Ihr seid unsere Lieblingsbrüder und – in gewisser Weise kann man sagen – unsere älteren Brüder."

Manches wird dann noch gesagt – in Wiederholung oder auch zum ersten Mal aus dem Munde eines Papstes: Über die Zurückweisung jedes theologisch begründeten Vorwandes für den Anti-Semitismus, über die „verurteilungswürdige", wenn auch historisch mitbedingte Diskriminierung und Unterdrückung der römischen Juden im Kirchenstaat, über die Differenzen, die auch mit diesem Besuch noch keineswegs überwunden sind, über die Verurteilung des Terrorismus, über den Wunsch nach *Zusammenarbeit im Dienste* des Menschen und seines Lebens „von der Empfängnis an bis zum natürlichen Tod".

Ein Punkt freilich bleibt vom Papst unerwähnt: die Anerkennung Israels. Das mag manchen der Anwesenden enttäuschen, war aber wohl nicht anders zu erwarten. Schon die Zusammensetzung des päpstlichen Gefolges hat deutlich gemacht, daß der Vatikan die Politik bei diesem Ereignis ausklammern wollte.

Johannes Paul II. ließ sich nicht von Kardinalstaatssekretär Casaroli, sondern vom Kardinalvikar von Rom, Poletti, und vom Präsidenten des – auch für die Beziehungen zum Judentum zuständigen – christlichen Einheitssekretariats, Kardinal Willebrands, begleiten.

Zum Schluß eine spontane Umarmung

Dem israelischen Botschafter, der mit seinem Militärattaché gekommen war, bleibt am Ende nur die Hoffnung, daß der Besuch vielleicht doch noch „einen neuen Weg zur Anerkennung unseres Staates öffnet".

Alle Enttäuschung aber geht unter in der allgemeinen Bewegung. Als der Papst geendet hat und der Chor das „Ani Ma-amin" anstimmt, jenes „*Ich glaube fest an das Kommen des Messias*", mit dem die Juden in den Konzentrationslagern ihren Gang in den Tod antraten, kommen so manchem die Tränen.

Und als sich Papst und Oberrabiner dann spontan, ohne jede vorherige protokollarische Verabredung, umarmen, flüstert die Nachfahrin der altrömischen Judenfamilie: „Die Vergangenheit ist zwar nicht vergessen, aber sie ist in die Annalen der Geschichte abgelegt."

Der Brüsseler Segen wird so schnell kein warmer Regen

Das Geld der deutschen Steuerzahler fließt in immer größeren Strömen nach Brüssel, wo es wie in einem Faß ohne Boden versickert. Nur ein kleiner Teil erreicht die Bauern direkt. Sie profitieren aber von hohen Preisen.

Von HANS-J. MAHNKE

Die Situation ist schon paradox. Da wird in Brüssel ständig darüber nachgedacht, wie die Europäische Gemeinschaft finanziell über die Runden gebracht werden kann. Gleichzeitig verschenkt die Gemeinschaft quasi 100 000 Tonnen Butter an die Sowjetunion. *Zahlten* die Sowjets 1973 beim ersten Butter-Geschäft noch 30 Pfennig für das Halbpfund-Päckchen, so sind es jetzt nur noch knapp 20 Pfennig.

Die Gemeinschaft scheint's doch zu haben. Immerhin belaufen sich die Kosten für die EG-Steuerzahler beim Butter-Geschäft auf rund 700 Millionen Mark. Davon kommen bei einem deutschen Finanzanteil von knapp 30 Prozent 200 Millionen Mark aus der Bundesrepublik. Dies ist immerhin ein Fünftel der Summe, die der Deutsche Bauernverband in seinem Notprogramm für die deutsche Landwirtschaft fordert. Oder: Jedem Voll-Bauern in der Bundesrepublik hätte man einen braunen 500-Mark-Schein in die Hand drücken können.

Allerdings: Der wird vom Berufsstand nicht angemahnt. Liegt dies daran, daß die Bauern ihn auf anderem Wege schon erhalten haben?

Die Klagen darüber, daß die Brüsseler Agrarsubventionen – immerhin mehr als 46 Milliarden Mark in diesem Jahr oder rund zwei Drittel der Gemeinschaftsmittel – nicht bei den Bauern *ankommen, sind alt.* Schon Anfang der siebziger Jahre kritisierte der SPD-Agrarexperte Martin Schmidt (Gellersen), das „Perverse an dem System" sei, daß den Landwirten von jeder Mark Stützungskosten ganze zehn Pfennig blieben. Zehn Prozent nannte kürzlich auch noch der renommierte Agrarwissenschaftler Hermann Priebe. Der Europäische Gerichtshof veranschlagt die Sickerkosten auf 70 Prozent. Andere Rechnungen liegen im Ergebnis dazwischen.

Bei dem Buttergeschäft haben nicht nur die Sowjets einen Vorteil gegenüber den deutschen Verbrauchern, die mehr als zehnmal so viel für das Päckchen zahlen müssen, sondern es verdienen auch die Transportunternehmen, die Kühlhäuser, die Banken, da die Butter zunächst auf Kredit eingelagert wurde, und die Exporteure. Hinzu kommen die Kosten für die Bürokratie. Ihnen wird jedoch dieser Widersinn der Agrarpolitik angelastet.

Angesichts einer solchen Lage *müßten* die Systemveränderer *doch* Hochkonjunktur haben. Der Bauernverband und Landwirtschaftsminister Kiechle sind sich jedoch einig, daß die EG-Marktordnungen erhalten bleiben müßten.

Deutlich wird dieses an einer „Gegenrechnung", die einmal der Verband des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch aufgemacht hat. Denn auch Rindfleisch wird an die Sowjets verschleudert. Danach wurden 1983 die Produzenten von Rindfleisch in der EG mit 13,7 Milliarden Mark „gestützt".

Die Gegenrechnung des Groß- und Einzelhandels

Ohne die Verteuerung und Kontingentierung der Importe, ohne die Interventionskäufe der Vorratsstellen und ohne die Exportsubventionen hätten die Bauern, vorsichtig gerechnet, statt 7000 Mark für die Tonne Fleisch nur 5000 Mark erhalten.

Dem stehen in der Rechnung die Kosten für die Lagerhaltung gegenüber, wovon 250 Millionen für die Zwischenfinanzierung an die Banken und 300 Millionen an die Lagerhalter gehen. Die Transportkosten werden auf 300 und *die* Entgelte für die Exporteure auf 180 Millionen veranschlagt.

Nun mag man an dieser Rechnung an der einen oder anderen Stelle herummäkeln, fest steht jedoch, daß die Bauern erheblich weniger erzielt hätten, wenn ihre Preise nicht künstlich auf einem hohen Niveau gehalten würden. Zu dem Preis, den sie erhielten hätten sie weniger verkauft.

So hat jetzt auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Landwirtschaftsministerium, von Geldern, „große Bedenken" gegenüber Reformbestrebungen angemeldet, nach denen landwirtschaftliche Einkommen nicht mehr über den gestützten Preis erwirtschaftet *werden*, sondern nach denen die Bauern direkte Zahlungen vom Staat bekommen sollen. Die in den vergangenen Jahren aufgelaufenen Agrarüberschüsse *würden selbst bei einer stufenweisen* Senkung der Preisstützung und Beibehaltung des Außenschutzes, also der Behinderung billiger Importe, zu einem Rückgang des *landwirtschaftlichen Erzeugerpreis*niveaus um bis zu 25 Prozent führen.

Die gewaltigen Agrarausgaben der EG, worin auch die Butter-Geschenke an die Sowjets untergebracht sind, reichten – so von *Geldern* – *nur* zum Ausgleich eines Preisrückgangs um 15 Prozent, wenn sie direkt an die europäischen Bauern verteilt würden. Zum vollen Ausgleich fehlten noch einmal 30 bis 35 Milliarden Mark jährlich. Und deren Finanzierung sei nun einmal nicht gesichert.

Die Feststellung, daß von den Brüsseler Agrarsubventionen ein erheblicher Teil bei den Bauern nicht ankommt, darf nicht zu dem Schluß verleiten, daß sie davon nichts hätten. Es sagt allerdings etwas darüber aus, wie unwirtschaftlich diese Form der Subventionierung ist. „Die unsichtbaren Kosten der Preisstützung sind zum größten Teil in den Verbraucherpreisen versteckt", analysiert der liberale Kronberger Kreis. „Es sind jene Kosten, die die Agrarpolitiker gleichsam auf Tauchstation geschickt haben, damit sie keiner sieht."

Wenn die Stützpreise um 25 Prozent über den Gleichgewichtspreisen liegen, dann summiere sich die Verbraucherbelastung auf jährlich mindestens 86 Milliarden Mark, also auf das Doppelte, was in Brüssel ausge*wiesen ist. Aus den nationalen Haus*halten wird noch einmal die gleiche Summe aufgebracht.

Wie diese Tage zeigen, soll die Hilfe aus dem Bundeshaushalt verstärkt werden. Höhere Zuschüsse für die Sozialversicherung haben den Vorteil, daß sie die Produktion nicht noch weiter anreizen. Aber die Überproduktion ist so gewaltig, daß die Sowjetunion-Geschäfte zu Schleuderpreisen noch auf Jahre notwendig sind, um Luft in die Lagerhäuser zu bekommen, weil sonst die Preisstützung zusammenbrechen würde.

Geht der Bauer nicht zur Wahl ....

Von MICHAEL JACH

Um ein Uhr mittags bietet der Hof von Bauer Heinrich Lübbert im 196-Seelen-Dorf Welze nahe Hannover noch das gewohnt friedliche Bild. Beinahe wie bestellt hatte sich auch das seit Jahren auf dem Dachfirst nistende Storchenpaar *am Morgen wieder eingefunden.*

Eine Stunde später ist die Ruhe dahin; das Schnabelklappern der Adebars geht unter im Lärm von Sprechchören, Preßlufthörnern und Buhrufen. Mehr als hundert Demonstranten, lauthals vorneweg die Landjugend, hat sich unter einem mittleren Wald von Transparenten vor dem Hoftor aufgebaut. Die Landwirte aus Welze und Umgebung „begrüßen" auf ihre Weise den Besucher beim Nachbarn Lübbert: Helmut Kohl.

Der Schauplatz der Spitzenkonfe*renz des Deutschen Bauernverban*des mit dem Bundeskanzler, Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, Finanzminister Gerhard Stoltenberg und den um die bäuerlichen CDU-Wähler fürchtenden niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht war bis zum Montag mittag eisern geheimgehalten worden. Allzu leicht wäre es den um ihre Zukunft bangenden Landwirten sonst wohl gefallen, das Dörfchen auf den Neustädter „Rübenbergen" kurzerhand mit ihren Traktoren zu blockieren.

Doch rund um Lübberts Hof verbreitet sich die Kunde über den geplanten Besuch in Windeseile, als die ersten *Polizeifahrzeuge* auftauchen. Ein Jungbauer findet noch Zeit genug, eine Fuhre Mist auf- und an des Kanzlers Fußweg vom Hubschrauber abzuladen („CDU/FDP-Agrarpolitik – alles Mist!"). Im Handumdrehen tauchen einige Dutzend Trecker auf, deren Fahrer allerdings nach Aufforderung durch die Polizei brav zur Seite fahren und die dröhnenden Motoren abstellen.

Die scheinbar heile Welt des säuberlich gefegten Dörfchens Welze, da gibt es keinen Zweifel, ist nur oberflächlich in Ordnung. In den Köpfen der Landwirte rumort der Verdruß über die Brüsseler Preisvorgaben.

Gastgeber Heinrich Lübbert (61), gibt bereitwillig Auskunft über seine eigenen Probleme: Die Erlöse für seine gut 300 Schweine, davon 70 Zuchtsauen, seien seit einem Jahr um ein Viertel gefallen; kaum anders sehe es für die etwa 50 Stück Rindvieh, Kartoffeln und Zuckerrüben aus.

Ob die Hilfsmaßnahmen, über die bei ihm in der Stube beraten werden soll, Rettung bringen? Bauer Lübbert redet nicht drumrum: „Wenn die in Brüssel bei den Preisen nicht hart bleiben, ist auch eine Milliarde aus Bonn auf die Dauer wirkungslos."

Dieser Satz kennzeichnet die Stimmung derer, die da noch lange nach des Kanzlers Ankunft vor dem Hoftor *stehen und diskutieren. Auf einem* Transparent hieß es ironisch: „Geht der Bauer nicht zur Wahl, regnet's D-Mark allemal."



Unabhängig, auch wenn ein Gutachten ihres ehemaligen Kollegen Benda vorliegt: Verfassungsrichter FOTO: KEYSTONE

Über den Paragraphen 116 könnten die Karlsruher Richter erst 1987 befinden

Von HENNING FRANK

Im Fahrplan der SPD ist die am Freitag zu erwartende Zustimmung des Bundesrates zum neuen Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) schon enthalten. Und auch die anschließende Prüfung des Gesetzes durch den Bundespräsidenten ist für die Sozialdemokraten lediglich eine Durchgangsstation auf dem Weg nach Karlsruhe.

So große Hoffnungen angeblich einige ihrer Bundes- und Landespolitiker wie der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann haben, daß Richard von Weizsäcker seine Unterschrift unter das Gesetz verweigern wird, weil „der Bundespräsident nicht so leichtfertig mit dem Grundgesetz umgeht wie die Regierung in Bonn", das eigentliche Ziel der SPD im Streit um Paragraph 116 AFG ist das Bundesverfassungsgericht.

Wenn Richard von Weizsäcker, anders als sein Vorgänger Karl Carstens, sich nicht im wesentlichen darauf beschränken sollte, das korrekte Zustandekommen des Gesetzes zu kontrollieren, sondern als „politischer Bundespräsident" von seinem Haus auch noch in einem mit ziemlicher Sicherheit langwierigen Verfahren seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen läßt, dann wäre das für die Sozialdemokraten zwar ein willkommener Zwischenaufenthalt, aus dem sie politisches Kapital schlagen könnten.

Die SPD bereitet sich generalstabsmäßig vor

Auch sie rechnen jedoch offensichtlich damit, daß der Bundespräsident das Gesetz ausfertigen und verkünden wird. Anders ist jedenfalls die fast generalstabsmäßige Vorbereitung des Kabinetts Rau in Düsseldorf auf eine Anrufung des Bundesverfassungsgerichts nicht zu verstehen. Von ihr versprechen sich die nordrhein-westfälische Landesregierung und die SPD schon darum einen Erfolg, weil sie den Gang nach Karlsruhe mit einem Gutachten des Ex-Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, antreten werden.

Der heutige Professor für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg war bis Ende 1983 Vorsitzender des 1. Senats des Karlsruher Zwillingsgerichts, der über die Verfassungsmäßigkeit des neuen Paragraphen 116 AFG zu entscheiden haben wird. Abgesehen davon, daß sich die Mitglieder des „Grundrechtssenats", wie übrigens auch die Richter des 2. Senats, von einer Stellungnahme eines ehemaligen Kollegen nicht mehr beeindrucken lassen als von einer „normalen" wissenschaftlichen Arbeit, ist kaum damit zu rechnen, daß sich der 1. Senat noch in der derzeitigen Zusammensetzung damit beschäftigen wird.

Von den sieben Richtern des achtköpfigen Spruchkörpers, die noch mit Ernst Benda zusammengearbeitet haben, ist kürzlich Franz Niedermaier verstorben, und drei weitere scheiden nach Erreichen der Altersgrenze bzw. dem Ende ihrer Amtszeit in den nächsten anderthalb Jahren aus: der Freiburger Staatsrechtler Konrad Hesse, Dietrich Katzenstein und Helmut Simon.

Selbst wenn die Klage gegen den neuen Paragraphen 116 AFG noch vor der Sommerpause beim Verfassungsgericht eingehen sollte, was allerdings nicht einmal von den kühnsten Optimisten für möglich gehalten wird, kann darüber bei der derzeitigen Arbeitsbelastung des 1. Senats frühestens Mitte bis Ende 1987 verhandelt werden. Dann wird der heutige Vizepräsident und künftige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Roman Herzog, den Plenarsaal mit zumindest vier neuen Richtern betreten.

Einer von ihnen muß schon in den nächsten Wochen vom Wahlmännerausschuß des Bundestages gekürt werden, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß so wichtige Entscheidungen wie die über das niedersächsische Landesrundfunkgesetz und die Blockierung von militärischen Einrichtungen von sieben statt von acht Richtern gefällt werden. Auch wenn Franz Niedermaier nur schwer zu ersetzen ist, ein für die künftige Gestaltung der Medienlandschaft so richtungweisendes „viertes" Rundfunk-Urteil muß ebenso wie die Grundsatzentscheidung über die Strafbarkeit von „Sitzblockaden" als Nötigung von einer auf allen acht Plätzen besetzten Richterbank des 1. Senats gesprochen werden.

Sollte sich unter den Bundesrichtern, die keiner Partei angehören oder mit ihr sympathisieren, kein geeigneter Nachfolger für den in seiner Grundhaltung konservativ und „altbayerischen Liberalen" Franz Niedermaier aus Bayern finden, dann sollte die „vorschlagsberechtigte" CSU über ihren Schatten springen und gegebenenfalls auch der Nominierung eines „Nicht-Bayern" zustimmen.

Die Zeit für Neuberufungen drängt

Viel Zeit dafür allerdings bleibt nicht mehr, wenn der neue Richter im Juni schon an der mündlichen Verhandlung über das niedersächsische Mediengesetz teilnehmen soll. Auch wenn dieser Sitz im 1. Senat traditionell einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin „zusteht", wäre es denkbar, ihn auch mit einem Bundesfinanzrichter wie den 51jährigen Klaus Offerhaus zu besetzen.

Noch größere Schwierigkeiten dürfte es den Sozialdemokraten bereiten, für den zweiten sogenannten neutralen Richter im „Grundrechtssenat", der Ende Januar 1987 ausscheidet, einen „gleichwertigen" Ersatz zu benennen. Der Wissenschaftler, der den Platz des renommierten Staatsrechtlers Konrad Hesse im 1. Senat ausfüllen könnte, kommt für die SPD nicht in Frage.

Der Kölner Verfassungsrechtler und Autor des mehrbändigen „Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland", Klaus Stern (54), ist ihr zu konservativ. Und der Hannoveraner Rechtslehrer Hans-Peter Schneider (48), den die Sozialdemokraten am liebsten vorschlagen würden, kommt für die Hesse-Nachfolge nicht in Betracht, weil er ein Parteimitglied ist. Zu den aussichtsreichsten Kandidaten gehören darum der Hesse-Schüler und Herausgeber des „Jahrbuch des öffentlichen Rechts", Peter Häberle (51), von der Universität Bayreuth und Handelshochschule St. Gallen, der Frankfurter Öffentlich-Rechtler Michael Stolleis (43) und seine Bonner Kollegen Klaus Schlaich und Bernhard Schlink.

Für den zweiten Platz, den die SPD im nächsten Jahr im 1. Senat neu „besetzen" muß, scheint dagegen der Kandidat schon gefunden zu sein: Der Vorsitzende des Presserechtssenates am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, Erich Steffen (55). Der von Helmut Simon persönlich als sein Nachfolger empfohlen worden ist, kann für sich ins Feld führen, daß er das Bundesverfassungsgericht als wissenschaftlicher Mitarbeiter bereits kennt.

Seine Nominierung stößt allerdings bei der CDU/CSU auf erhebliche Bedenken, weil er maßgeblich an einigen Entscheidungen des Bundesgerichtshofes beteiligt war, durch die die Persönlichkeitsrechte zu Gunsten der Pressefreiheit wesentlich eingeschränkt wurden. Während sich die SPD schon auf Steffen festgelegt haben soll, erscheint es noch völlig offen, wer für den Hamburger Kirchenjuristen Dietrich Katzenstein am Richtertisch im 1. Senat Platz nimmt.

Sollte allerdings Berlins „Doppelsenator" Rupert Scholz seinen Hut in den Ring werfen, dann dürfte das Rennen gelaufen sein, zumal der 48jährige Rechtslehrer seine politischen Erfahrungen in das Verfassungsgericht einbringen könnte.

Wer sich letztlich in dem Paket, das zumindest für sechs der acht neuen Verfassungsrichter geschnürt werden muß, befinden wird, dürfte sich nach den Bundestagswahlen entscheiden. Erst dann wird man auch wissen, wer die vier neuen Richter sind, die zusammen mit Professor Roman Herzog als Vorsitzenden, Hermann Heußner als Berichterstatter, Gisela Niemeyer und Johann Friedrich Henschel über die Verfassungsmäßigkeit des Paragraphen 116 AFG entscheidet.

Rotsch vor Gericht. Verriet er den Tornado?

PETER SCHMALZ, München

Der ehemalige Abteilungsleiter beim Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), der 61jährige Maschinenbau-Ingenieur Manfred Rotsch, muß sich von heute an vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für das sowjetische KGB verantworten. Der Prozeß ist bis zum 1. August terminiert. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann stuft den Fall Rotsch als „besonders schwerwiegend" ein.

Nach den Ermittlungen wurde der in der CSSR geborene Techniker bereits 1954 vom KGB in Ost-Berlin angeworben und nach eingehender Schulung in den Westen eingeschleust. Er war beauftragt, bei Firmen mitzuarbeiten, die mit dem Flugzeugbau befaßt waren.

Bei der Firma Heinkel war er am Umbau des französischen Düsenflugzeugs „Fouge Magister" zu einem Schulungsflugzeug und an der Entwicklung eines für Ägypten bestimmten Kampfflugzeuges beteiligt. 1959 wurde er zum Entwicklungsring Süd nach München versetzt, wo der Senkrechtstarter VJ 101 gebaut wurde. Nach fünf Jahren wechselte Rotsch zur Firma Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG und arbeitete an der Entwicklung der Forschungssatelliten Heos und Dial sowie an Vorentwürfen für die Sonnensonde Helios.

Vom August 1969 bis zu seiner Verhaftung im September 1984 war er schließlich MBB-Mitarbeiter – erst im Bereich Raumfahrt und dann als Abteilungsleiter zuständig für die Konstruktion des Rumpfmittelteils für das europäische Mehrzweckkampfflugzeug Tornado. Er hatte Zugang zu geheimen Unterlagen auch außerhalb seines Arbeitsgebiets. Rotsch soll dem KGB zahlreiche auch geheime Dokumente übergeben haben, darunter auch Datensätze und Handbücher vom Tornado-Rumpf.

Der mutmaßliche KGB-Spion, der zur Tarnung der CSU beigetreten war, flog erst auf, nachdem der französische Geheimdienst einen Tip gegeben und 950 MBB-Mitarbeiter nach 16 Jahren erstmals wieder einer Sicherheitsprüfung unterzogen wurden. Rotsch erschien verdächtig und konnte bei Geheimtreffs mit seinem sowjetischen Führungsoffizier in Salzburg beobachtet werden. Der Agentenlohn wird mit „mindestens" 25 000 Mark angegeben.

Karlsruhe war kein Balsam auf die Wunden der SPD

Von HARALD GÜNTER

Baden-Württembergs Sozialdemokraten geht es zur Zeit wie Boris Becker: Auf schöne Siege folgen kapitale Niederlagen. Zwei Monate nach dem Erfolg Alexander Vogelgsangs in Böblingen kam jetzt Ulrich Pfeifle, kommunalpolitischer Hoffnungsträger der SPD, bei der Karlsruher Oberbürgermeisterwahl über 39 Prozent aller Stimmen nicht hinaus. Dabei hatten Pfeifle und Genossen mit einem zweiten Wahlgang fest gerechnet. Gerhard Seiler, eingeborener Kommunalpolitiker und Kandidat der CDU, schaffte jedoch mit 56,6 Prozent auf Anhieb die absolute Mehrheit. Bemerkenswert: Seilers Stimmenanteil liegt über dem von CDU und FDP bei der letzten Landtagswahl. Die Enttäuschung darüber war nicht nur Ulrich Pfeifle ins Gesicht geschrieben.

Ein Sieg in Karlsruhe, der drittgrößten Stadt des Landes, wäre für die SPD nicht nur das „bundespolitische Signal" gewesen, das sich



Kanzlerkandidat Johannes Rau gewünscht hatte. Er hätte auch wie Balsam auf die landespolitischen Wunden der südwestdeutschen Sozialdemokratie gewirkt. Trotz massiven Liebeswerbens in den „aufstiegsorientierten Arbeitnehmerschichten" der Ballungsräume ist – neuere Umfragen belegen es – ihr Ausbruch aus dem oppositionellen Hungerturm auf lange Zeit nicht in Sicht. Verständlich, wenn die Stuttgarter Parteiführung, von Erfolgserlebnissen nicht eben verwöhnt, Ersatzbefriedigung im kommunalen Bereich sucht. Zumal sich damit langfristige Hoffnungen verbinden. „Oberbürgermeister und Bürgermeister", so heißt es in einer internen Handreichung der Landesgeschäftsstelle, „haben für die Umsetzung der politischen Ziele, wie für die Selbstdarstellung der Sozialdemokratie in Baden-Württemberg eine nicht zu überschätzende Bedeutung."

Das bleibt abzuwarten. Allerdings sind der SPD – oder besser Mitgliedern der SPD – in denletzten drei Jahren vereinzelt spektakuläre Einbrüche in konservatie Erbhöfe geglückt. Jüngstes Beispiel: Böblingen. Dort löste am 16. Februar der langjährige Schmidt-Berater Alexander Vogelgsang einen in 37 Dienstjahren ergrauten CDU-Oberbürgermeister ab. Mit 51,8 Prozent hatte er in der 41 000-Einwohner-Stadt südwestlich von Stuttgart – begünstigt durch die farblose Konkurrenz – die letzten Landtags- und Kommunalwahlergebnisse seiner Partei um gut ein Drittel übertroffen. Aber mit welcher Strategie? Der 41jährige Diplom-Volkswirt, ein „schwäbischer Konservativer", der „keine Basis in der baden-württembergischen SPD" hat, siegte sozusagen im Alleingang.

So oder ähnlich kamen auch andere Wachablösungen in schwäbischen und badischen Rathäusern zustande. Siegmar Mosdorf, einer aus der jungen Managergarde unter den Landesgeschäftsführern der SPD, hält zwar für solche Wahlgänge einen Talentschuppen „erstklassiger Leute" aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung bereit, veranstaltet mit Hilfe der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik" (SGK) Schulungsseminare und läßt bei wichtigen Wahlen auch mal ein paar Mark aus der Parteikasse springen. Im Ernstfall aber stehen nur noch „unabhängige" Kandidaten auf der Matte.

Das entspricht guter baden-württembergischer Tradition. Nirgendwo sonst ist die Stellung eines Bürgermeisters, der Chef der Verwaltung und zugleich Vorsitzender des Gemeinderats ist, stärker. Nirgendwo ist aber auch das Element der Persönlichkeitswahl so ausgeprägt. Es ist kein Zufall, daß die Hälfte aller Chefsessel, die 1985 in den Städten und Gemeinden des Landes neu zubesetzen waren, parteilosen Kandidaten zufielen. Die CDU folgte, mit 61 gewonnenen Wahlen, dicht auf. Weit abgeschlagen dagegen die SPD: sie stellte in 137 Fällen nur zwölf mal den Sieger. Und auch im ersten Quartal dieses Jahres konnten die Sozialdemokraten nur neun von 85 Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen für sich entscheiden.

Trotzdem macht Mosdorf eine vielversprechende „Erfolgsspur" aus. Sie führt über die sozialdemokratische „Rheinschiene" (Lörrach, Freiburg, Lahr, Offenburg, Kehl, Mannheim) bis in den wirtschaftsstarken mittleren Neckarraum. Dort, rund um Stuttgart, hat sich allmählich ein bemerkenswerter Ring von Städten mit SPD-Oberbürgermeistern gebildet. Das ist die Region, in der Landtagswahlen gewonnen oder, wie im Fall der SPD seit mehr als einen Jahrzehnt, verloren werden.

Frieden zentrales Kirchentags-Thema

dpa, Fulda

Die christliche Friedensverantwortung soll „angesichts der vielfältigen Bedrohungen" ein wesentliches Thema der Kirchentage in der „DDR" und in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Das haben das Präsidium der Evangelischen Kirchentagsarbeit in der „DDR" und Vertreter des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages der Bundesrepublik Deutschland bei einem Erfahrungsaustausch in der vergangenen Woche in Fulda herausgestellt. Beide Seiten bezeichneten Schritte zu einem ökumenischen Konzil des Friedens als wichtig und notwendig.

Prozeß gegen Rösch unterbrochen

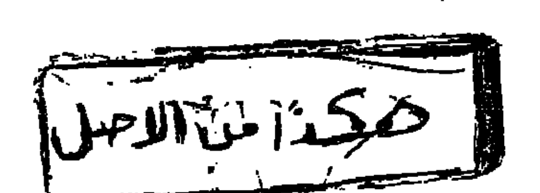
dpa, Konstanz

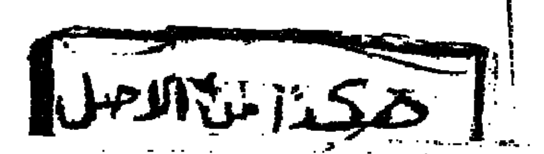
Der Prozeß gegen den ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Klaus Rösch wegen Untreue und Betrug ist gestern in Konstanz zwei Stunden nach Beginn für einen Tag unterbrochen worden. Das Landgericht gab einem Antrag der Verteidigung statt, die die Schöffenbesetzung überprüfen wollte. Rösch ist unter anderem angeklagt, zusammen mit seinem ehemaligen Kompagnon Mies von 1979 bis Anfang 1981 mit dem gemeinsamen Reisebüro in Villingen-Schwenningen verschiedene Reiseveranstalter um 265 000 Mark geschädigt zu haben.

Schwere Krawalle an Startbahn West

AP, Frankfurt

Zu den schwersten Ausschreitungen seit mehreren Monaten ist es am Sonntag an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens gekommen. Nach Angaben der Polizei setzte eine militante Gruppe von insgesamt rund 300 Demonstranten am zweiten Jahrestag der Inbetriebnahme der Piste Stahlkugeln, Molotow-Cocktails und Leuchtraketen ein. Vier Polizeibeamte wurden leicht verletzt, eine 10 000 Quadratmeter große Forst- und Wiesenfläche geriet in Brand. Der Flugverkehr auf der Startbahn West mußte für etwa anderthalb Stunden unterbrochen werden.





Benazir kann sich der Massen kaum erwehren

Kritik an der Regierung / Präsident Zia bleibt gelassen

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Benazir Aquino?", fragen sich mittlerweile Beobachter der politischen Szene Pakistans. Denn die Rückkehr von Benazir Bhutto, der Tochter des 1979 hingerichteten Premiers Zulfikar Ali Bhutto, hat unter der pakistanischen Bevölkerung einen Jubel ausgelöst, den das Land seit seiner Unabhängigkeit vor 37 Jahren wohl bisher kaum erlebt hat.

Hunderttausende von Anhängern der Pakistanischen Volkspartei, deren Präsidentin Benazir Bhutto ist, säumen den Weg ihrer politischen Wallfahrt von der Grenzstadt Lahore in die Hauptstadt Islamabad.

In überfüllten Bussen, auf Ochsenkarren, mit Fahrrädern und zu Fuß begleiten Zehntausende Benazir Bhutto, deren Autokonvoi sich nur mühsam einen Weg durch die Menschenmassen bahnen kann. Die Massen sind trotz eines massiven Polizeieinsatzes kaum zu bändigen.

„Zwölf Stunden Fahrt für 65 Kilometer, das ist bei dieser Hitze zu viel", stöhnt einer ihrer Begleiter, die für die Sicherheit Benazirs sorgen, die nach einem angeblichen Mordversuch vor zwei Tagen um ihr Leben fürchtet.

Erst vor wenigen Tagen ist sie von ihrem Exil in London in die Heimat zurückgekehrt. Die Botschaft, die sie ihren Landsleuten bringt, ist einfach und beschränkt sich auf ein Thema: „Ich bringe Euch die Freiheit und die Demokratie".

Eine „Ära von Blut"

Wenn der Jubel „Es lebe Benazir" sich gelegt hat, erklärt sie, was sie von der Regierung Zia hält: „Sie ist nicht repräsentiv, sie unterdrückt das Volk." Die neunjährige Herrschaft Zias nennt sie eine „Ära von Blut, Tränen und Finsternis". „Benazir, Benazir" ist die Antwort, wenn sie erklärt, daß umgehend Wahlen in Pakistan durchgeführt werden müssen, um geordnete demokratische Verhältnisse zu erreichen.

Doch damit will sich Pakistans Präsident Zia Zeit lassen. Erst im Februar vergangenen Jahres war ein Parlament gewählt worden. Parteien waren allerdings nicht zugelassen. „Frau Bhutto", so erklärte Zia am Wochenende, „wird wohl bis 1990 warten müssen". Seine Regierung unter dem Premier Junejo sei eine ordnungsgemäß gewählte, die von der Opposition, der „Bewegung zur Wiedereinführung der Demokratie" und der Pakistanischen Volkspartei, nicht nur anerkannt werden sollte.

„Die Opposition", so fordert Zia, „muß die Regierung in ihrem Bestreben um Demokratisierung aktiv unterstützen".

Bisher nimmt das Regime Zia den Triumphzug Benazir Bhuttos gelassen hin. Die sonst so schlagkräftige Polizei, bekannt für ihre Brutalität, wenn es um die Auflösung immer noch verbotener Massenkundgebungen geht, verhält sich eher passiv. Die Schlagstöcke treten nicht in Aktion, und auch Polizeibeamte drängen sich neugierig vor, um einen Blick auf die Politikerin zu werfen.

Gewalt darf nicht sein

Doch Zias Warnung an Benazir Bhutto läßt keinen Zweifel daran, daß der pakistanische Präsident jederzeit bereit ist, seinen Machtapparat anlaufen zu lassen. „Die Rückkehr Benazir Bhuttos ist ein Bestandteil unserer Demokratiebemühungen. Doch sie darf nicht zu einem Problem von Recht und Ordnung werden. Es darf zu keinerlei Gewalttätigkeiten kommen", gab er in seiner ersten Reaktion auf die Rückkehr Frau Bhuttos zu bedenken.

Er baut darauf, daß nach Abebben der ersten Begeisterung Frau Bhutto im harten politischen Tagesgeschäft keine direkte Bedrohung für die Regierung ist, die er durch jene Kriegsrechtsverordnungen der letzten Jahre abgesichert hat, die jetzt Bestandteil der Verfassung sind.

Ähnlich argumentieren andere Politiker in Islamabad. Zias Generale dagegen wollen dennoch die lange Leine, an der der Präsident gegenwärtig die Opposition hält, lieber verkürzt sehen. Das Schreckgespenst einer Entwicklung ähnlich der auf den Philippinen haben sie deutlich vor Augen. Gleichwohl verhalten sie sich wie ihr Oberster Befehlshaber – abwartend. Auch in der Hoffnung darauf, daß außenpolitische Entwicklungen das Interesse der Pakistani an ihrer Innenpolitik mindert.

Schwere Kämpfe mit Rebellen in Moçambique

M. GERMANI, Johannesburg

Um das Hauptquartier der Widerstandsbewegung Renamo im Gorongosa-Gebiet in Mittel-Moçambique wird wieder heftig gekämpft. Es war im vergangenen Jahr von Regierungstruppen mit Unterstützung der zimbabwischen Armee besetzt, vor zwei Monaten jedoch von den Rebellen zurückerobert worden.

Nach bisher unbestätigten Berichten sind 24 Hubschrauber, 17 Bomber sowie sowjetische MiG-Kampfflugzeuge, die von moçambiquischen Piloten geflogen werden, im Einsatz. Das Regime von Samora Machel in Maputo, das 1977 mit Moskau einen Freundschaftsvertrag abschloß, hat nach amerikanischen Erkenntnissen bisher Waffenhilfe im Werte von einer Milliarde Dollar von den Sowjets erhalten.

Wie der Generalsekretär der Renamo in Lissabon, Ivo Fernandes, der WELT gegenüber bestätigte, war mit einer neuen Großoffensive der Regierungstruppen für Mitte April gerechnet worden. Entgegen Berichten in der südafrikanischen Presse seien die 12 000 bis 13 000 zimbabwischen Soldaten noch nicht aus Moçambique abgezogen worden. Nach Angaben von Fernandes halten die Rebellen die Hauptstadt Maputo weiterhin eingekreist.

Fernandes sieht in der neuesten Offensive auch einen Versuch, die angeschlagene Position der Regierung für die zu erwartenden Verhandlungen mit den Rebellen zu stärken. Verschiedene westliche Länder hatten sich in jüngster Zeit für eine Verhandlungslösung des Moçambique-Konflikts ausgesprochen.

Die Rebellen scheinen ihre bisher unnachgiebige Haltung in dieser Frage inzwischen modifiziert zu haben. Noch bis vor kurzem hatten sie jeglichen Dialog abgelehnt, heute machen sie nur noch den Rücktritt von Präsident Machel zur Bedingung.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Roms zögernde Autonomie-Politik läßt Südtiroler nach „Freiheit" rufen

Revolte auf dem SVP-Parteitag / Landeshauptmann Magnago will sich zurückziehen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Steht Südtirol an einem Wendepunkt? Droht die Gefahr, daß die von Landeshauptmann Silvius Magnago seit Jahrzehnten zielstrebig verfolgte friedliche Autonomiepolitik von radikalen Kräften umgeworfen wird, nachdem für das kommende Jahr das Ausscheiden dieses Führers der deutschen Volksgruppe aus der aktiven Politik angekündigt worden ist?

Voller Besorgnis stellt man sich in politischen Kreisen Roms diese Frage angesichts des turbulenten Auftaktes der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei (SVP) in Meran.

Am Reden gehindert

Eine Gruppe rebellierender Schützen, die auf diesem Parteitag den Ordnungsdienst stellten, hatte gleich zu Beginn das Podium gestürmt, Magnago eine Stunde lang am Reden gehindert, ein Transparent mit der Forderung nach „Selbstbestimmung für Südtirol" entrollt und in Sprechchören „das Paket (die Vereinbarung über die südtiroler Autonomie) ist tot! Südtirol ist tot! Freiheit für Südtirol!" skandiert.

Eine derartige Revolte gegen den allgemein als „Landesvater" verehrten Parteiführer und Landeshauptmann ist bisher ohne Beispiel. Den Vorwand dafür lieferte offensichtlich das Zögern Roms beim Erlaß der letzten noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen für das südtiroler Autonomie-Statut, mit denen unter anderem die Zweisprachigkeit vor Gericht geregelt werden soll.

Die Rebellengruppe wurde vom Kommandanten der Meraner Schützen, Peter Piock, angeführt, der die Abstimmung über eine Resolution erzwang, mit der die Selbstbestimmung Südtirols, das heißt praktisch das Ausscheiden des Landes aus dem italienischen Staatsverband, verlangt wurde. Die Entschließung wurde zwar abgelehnt, aber das Echo, das sie auslöste, drang weit über den Meraner Kursaal hinaus bis nach Rom.

Als Magnago schließlich zum Reden kam, verurteilte er in gleicher Weise die Verzögerung bei der vollen Anwendung des Autonomie-Statuts durch Rom und das Vorbringen unrealistischer Forderungen durch radikale Kräfte in der Volksgruppe.

Er appellierte an Österreich als südtiroler Schutzmacht, in Rom wegen der ausstehenden Durchführungsbestimmungen vorstellig zu werden. Eine entsprechende Entschließung wurde von der Landesversammlung fast einstimmig gebilligt.

Sorge um die Zukunft

Den Italienern, die in Südtirol leben und von denen sich viele durch die Autonomie bedroht fühlen, bot Magnago einen konstruktiven Dialog an. Er sagte: Wenn es für die Italiener Anlaß geben sollte, sich berechtigterweise um ihre Zukunft Sorge zu machen, dann solle man darüber gemeinsam sprechen.

Er plädierte für das menschliche und politische Zusammenleben im Land und schloß dabei auch diejenigen in Südtirol lebenden Bürger ein, die sich nicht zu einer der drei Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch) bekennen wollen.

Portugal erhofft Zusage für Fregatten

Regierungschef Cavaco Silva besucht Bonn / Begegnungen mit Kohl und Wörner

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der wirtschaftliche Wiederaufbau seines revolutionsgeschädigten Landes und die multilateralen Beziehungen zwischen Europa und dem südlichen Afrika bilden die Hauptgesprächsthemen des portugiesischen Ministerpräsidenten Anibal Cavaco Silva bei seinem heute beginnenden ersten offiziellen Besuch in der Bundesrepublik. Als bisher erster Wirtschaftsfachmann im São-Bento-Palast, dem Regierungssitz, kann er mit klaren Vorstellungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft aufwarten. Vorgesehen sind unter anderem Begegnungen mit Kanzler Kohl, Verteidigungsminister Wörner und Finanzminister Stoltenberg sowie am Mittwoch ein Besuch in Berlin.

Cavaco Silva, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei – ihrem Wesen nach eine liberal-konservative Partei – steht zwar einer Minderheitsregierung vor, kann jedoch mit der Unterstützung der Christdemokraten und der sehr heterogenen Reformpartei des bisherigen Staatspräsidenten General Eanes rechnen. Wie der portugiesische Regierungschef der WELT vor drei Wochen in einem Interview mitteilte, seien nur die Kommunisten daran interessiert, seine Regierung zu stürzen.

Mit niedrigen Lohnkosten und Steuervorteilen möchte Portugal mehr deutsche Investitionen an sich ziehen. Diesem Zweck werden Gespräche des Regierungschefs mit deutschen Unternehmen dienen. Aus der Zeit der Revolution von 1974/75 stammende hinderliche Arbeitsgesetze sollen geändert werden, um eine flexiblere Gestaltung von Arbeitsverträgen zu ermöglichen. Schon seit einiger Zeit betreibt die Regierung eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und die Liquidierung maroder Staatsbetriebe.

Cavaco Silva möchte Deutschland als wichtigsten EG-Partner für die Verdichtung der multilateralen Beziehungen zu Afrika interessieren: „Portugal spielt mit seinen über Jahrhunderte gewachsenen Kontakten eine besondere Rolle in verschiedenen Ländern Afrikas und kann deshalb gute Vorschläge machen."

Lissabon erhofft von dem Besuch außerdem den Abschluß der Verhandlungen über die Lieferung von drei Fregatten für die portugiesische Marine im Wert von 1,7 Milliarden Mark. Abgesehen von dem Ausbildungsstand der Besatzungen, den deutsche See-Offiziere jetzt als gut bezeichnen – und der Garantie, daß das technische Personal nicht von der Industrie abgeworben wird –, muß die Wartung der elektronischen Ausrüstung auf portugiesischen Werften unter deutscher Aufsicht gewährleistet sein. Dies kann im Rahmen der Lieferverträge geregelt werden.

(SAD)

Chirac setzt zum Sturm auf Bastille-Oper an

PETER RUGE, Paris

Es ist in Paris wie im alten Rom: Mit dem Wechsel der Macht werden die Büsten der Herrscher von den Säulen gestoßen. So ergeht es jetzt François Mitterrand. Seine Prestigebauten werden von der neuen bürgerlichen Regierung nahezu zum Einsturz gebracht. Einsparungsgründe, so erklärt Premierminister Jacques Chirac. „Das Geld wird nötiger gebracht für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit".

Es gehört zur Tradition französischer Könige, Kaiser oder Staatspräsidenten, sich durch ein imposantes Gebäude „ewiges" Andenken zu schaffen: Versaille, Louvre, Invalidendom, Centre Pompidou – Mitterrand wollte sich mit einem Bauwerk nicht zufrieden geben: Es sollten gleich fünf sein – Projekte für insgesamt mehr als fünf Milliarden Mark. Zu den umstrittendsten gehören die „Glaspyramide im Hof des Louvre und die Bastille-Oper".

Jacques Chirac hat erst einmal den Weiterbau am neuen Opernhaus der Bastille gestoppt. Das Geschenk, das Mitterrand den Franzosen zum 200. Jahrestag der „Glorreichen Revolution" 1989 machen wollte, droht damit ein kolossaler Flop zu werden. Denn 1,4 Milliarden Franc soll das Unternehmen „Volksoper Bastille" bereits verschlungen haben. Zum Vorschein aber kam bisher nur eine Baugrube.

Nun werden wieder alte Pläne hervorgeholt, die Pariser klassische Oper zu renovieren. Rolf Liebermann, der im veralteten Palais Garnier noch einmal ungeheure Energien freisetzte, aber auch kaum mehr als 100 Aufführungen im Jahr schaffte, wäre schon mit einem Drittel des Etats der Bastille-Oper glücklich gewesen. Aber die Sozialisten wollten radikale Änderungen: Dem neuen Zeitgeist sollte eine größere Oper an der Bastille geweiht werden.

Was also soll aus „Mitterrands Größenwahn" werden, wie die Bürgerlichen die in den Sand gesetzten Renommiervorhaben bereits nennen. Ein moderner Konzertsaal fehlt Paris, dazu könnte die Bastille-Oper noch umgewandelt werden. Es sei denn, die Erstürmung der Bastille wird ein zweites Mal vorgesehen: Nach dem Schleifen des Staatskerkers nun die Opernfundamente.

Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion war von den Kategorien Rasse und Raum beherrscht. Die Westmächte dagegen – und hier speziell die Briten – wurden ein Opfer ihres eigenen, klischeehaften Preußenbildes, das mit der historischen Wirklichkeit wenig gemein hatte. Churchills Preußenhaß stand mit Pate, als die Abtretung der deutschen Ostgebiete zu einem der Kriegsziele erhoben und schließlich auch vollzogen wurde. Die Furcht vor einer Massenaustreibung und die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation trugen dazu bei, den Krieg zu verlängern.

Diesen Weltkrieg hat ganz Europa verloren

Von ANDREAS HILLGRUBER

Die deutsche Seite hatte den im September 1939 „entfesselten" Krieg im Osten sowohl während der Phase der Kooperation mit der Sowjetunion von 1939–1941 als auch während des großen Ostkrieges gegen die Sowjetunion von Juni 1941 an konsequent gemäß der radikalen, rassenideologisch geprägten Konzeption Hitlers geführt. In der ersten Etappe von 1939 bis zum Frühjahr 1941 hatte das Ziel in der Eindeutschung der nach der Niederwerfung Polens ins „Großdeutsche Reich" sogenannten „eingegliederten Ostgebiete" (Westpreußen, Posen, Lodz, Teile Westgaliziens) bestanden. Dazu hatte man die Rücksiedlung der Deutschen aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien sowie aus Bessarabien (und der Nordbukowina) erzwungen und gleichzeitig Teile der polnischen Führungsschicht liquidiert, während die Masse der polnischen Bevölkerung im sogenannten „Generalgouvernement" der deutschen Herrschaft unterworfen wurde. Während dieser anderthalb Jahre exekutierte Stalin in dem ihm überlassenen Ostpolen mit *Deportationen* und Mordaktionen gegen die polnische Führungsschicht – „Katyn" – eine vergleichbare Politik, die die vollständige Assimilierung dieser Gebiete an die Weißruthenische und die Ukrainische Sowjetrepublik im Auge hatte. Mit dem Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion rückte dann das bisherige Fernziel der Errichtung eines deutschen Ostimperiums auf den Trümmern der Sowjetunion unter Ausrottung der bolschewistischen Führungsschicht, *einer Dezimierung* der slawischen Massen und systematischer Vernichtung der Juden in den Mittelpunkt der nationalsozialistischen „Ostpolitik".

Zunächst erstreckten sich diese Maßnahmen im wesentlichen auf das eroberte sowjetische Territorium, dann aber auf das ganze deutsch-beherrschte Kontinentaleuropa. Ein „Generalplan Ost" sah die Abdrängung von mehr als dreißig Millionen Slawen nach Sibirien und die Gewinnung deutscher Siedlungsbereiche

> *Schon 1942 war für London klar: Die Abtrennung der deutschen Ostgebiete ist eine optimale Lösung.*

und -stützpunkte in den beabsichtigten vier „Reichskommissariaten" Ostland, Ukraine, Moskowien und Kaukasien vor. Nur der Kriegsverlauf, der sich sehr bald gegen Deutschland wendete, ließ es, von geringen Ansätzen abgesehen, dazu nicht kommen.

Diese Ostkonzeption Hitlers unterschied sich schon in quantitativer Hinsicht, vor allem aber in qualitativem Betracht gründlich von der Ost*konzeption der traditionellen deut*schen Führungsgruppen, die seit dem Ersten Weltkrieg mit unterschiedlichen Akzenten im einzelnen die Revision der Versailler Grenzen gegenüber Polen und die Rückgewinnung der 1919 verlorenen Ostgebiete erstrebten. Auch die Schaffung eines „Großdeutschlands" durch den „Anschluß" Österreichs und der sudetendeutschen Gebiete blieb im Horizont ihres Willens, und die Vorstellung eines deutsch-geführten „Mitteleuropa", in dem Polen und Tschechen in einem Abhängigkeitsverhältnis zu der mitteleuropäischen Führungsmacht standen, war der alten preußisch-deutschen *Elite nicht* fremd. Diese traditionelle Führungsschicht hatte sich in den Anfangsjahren des „Dritten Reiches" von Hitler, dessen in „Mein Kampf" entwickelte Vorstellung eines germanischen Großreichs im Osten sie überhaupt nicht ernst nahm, in den Dienst des neuen Staates gestellt, und nun suchte sie, vor allem jener Kreis, der sich in der liberal-konservativen Opposition um Goerdeler sammelte, verzweifelt ihre ostpolitische Konzeption gegen die ihrer festen Überzeugung nach katastrophale „Ostpolitik" Hitlers zu stellen. In der Realität des Krieges spielten diese Vorstellungen der liberal-*konservativen Opposition* keine Rolle. Im allerletzten Moment, schon im Schatten der heraufziehenden Katastrophe, kam es zu einer indirekten Wirkung, etwa bei der Bildung einer Art lettischer Regierung im Kurland-Brückenkopf Anfang 1945 anstelle des „Reichskommissariats Ostland" *oder* bei den Bemühungen des SS-Obergruppenführers von dem Bach-Zelewski, mit dem Befehlshaber der polnischen „Heimatarmee", Bor-Komorowski, nach der Kapitulation von dessen Armee in Warschau am 2. Oktober 1944 zu einer gewissen Verständigung zu kommen, was von Himmler, dessen Europa-Konzept seit je von dem Hitlers in Einzelheiten abwich, halbherzig gefördert wurde; aber all das war nach der jahrelangen katastrophalen deutschen Polenpolitik natürlich ohne jede Zukunftschance. Dennoch verdient die ostpolitische Konzeption der liberal-konservativen Opposition eine gerechte *Würdigung; sie ist die einzige in* Deutschland aktive Alternative zu Hitlers radikaler Utopie. Gemeinsam war beiden Konzeptionen, derjenigen Hitlers wie der der liberal-konservativen Opposition, nur die Überzeugung, daß Europa von der Mitte, vom Deutschen Reich aus, organisiert und geführt, oder in der Sicht Hitlers: beherrscht werden müsse.

Die Gegenseite, sowohl die britische als auch die sowjetische, ging von der entgegengesetzten Überlegung aus. Diese europäische Mitte müsse von den Flügelmächten – zusammen mit deren quasi-natürlichen Verbündeten, den kleineren und mittleren Nachbarn der Deutschen – für alle Zukunft direkt oder indirekt niedergehalten und beherrscht werden, weil die Deutschen seit der Wilhelminischen Ära die ihnen unter Bismarck zugefallene Führungsrolle zweimal zu kriegerischer Expansion mißbraucht hätten.

Die britischen Kriegsziele wurden erst in der mittleren Kriegsphase voll entwickelt – also in der Zeit von Mitte 1941 bis Herbst 1942 –, als bei den Westalliierten noch die Überzeugung vorherrschte, eine durch die deutschen Schläge entscheidend geschwächte Sowjetunion werde bei Kriegsende nicht in der Lage sein, die europäische Nachkriegsordnung maßgeblich mitzubestimmen.

Nicht ohne Einfluß auf London waren in dieser Situation Vorstellungen und Forderungen der polnischen und der tschechoslowakischen Exilregierung …

Die britische Konzeption einer Nachkriegsordnung ging zunächst, da die britische wie die amerikanische Regierung bis zum Stalingrad-Winter 1942/43 einen Zusammenbruch der Sowjetunion unter dem deutschen Ansturm für wahrscheinlich hielten, an den sowjetischen Interessen schlichtweg vorbei, wie dies schon aus der von Roosevelt und Churchill verkündeten „Atlantik-Charta" vom 14. August 1941 hervorging. Wenige Tage später, am 26. August 1941, nannte Churchill auf einer Kabinettssitzung als zweifaches Kriegsziel Großbritanniens einerseits Deutschlands totale Entwaffnung und andererseits dessen gesunde Wirtschaft, womit eine Fehlentwicklung wie nach dem Ersten Weltkrieg verhindert werden sollte. Deutschland solle „fett, aber impotent" gemacht werden.

Als europäische Macht sollte Deutschland auf Dauer mit Hilfe einer festen Allianz zwischen England und Frankreich im Westen und beider Mächte mit Polen und der Tschechoslowakei im Osten niedergehalten werden. Im Auftrag des Außenministers Eden erstellte der „Foreign Research and Press Service" dazu ein Gutachten über Ostmitteleuropa, in dem am 12. Februar 1942 als „optimale Lösung" vorgeschlagen wurde, „eine Konföderation aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sowie eventuell Österreich" zu bilden, die allerdings – so hieß es – „nur dann ohne russische Hilfe und bei polnischen Gebietsverlusten" (im Osten an die Sowjetunion) ein östliches Gegengewicht gegen Deutschland bilden könne, wenn sie über Ostpreußen, Oberschlesien und das Sudetenland verfüge. Deutschland sei – so wurde unterstellt – „in der Lage", 3 bis 6,8 Millionen Vertriebene aus den Polen und der Tschechoslowakei überlassenen deutschen Ostgebieten aufzunehmen.

Von diesem Zeitpunkt an hatte die Absicht einer Bevölkerungsverschiebung in Ostmitteleuropa, mittels derer zugleich der aus britischer Sicht harte Kern Deutschlands, nämlich Preußen, gebrochen werden sollte, einen festen Platz in der britischen Nachkriegsplanung. Das, was im Ersten Weltkrieg an Gedanken einer völkischen Feld- und Flurbereinigung in Deutschland verbreitet war, was auf deutscher und auf sowjetischer Seite seit Beginn des Zweiten Weltkrieges im September 1939 praktiziert worden war, war nun – ohne daß sich direkte Bezüge zu den deutschen und sowjetischen Maßnahmen der Verschiebung von Bevölkerungsteilen im Osten feststellen lassen – auch von britischer Seite in die eigene Kriegszielplanung als ein Ele*ment eingefügt worden, das eine* vermeintlich dauerhafte Sicherung für die eigene Führungsrolle in Europa zu versprechen schien.

Die Annullierung des Münchner Abkommens aus dem Jahre 1938 durch die britische Regierung im August 1942 wurde bereits „ausdrücklich mit der Zustimmung zum Grundsatz des Transfers der Deutschen aus Ostmitteleuropa" verbunden. Noch bevor sich mit der Konferenz der „Großen Drei" (Roosevelt, Churchill, Stalin) in Teheran Ende November 1943 eine grundsätzliche Änderung der Einschätzung der Rolle der Sowjetunion in der alliierten Nachkriegsplanung abzeichnete, sprach sich das britische Kabinett am 8. Oktober 1943 für die „Abtretung Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens von Deutschland" aus und rechnete dabei mit einer Vertreibung von 3 bis 5 Millionen Deutschen aus den preußischen Ostprovinzen und mit 1 bis 1,5 Millionen aus der Tschechoslowakei. *(Der Eger-Zipfel sollte übrigens – sozusagen als bescheidener Ausgleich – auch dieser Planung zufolge an Deutschland abgetreten werden.)* …

Aufgrund der strategischen Grundentscheidung, die westalliierte Invasion vom Frühjahr 1944 in Frankreich *stattfinden zu lassen, war klar, daß* nun Polen unweigerlich von der Roten Armee „befreit" werden würde. Aber Roosevelt und Churchill wichen dieser Frage in Teheran aus und signalisierten damit ohne Worte ihre Bereitschaft, sich der sowjetischen Ostmitteleuropa-Konzeption anzupassen. Für Stalin war eben die Struktur Polens und Warschaus künftige Regierung das fundamentale *Problem, nicht* aber die Grenzfrage, die er nur aus Ablenkungsgründen hochspielte; die innere Verfassung Polens war geradezu das Kernstück seiner Ostmitteleuropa-Konzeption.

Es mußte Stalin aufgrund der Erfahrungen primär darauf ankommen, eine Wiederholung des 22. Juni 1941, als der Sowjetunion von Hitler der Kampf um ihre Existenz aufgezwungen wurde, soweit wie möglich für alle Zukunft zu verhindern – jedenfalls in der absehbaren Lage nach dem Sieg, in dem der westliche und der sowjetische Machtbereich in der Mitte Europas aufeinanderstoßen würden. So wollte er Sicherheit durch eine Erweiterung des sowjetischen Territoriums nach Westen, durch eine „Umdrehung" des 1919/20 von den Westmächten unter antisowjetischen Auspizien geschaffenen „Cordon Sanitaire" mit einem nach Westen verschobenen Polen, das als Zentrum eines Schutzgürtels für die Sowjetunion gesehen wurde. Dies alles erschien Stalin nur durch eine Installierung von Moskau-abhängigen kommunistischen Regimen in allen osteuropäischen Ländern, vor allem aber in Polen, möglich und schließlich durch eine dauernde Präsenz sowjetischer Streitkräfte in Rest-Deutschland. Das allein würde eine Mitsprache der Sowjetunion über Mitteleuropa gewährleisten, so daß er den von Westen bis in die Mitte Europas vorgedrungenen Amerikanern und Briten Paroli bieten könne. Das war eine weitgespannte, kurz- und mittelfristig defensiv angelegte, langfristig aber offensive Möglichkeiten enthaltende Konzeption, die jeden*falls von vornherein von einer* Nachkriegskonfrontation der Sowjetunion mit den Westmächten ausging. Molotow hatte, die Niederlage Hitler-Deutschlands bereits implizierend, diese zukünftige Konstellation einer europäischen Nachkriegsordnung erstaunlicherweise schon bei seinem Besuch in Berlin durchblicken lassen (in dem berühmten Gespräch im Bunker unter der Reichskanzlei mit Ribbentrop am 13. November 1940), so wie Stalin seinerseits beim Besuch Edens in Moskau vom 16. bis 20. Dezember 1941 bereits die Teilung Deutschlands und Europas skizziert und damit seine Einschätzung der zukünftigen Entwicklung zu erkennen gegeben hatte. Endgültig zur Leitlinie der sowjetischen Politik wurde diese Konzeption, seit die bis September 1943 offengehaltene Alternative einer erneuten – wenn auch wahrscheinlich nur vorübergehenden – Kooperation mit einem sich auf die zwischen Ribbentrop und Molotow vereinbarte Linie der Teilung Polens oder auf die Reichsgrenze von 1914 zurückziehenden Deutschland hinfällig geworden war …

Blickt man nüchtern auf das Verhalten der USA und Großbritanniens während der beiden großen Kriegskonferenzen 1945, so wird deutlich, *daß für den Fall einer deutschen Nie*derlage zu keinem Zeitpunkt des Krieges Aussicht bestand, den größeren Teil der preußisch-deutschen Ostprovinzen zu retten. Es gab niemals ein Interesse der Westmächte daran, sich für deren Zugehörigkeit zu Deutschland nach Kriegsende zu engagieren. Das westliche Interesse ging, wie auch die Absprachen über die Zonen-Einteilung des zu beset*zenden Deutschlands seit Januar* 1944 zeigten, niemals über Nordwest- und Süddeutschland hinaus.

Für dieses Desinteresse der Westmächte am Osten des Deutschen Reiches war einerseits das extrem negative, klischeehafte Preußen-Bild der

> *Erst ein Friedensvertrag kann über das endgültige Schicksal der deutschen Ostgebiete entscheiden.*

führenden westlichen Staatsmänner ausschlaggebend, die von Preußen tatsächlicher oder schon damals nur noch vermeintlicher Schlüsselstellung im Kaiserreich ausgingen, nicht aber von dem tatsächlichen, ganz andersartigen Bezugsgeflecht zwischen Preußen, dem Deutschen Reich und dem Nationalsozialismus; fast jedes britische Dokument zur Deutschland-Planung der Nachkriegszeit belegt diese Fixierung auf Preußen. Andererseits fällt in allen diesen Dokumenten – bis zum Herbst 1943 – eine Überschätzung der Rolle ins Auge, die Polen in der Nachkriegszeit würde spielen können.

Dies aber hieß im Blick auf den Verlauf des Geschehens im deutschen Osten: Jede Stadt, jede Siedlung, jede Landschaft, die die deutschen Truppen beim Zusammenbruch der Ostfront im Winter 1944/45 aufzugeben gezwungen waren, war in einem ganz elementaren Sinne für immer für Deutschland und für seine deutschen Bewohner verloren. Den meisten Ostdeutschen war dies allerdings trotz aller grauenvollen Erleb*nisse weder während der Flucht oder* Vertreibung noch nach der erst notdürftigen, dann allmählich endgültigen Etablierung im restlichen Deutschland voll bewußt. Die zuerst von den Parteien der sowjetischen Besatzungszone einschließlich der KPD und seit dem April 1946 sogar von der SED vertretene *Revisionsforderung* hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie wurde nach der Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes vom 6. September 1946 von den Parteien in den deutschen Westzonen übernommen.

Byrnes hatte in seiner Rede gesagt: „Was Schlesien und andere östliche Provinzen Deutschlands betrifft, so muß festgestellt werden, daß die Sowjetrussen noch vor der Potsdamer Konferenz die Verwaltung dieser Gebiete Polen überließen … Aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz geht jedoch klar hervor, daß die Regierungschefs sich nicht verpflichtet haben, *auf der Konferenz die Überlas*sung eines dieser Gebiete (an Polen) zu unterstützen … Das Ausmaß des an Polen abzutretenden Gebietes muß … festgelegt werden, wenn die allgemeine (Friedens-)Regelung getroffen wird." Damit waren bei den meisten Ostdeutschen wieder Hoffnungen und Erwartungen geweckt worden, *daß es sich bei der Überlas*sung der preußisch-deutschen Ostprovinzen nur um eine zeitlich befristete Übergangslösung handele; immerhin hatte der Repräsentant der stärksten Macht der Welt die Existenz einer definitiven Regelung ausdrücklich zurückgewiesen. Solche Illusionen ließen sich auch durch die jahrzehntelange Fortdauer der Situation an Oder und Neiße bei den Deut*schen im allgemeinen und* den Vertriebenen im besonderen nur mühevoll durch den Fluß der Zeit korrigieren. So blieb lange eine in die Augen fallende Diskrepanz zwischen der sozialen Realität der Integration der Vertriebenen in Westdeutschland (auf andere Weise in Mitteldeutschland) und deren politischer Sonderstellung, die die Vertriebenen-Organisationen ja ausdrücklich betonten. Aber dies gehört bereits zu einem anderen Thema: dem Werben der westlichen Alliierten um die Deutschen in der Epoche des „Kalten Krieges". Die neue weltpolitische Lage sollte nun auch die Politik der deutschen Parteien gegenüber den Vertriebenen bestimmen.

Ob sich der Begriff des Tragischen auf das Geschehen anwenden läßt, das im Zweiten Weltkrieg gipfelt, mag dahingestellt bleiben; Schuld und Verhängnis, legitimes Verlangen und offenes Unrecht, Willkür und Verstrickung sind hier unauflösbar ineinander gemischt. Aber im Falle des Geschehens im deutschen Osten 1944/45 darf man wohl von tragischen Vorgängen sprechen, die Ausweglosigkeit der Situation für die Soldaten und die Bewohner der Ostgebiete ist evident.

Die Reste jenes deutschen Ostheeres, mit dem Hitler 1941 die Sowjetunion hatte vernichten wollen, verteidigten nun sein immer stärker zusammenschrumpfendes Reich, innerhalb dessen Grenzen – was damals gewiß nur ein Teil der Soldaten und der deutschen Bevölkerung wußte oder ahnte – der Massenmord an den Juden bis zum November 1944 fortgesetzt wurde und in dessen Konzentra*tionslagern bis zum* allerletzten Moment unvorstellbare Verbrechen geschahen. Aber in eben dieser Situation rang das deutsche Ostheer doch auch – in bruchstückhafter, nur durch die nationalsozialistische Propaganda halbwahr vermittelter Kenntnis der alliierten Kriegsziele – *mit* seinem verzweifelten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Großmachtstellung des Deutschen Reiches, das nach dem Willen der Alliierten zertrümmert werden sollte.

Das deutsche Ostheer bot einen Schutzschirm vor einem jahrhundertealten deutschen Siedlungsraum, vor der Heimat von Millionen der Ostdeutschen, die in einem Kernland des Deutschen Reiches, nämlich im östlichen Preußen, in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien, Ostbrandenburg und Pommern wohnten. Und das deutsche Ostheer schützte in einem ganz elementaren Sinne die Menschen in eben diesen preußisch-deutschen Ostprovinzen, denen im Falle einer Überflutung ihrer Heimat durch die Rote Armee, wie die haßerfüllte Propagandakampagne in der Sowjetunion zeigte und „Nemmersdorf" im Oktober 1944 und „Metgethen" im Februar 1945 (bei der vorübergehenden Rückeroberung dieses Königsberger Vororts an der Strecke nach Pillau) schon vor Augen geführt hatte, ein grauenvolles Schicksal drohte. Die von der nationalsozialistischen Propaganda seit langem schon so oft beschworene Vorstellung, daß es nur die Alternative zwischen Hitler und Stalin gebe, war jetzt für den deutschen Osten zur Realität geworden. Da es spätestens seit dem Januar 1943 mit der Verkündung der Forderung nach einem „Unconditional Surrender" durch Roosevelt und Churchill, der sich Stalin hintergründig angeschlossen hatte, da er dahinter eigene Ziele verbergen konnte, keinen Ausweg mehr gab, konnte angesichts des ungleichen Kräfteverhältnisses am Ende dieses Ringens nur der Zusammenbruch der deutschen Front im Osten und als Folge dann die Auslöschung des *Deutschtums* in Ostmitteleuropa stehen.



Sie veränderten die Landkarte Europas: Churchill, Roosevelt und Stalin (von links) 1945 in Jalta FOTO: KEYSTONE

Die Deutschen hatten in dem ganzen ostmittel-europäischen Raum vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer eine wechselvolle Rolle gespielt, erobernd und siedelnd, missionierend und herrschend, Handel treibend und christianisierend – in einem Bereich deutlich das eine, in anderen Bereichen stärker das andere; im neunzehnten Jahrhundert, als auch hier sich erst das nationale Bewußtsein, dann der Nationalismus immer stärker zur Geltung brachten, waren die Konflikte deutlicher hervorgetreten.

In der kurzen Zeit des „Dritten Reiches" schließlich waren die Deutschen mit der verbrecherischen Politik der Nationalsozialisten voll identifiziert worden. Die Beseitigung der national-polnischen Führungsschicht war ja, wer immer im einzelnen gehandelt hatte, ein Werk von Deutschen gewesen; das gab Stalin die Möglichkeit, den polnischen Nationalismus für seine Ziele zu instrumentalisieren. Mit der Abdrängung der Deutschen nach Westen und der Festlegung einer ausschließlich unter sowjetischen – strategischen und machtkalkulatorischen – Gesichtspunkten „sinnvollen" Grenze an Oder und Lausitzer Neiße würde die Sowjetunion in Zukunft eine dominierende Stellung über das traditionellerweise nach Westen blickende, jetzt in Abhängigkeit gebrachte Polen hinaus bis in die Mitte Deutschlands gewinnen.

Mit der Massenvertreibung der Deutschen aus einem Viertel des Reichsgebietes von 1937 war ein vorläufiger Endpunkt erreicht auf jenem Wege, der mit der Verbreitung der Idee einer völkischen Feld- und Flurbereinigung betreten worden war und in den Nationalitätenkämpfen an der Peripherie Europas während des Ersten Weltkrieges und in dessen Folge in der Türkei zum ersten Mal zu dem Genozid an den Armeniern und zu den Massenvertreibungen der Griechen aus Kleinasien geführt hatte. Die Ausrottungs- und Umsiedlungspraktiken Hitlers und Stalins in ihren jeweiligen „Interessensphären" in der Zeit ihrer Partnerschaft 1939/40 hatten solchen „Bevölkerungsaustausch" fortgesetzt, und in Hitlers „Ostkrieg" hatte der Massenmord dann vom Juni 1941 an ein extremes Ausmaß erreicht; erst sollten die Juden in Polen und im gesamten Osten, dann im ganzen deutsch-beherrschten Kontinentaleuropa ausgelöscht werden. Zuerst in Großbritannien und in seinem Gefolge dann auch in den USA gewann mit immer sicherer werdendem Siege der Gedanke einer Massenumsiedlung in Ostmitteleuropa in völliger Abwendung von ihrer humanitären Tradition immer mehr an Boden, je deutlicher das Ziel einer Zerschlagung jenes Preußen zum eigentlichen Kriegsziel erhoben wurde, das vermeintlich stets der harte Kern des Deutschen Reiches gewesen war.

Einzig die „Entpreußung" Deutschlands durch Eliminierung des „sozialgeschichtlichen Problems" Preußen, das mit „Militarismus" und „Junkertum" gleichgesetzt und zum Mythos hochstilisiert wurde, schien … auf Dauer Gewähr dafür zu bieten, daß das von Churchill 1941 umrissene Ziel eines „fetten, aber impotenten" Deutschlands erreicht werden könnte; das restliche Deutschland würde man dann schon durch „Reeducation" und „Demokratisierung" reinigen und heilen können. Immer entschiedener brachte sich die Auffassung zur Geltung, daß mit der Amputation des preußischen Kernlandes im Osten die geopolitischen, die geistesgeschichtlichen und die sozialgeschichtlichen Voraussetzungen beseitigt sein würden, auf denen das Bismarck-Reich geruht und von denen aus es in dem Dreivierteljahrhundert zwischen 1871 und 1945 seine eigenständige machtpolitische Rolle zwischen Ost und West gespielt hatte.

Churchill teilte alle Vorurteile und Klischees, die sich in der britischen Führungsschicht im Blick auf Preu-

> *Mit dem Jahr 1945 wurde das Zusammenwachsen der Deutschen zu einer Nation in einem Staat radikal unterbrochen.*

ßen und die Stellung Preußens im Wilhelminischen Deutschland seit Sir Eyre Crowes berühmtem Memorandum vom 1. Januar 1907 festgesetzt hatte. Die Vorstellung vom „aggressiven" preußischen „Militarismus", der das deutsche Reich beherrscht habe, obwohl doch tatsächlich die in der Wilhelminischen Ära aufsteigenden bürgerlichen Schichten einen „fraglos größeren Anteil an Verantwortung" für die expansiven politischen Strömungen im kaiserlichen Deutschland und später dann für die Revisionspolitik in der Zeit der Weimarer Republik besessen *hatten*, führte während des Zweiten Weltkrieges in der britischen Nachkriegsplanung zu jener radikalen Konsequenz, die die Landkarte Europas veränderte …

Den Preis zahlte vor allem der preußische deutsche Osten. Aber die Folgen für die deutsche Nationalgeschichte gehen weit darüber hinaus. Mit dem Jahr 1945 wurde das sich seit 1871 in mehreren Schüben vollziehende Zusammenwachsen der Deutschen zu einer Nation innerhalb des als Nationalstaat angelegten deutschen Reiches durch die Zerstörung eben dieses staatlichen Gehäuses radikal unterbrochen. In Westdeutschland ist es unter enormen sozialen Veränderungen mit Hilfe einer außerordentlich starken Mobilität der Bevölkerung auf der Grundlage der Intgegration von Millionen von Vertriebenen aus den Ostgebieten und dem Sudentenland zu einer ganz neuen Formation gekommen. In *Mitteldeutschland* ist dieser Prozeß unter völlig anderen Rahmenbedingungen verlaufen, aber die sozialen Entwicklungen sind mindestens ebenso tiefgreifend gewesen. So ist es zu einer offenen Frage geworden, ob die Geschichte der Deutschen als der von der Reichsgründung geprägten Nation *ausrinnt* oder doch noch eine Zukunft hat.

Im weiteren Sinne aber war ganz Europa der Verlierer der Katastrophe von 1945. Nicht nur die vielfältigen und traditionsreichen Beziehungen und Bezüge zwischen dem preußisch-deutschen Osten und dem Baltikum, zu Skandinavien, zu Ostmittel- und Südosteuropa im ganzen sind abgerissen, wie sehr diese Verbindungen auch während der nationalsozialistischen Herrschaft deformiert gewesen sein mochten. Die Vermittler-Rolle, die Preußen und das deutsche Reich auch für das übrige Europa in dem Raum zwischen Baltischem und Schwarzem Meer gespielt hatte, ist 1945 mitzerstört worden.

Morgen lesen Sie:
Die historische Dimension des Holocaust – War Hitlers Ausrottungspolitik unvermeidlich? – Hat erst der Krieg die Auswanderung endgültig gestoppt?

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Keine Kenntnis“

„Streikrecht ist zu hohes Gut für Parteipolitik“; WELT vom 7. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer, wie Karl Miltner, den Streit um den Paragraphen 116 AFG als eine „unstreitige parteipolitische Auseinandersetzung“ wertet und die Befragungsaktion des DGB für eine „ernsthafte Gefährdung“ des Betriebsfriedens darstellt, der muß sich entgegenhalten lassen, daß er weder weiß, um was es bei der beschlossenen Änderung des Paragraphen 116 AFG geht, noch das BetrVG kennt.

Ich halte die Befragungsaktion des DGB für eine extravagante Verschleuderung von Mitgliedsbeiträgen und für ein borniertes Festhalten an einem parlamentarisch entschiedenen Thema. Die Parlamentsentscheidung ist nur durch eine andere Mehrheit im Bundestag zu ändern. Dazu bedarf es einer Wahlentscheidung –, nicht aber einer politisch wirkungslosen Befragungsaktion des DGB. Dennoch ist die DGB-Aktion legal.

Erstens verpflichtet Paragraph 74 Abs. 2 BetrVG („nur“) Arbeitgeber und Betriebsrat zur Unterlassung jeder parteipolitischen Betätigung im Betrieb. Zweitens erlaubt das BetrVG ausdrücklich die Behandlung von tarifpolitischen Angelegenheiten, die den Betrieb oder seine Arbeitnehmer unmittelbar betreffen (Paragraphen 45 + 72 II) auch für den Betriebsrat. Und drittens geht es beim sogenannten Streikparagraphen nicht um Parteipolitik. Mittelbar vom Arbeitskampf Betroffene, die zukünftig kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld erhalten, können nämlich Mitglieder oder Wähler der CDU, der CSU, der SPD, der Grünen und der FDP sein.

Es ist keine Parteipolitik, wenn sich Gewerkschaften gegen Gesetzesvorschläge wenden, die objektiv ihren Interessen zuwiderlaufen; selbst wenn sie nur von CDU/CSU und FDP vertreten werden. Herr Miltner sollte nachlesen, was Parteipolitik ist.

Die Änderung des Paragraphen 116 AFG richtet sich formal nicht gegen das Streikrecht, denn das GG soll ja nicht geändert werden. Dafür gibt es auch keine Mehrheit. Aber man kann das Streikrecht auch ad absurdum führen, indem man die Streikfähigkeit der Gewerkschaften aushöhlt. Ob die Initiatoren der Gesetzesänderung dies wollen oder nicht, können nur sie selbst beantworten. Objektiv wird die Streikfähigkeit der Gewerkschaften berührt, die regionale Tarifabschlüsse anstreben.

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Bieding,
Kierspe

Genscher auf dem Holzweg

„Genscher grenzt sich von Union ab“; WELT vom 7. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

Genschers Rede auf dem JULI-Kongreß der FDP-Nachwuchsorganisation war wieder einmal am Thema vorbei. Die armen Tarnorganisationen, die so recht kommunistisch daherkommen, wurden von Genscher wieder einmal gegen die bösen Antikommunisten in Schutz genommen. Daß diese Organisationen eher in der kommunistischen Ideologie zu Hause sind, daß ihre insgeheime Hinwendung zu Moskau (siehe Sudan, siehe Nicaragua) schon längst Tatsache ist, wenn das genscherisierte Außenministerium dort noch Hoffnungen auf freiheitliche und demokratische Entwicklungen hineininterpretieren muß, läßt den Schluß zu: Genscher ist wieder auf dem Holzweg.

Wenn der FDP-Nachwuchs auch noch die Oder-Neiße-Linie als polnische Grenze anerkennen will: Warum soll ich dann noch FDP wählen? Da kann ich ja gleich zu Honecker gehen.

D. Klabund,
Hamburg 60

Agrarpolitisch ungünstig

„Wer alles zerredet“; WELT vom 2. April

Herr Mahnke spielt in seinem Kommentar wider besseren Wissens die bäuerlichen Sorgen, denen der Berufsstand mit seinen Forderungen Ausdruck verleiht, herunter.

Auch wenn die Minister Kiechle und Stoltenberg beteuern, daß die Währungsverschiebungen keine unmittelbaren Auswirkungen auf die bäuerlichen Einkommen bei uns haben werden, so ist der Zeitpunkt der Wechselkursanpassungen aus agrarpolitischer Sicht denkbar ungünstig gewählt.

Die Durchsetzungskraft von Minister Kiechle bei den derzeitigen Preisverhandlungen ist wesentlich vom Verhalten seines französischen Kollegen mitbestimmt. Vorerst bleibt es aber im Bereich der Spekulationen, ob der ehemalige Bauernpräsident François Guillaume auf seinem gerade frischbezogenen Ministersessel mit spektakulären Erfolgszahlen vor den Bauern debütieren will und deshalb mit Kiechle um Preisanhebungen kämpfen wird, oder ob er sich als „maßvoller“ Politiker mit den schon beachtlichen sechs Prozent, die sich für die französischen Bauern ohnehin aus der Wechselkursanpassung ergeben, zufriedengibt. Wieder einmal hängen Wohl und Weh der deutschen Landwirtschaft von dem in Brüssel einflußreichen französischen „Bundesgenossen“ ab.

Günther Bredehorn, MdB, FDP

Törichte Behinderung

„Werden Sicherheitsgesetze vertagt?“; WELT vom 11. April

Den Tätern des Bombenanschlags auf die Diskothek in Berlin kämen unsere Sicherheitsbehörden zweifelsohne schneller auf die Spur, wenn ihre Ermittlungs- und Fahndungsorganisationen nicht so lustvoll von bestimmten Politikern der sozialliberalen Ära geschädigt worden wären.

In einer Zeit ansteigender Gefährdung durch Terroristen gibt es – unglaublicherweise – immer noch Abgeordnete, die töricht oder absichtlich um solche längst zwingend erforderlichen Dinge wie den fälschungssicheren Personalausweis streiten und die Verabschiedung der anstehenden Sicherheitsgesetze behindern.

Es ist absoluter Unsinn, daß ein Bürger, der keine Straftaten begangen hat, durch Polizei- oder Grenzkontrollen an seinem Leumund oder Selbstgefühl geschädigt würde. Aber seine Gesundheit wird bestimmt geschädigt, wenn er zufällig in den Wirkungsbereich eines Terroranschlags gerät.

Gerade Demokratien müssen für Zeiten existentieller Bedrohung ihrer Bürger wirksame und deshalb vertrauensfördernde Kontrollmaßnahmen zur Hand haben und praktizieren, damit die freiheitliche Lebensweise nicht von einem sich ausbreitenden Mißtrauen aller gegen alle zersetzt wird. Denn dann wäre als ultima ratio der wirkliche Polizeistaat nicht mehr fern.

Reinhard von Plessen,
Bonn 1

Konsens und leise Töne

„Wird Gedenkstätte zum Mahnmal?“; WELT vom 8. April

Hierzulande ist alles im Streit. Nun offensichtlich auch die geplante „Zentrale Gedenkstätte der Bundeshauptstadt“, die am 17. April den Deutschen Bundestag beschäftigen wird.

Laßt uns die Debatte mit Würde, Selbstachtung und ohne Unterstellungen führen. Ein schmerzendes Thema verdient Bemühen um Konsens und leise Töne. Dieser Linie fühlen sich die Unionsparteien verpflichtet.

Jakob Kaiser, Mann des Zentrums, christlicher Gewerkschaftler, 1938 wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt, Widerstandskämpfer und später Bundesminister sagte am 16. Juni 1946 auf einer CDU-Parteitagung in Berlin: „Ich gedenke aber auch und vor allem der Schatten der Millionen Toten des Krieges, der Toten unseres Volkes und der Toten der anderen Völker. Wenn auch Frevler Urheber dieses Krieges waren, die Opfer der Toten können nicht sinnlos sein. Wir selbst, Deutschland und Europa, haben es in der Hand, dem millionenfachen Tod einen Sinn zu geben, den Sinn eines geläuterten Deutschlands und einer für immer befriedeten Welt. Dann sind die Menschen nicht umsonst gestorben, und die Zurückgebliebenen dürfen ohne Bitterkeit sein.“

Diese Gedenkstätte soll und wird die Frage nach Schuld nicht verschleiern, die Opfer im Kampf gegen Unrecht nicht verschweigen, aber sie soll als Zeichen von Hoffnung und Versöhnung zugleich in eine friedvolle Zukunft weisen. Gedenken, Mahnung und Verpflichtung. Dieser ethische Dreiklang verdient Gemeinsamkeit, nicht Streitlust.

Dieter Weirich, MdB, CDU

Wort des Tages

„Ich habe immer gefunden, die sogenannten schlechten Leute gewinnen, wenn man sie näher kennenlernt, und die guten verlieren.“

Georg Christoph Lichtenberg, deutscher Autor und Physiker (1742–1799)

Personalien

GEBURTSTAGE

Rudolf Vogel, Staatssekretär a. D., vollendet am Freitag in Berg (Oberbayern) sein 80. Lebensjahr. Der Oberschlesier war 1931 in Leipzig mit einer zeitungswissenschaftlichen Dissertation über das Thema „Deutsche Presse und Propaganda im Abstimmungskampf in Oberschlesien“ zum Dr. phil. promoviert worden. Anschließend arbeitete er als Journalist. Nach 1945 war er in Aalen/Württemberg zunächst als Chefdolmetscher tätig. 1947 wurde er in das „Deutsche Büro für Friedensfragen“ – eine Ersatzorganisation für das noch nicht bestehende Auswärtige Amt – berufen. 1948 war er als CDU-Mitglied im Wirtschaftsrat für die amerikanisch-britische Bizone. Von 1949 bis 1964 gehörte er als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Aalen dem Deutschen Bundestag an. Vogel zählte zu den Mitgründern der Deutschen Stiftung für Entwicklungshilfe. Im April 1964 ging er nach Paris als Botschafter bei der OECD.

*

Karl Dummler, Direktor im Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart und Stellvertreter des Landesbischofs, feiert morgen seinen 65. Geburtstag. Dummler ist seit 15 Jahren Vorsitzender der Steuerkommission der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und wurde 1979 in den EKD-Finanzbeirat berufen. 16 Jahre lang war er Mitglied des Rundfunkrates des Süddeutschen Rundfunks. Direktor Dummler wird in diesem Jahr in den Ruhestand gehen. Sein Nachfolger, der frühere Backnanger Oberbürgermeister und langjährige stellvertretende Präsident der württembergischen Landessynode, **Martin Dietrich**, wird seine neue Aufgabe am 1. August übernehmen.

KIRCHE

Zum neuen Apostolischen Nuntius in Honduras hat Papst **Johannes Paul II.** den 52jährigen italienischen Erzbischof **Francesco de Nittis** ernannt. De Nittis, der den Heiligen Stuhl seit vergangenem Jahr auch in El Salvador vertritt, ist in Tegucigalpa Nachfolger von Erzbischof **Andrea Cordero Lanza di Montezemolo**, der vor kurzem zum Nuntius in Uruguay ernannt worden war.

AUSZEICHNUNGEN

Die Goslarer Ärztin Dr. **Helga Thieme** ist mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Sie erhielt diese Auszeichnung für ihre besonderen Verdienste um die Frauenpolitik und ihr vielseitiges Engagement im sozialen Bereich. Die Ärztin, die von 1980 bis 1983 Vorsitzende des Deutschen Frauenrates war, hat sich auch als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des wissenschaftlichen Instituts „Frauen und Gesellschaft“ in Hannover energisch für die Interessen der Frauenforschung engagiert.

*

Im Rahmen eines Festkonzertes im Rittersaal des Mannheimer Schlosses ist gestern der Johann-Wenzel-Stamitz-Preis der Künstlergilde Esslingen übergeben worden. Den Hauptpreis, dotiert mit 10 000 Mark, erhielt der in Würzburg lebende Komponist Professor Dr. **Klaus Hinrich Stahmer**. Eine Ehrengabe in Höhe von 4000 Mark ging an den Dirigenten und Komponisten Professor **Heinrich Creuzburg** aus Detmold. Der Interpretenpreis, ebenfalls mit 4000 Mark dotiert, wurde Geigerin **Marianne Boettcher** aus Berlin zuerkannt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Bertold Hock**, Ordinarius für Botanik in der Fakultät für Landwirtschaft und Gartenbau der Technischen Universität München in Weihenstephan, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Landwirtschaftliche Botanik der Universität Bonn erhalten.

WAHL

Der mit rund 1,2 Millionen Mitgliedern größte Verband von Behinderten und Kriegsopfern in der Bundesrepublik Deutschland wird auch künftig von dem 69jährigen **Karl Weishäupl** geführt. 209 Delegierte des zehnten Verbandstages des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK) in Mainz haben ihn mit großer Mehrheit für vier Jahre zum Präsidenten gewählt. Seine Stellvertreter sind ebenfalls wie bisher **Ludwig Hönle, Rosel Schmidt** und **Paul Eschkotte**.

SPORT

Der Kapitän ist eine Frau: Der *Segler-Verband Nordrhein-Westfalen*, die weitaus stärkste Landesgruppe des Deutschen Segler-Verbandes, wird von einem weiblichen Vorsitzenden geleitet. **Jutta Reinhold** aus Aachen, bisher Jugendwartin des Landesverbandes, konnte sich mit großer Mehrheit gegen alle männlichen Konkurrenten durchsetzen. Ihr Stellvertreter ist **Peter Koll** aus Witten.

Dr. **Hans Michael Moll**, der Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V., ist im Alter von 50 Jahren nach schwerer Krankheit in Kiel gestorben. Der Rechtsanwalt und Notar, der als Oberst der Reserve ein Heimatschutzregiment führte, war Ende 1984 zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des Reservistenverbandes gewählt worden. Bis zur Neuwahl des Präsidenten wahrscheinlich im Mai wird der Verband von Molls Stellvertreter, dem früheren Bundestagsabgeordneten **Helmuth Möhring**, geleitet.

*

Die Schauspielerin und Chansonsängerin **Pamela Wedekind**, Ehefrau des Schauspielers und Regisseurs **Charles Regnier**, ist nach langer Krankheit in Ambach im oberbayerischen Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen gestorben. Nach unterschiedlichen Angaben wurde die Künstlerin entweder 1905 oder 1906 geboren. Die Trägerin des Schwabinger Kunstpreises von 1961 war die Tochter des 1918 gestorbenen Dichters **Frank Wedekind**. Sie galt als engagierte Interpretin der Lieder ihres Vaters und wirkte als Schauspielerin unter anderem in Königsberg und in Berlin, wo **Gustaf Gründgens** sie engagiert hatte.



Das aktuelle Fachbuch

Erfolgsrezepte vor der Kamera

Auf der Welt sind bisher etwa eine Million Tierarten beschrieben. 85 Prozent davon gehören zur Ordnung der Insekten. Diese Tiergruppe verdankt ihren weltweiten Erfolg vor allem der Fähigkeit, sich an die unterschiedlichsten Lebensbedingungen anpassen zu können. Die faszinierende Vielfalt solcher Anpassungen wird besonders deutlich, wenn man das Buch des Oxforder Biologen Christopher O'Toole in die Hand nimmt. Im Gegensatz zu vielen reinen Fotobüchern verbindet es einen sehr informativen Text mit exzellenten Aufnahmen. In sieben Kapiteln wird ausführlich beschrieben, welche „ökologischen Nischen" sich die Insekten erobert haben, wie sie ihre Nahrung finden und wie sie sich vor ihren Feinden schützen. Paarung, Fortpflanzung und Aufzucht des Nachwuchses werden ebenso vorgestellt wie die geradezu unglaubliche Organisation in einem Insektenstaat. Alle Beschreibungen sind mit Aufnahmen des Tierfotografen Ken Preston-Mafham belegt, die auf Reisen in aller Welt entstanden sind. Manch ungewöhnliches Verhalten dieser Tiere ist dabei zum ersten Mal fotografisch festgehalten. Die gelungene Synthese aus Text und Bildern machen dieses Buch zu einem außergewöhnlichen Leseereignis. Bislang liegt nur das englische Original vor, das hierzulande über gute Buchhandlungen bezogen werden kann. Kü.

„Insects in camera", von C. O'Toole, Fotos von K. Preston-Mafham, Oxford Univ. Press. 1985, 154 S., ca. 300 Abb., 15 £, ISBN 0-19-217694-3.

Luft-Kur für gestreßte Bäume

Das Terralift-Verfahren soll in Städten den Sauerstoffgehalt des Bodens verbessern

Von H. de la CHEVALLERIE

Eine neue Art von Bodenpflege stellt das „Terralift-Verfahren" dar: Über eine in das Erdreich eingetriebene Sonde wird dem Boden durch einen Kompressor schlagartig Druckluft zugeführt, die beim Entweichen Risse und Spalten im Boden verursacht und so die Erde lockert. Die Intensität der Aufschüttel-Aktion ist abhängig von der Tiefe der Sondeneinführung, von Bodenart und Bodenzustand.

Damit sich die neu gebildeten Hohlräume nicht gleich wieder zusetzen, werden strukturstabilisierende, nicht verrottende Schaumstoffe in Form winziger Kügelchen zugesetzt. Die Eingriffe verbessern insgesamt die Fähigkeit des Bodens, Wasser zu speichern, beseitigen stauende Nässe im Boden und – was der eigentliche Anlaß dieser Erfindung war – führen dem Boden mehr Sauerstoff zu.

Für viele Stadtbewohner bedeuten die Straßenbäume das einzige Grün, das sie in ihrer Umgebung vorfinden. Pflanzen wachsen aber in einer Stadt aus Asphalt und Beton nicht von allein: Die Erhaltung von Grünanlagen ist verhältnismäßig teuer. Ein Vielfaches dieser Kosten wird in den Städten jedoch für die Unterhaltung von Straßen ausgegeben. Gemessen an ihren Leistungen für das Stadtbild und -klima, sind Grünanlagen keineswegs zu teuer.

Dichter Boden schadet mehr als saurer Regen

Bäume in der Stadt, insbesondere Straßenbäume, leiden weitaus mehr unter verdichteten, schlecht durchlüfteten Böden als unter den Emissionen, die man landläufig als sauren Regen bezeichnet. Jedes Lebewesen, ob Mensch, Tier oder Pflanze, braucht Sauerstoff zum Atmen. Bei Pflanzen sind es nicht nur die oberirdischen Triebe und Blätter, die Sauerstoff verbrauchen, sondern auch die Wurzeln in der Erde atmen.

Deshalb benötigen gesunde Bäume einen lockeren, tiefgründigen, sauerstoffreichen Boden. Nur im gut durchlüfteten Erdreich regt sich „gesundes Bodenleben", getragen von den Milliarden von Algen, Pilzen, Bakterien und Würmern, die sich in jeder Handvoll Erde befinden. Diese Kleinstlebewesen setzen den Nährstoffkreislauf im Boden in Gang, verwandeln organische, abgestorbene Masse in Humus und setzen Mineralien in pflanzenlösliche Nährstoffe um. Ohne diese Hilfen können Pflanzen nicht existieren. Auch diese Bodenlebewesen brauchen aber für ihre Arbeit Sauerstoff. Fehlt er, können sie nicht existieren. Statt dessen siedeln sich andere Arten an, die ohne Sauerstoff auskommen, sogenannte Fäulnisbakterien. Das Optimum eines mit Sauerstoff angereicherten Bodens liegt bei 18 Prozent. Sinkt der Sauerstoffgehalt nur um wenige Prozent, kommt das für einen Baum notwendige Bodenleben zum Erliegen. Fäulnis setzt ein, und der Baum kann in wenigen Wochen absterben.

An natürlichen Standorten kommt eine Bodenverdichtung praktisch nicht vor. Sie ist jedoch überall dort anzutreffen, wo Baumaschinen, Autos, aber auch Fußgänger einstmals lockeren Boden durch ständige Belastung oft bis in ein bis zwei Meter Tiefe verdichten. Nasse Böden werden bei Belastung besonders stark zusammengepreßt. Generell leiden Straßenbäume, deren Bodenfläche schon extrem knapp bemessen ist, unter Bodenverdichtung durch jede Art von belastendem Verkehr, besonders durch parkende Autos. Nur schwer können Bäume vor dieser Beeinträchtigung bewahrt werden. Ein wirksamer Schutz ist nur dann gewährleistet, wenn ihre Baumscheiben nicht mehr betreten und befahren werden.

„Baumschutz Nummer eins" liegt deshalb im Schutz des Bodens und der Verbesserung der Bodenstruktur. Bei neu zu pflanzenden Bäumen ist es relativ einfach, einen Bodenaustausch vorzunehmen, lockeren Boden einzubauen und diesen technisch so zu schützen, daß er nicht mehr verdichtet werden kann. Doch bei Altbäumen ist dieses Verfahren nicht anzuwenden, schließlich kann man ja nicht die Baumwurzeln abgraben und Boden wieder auffüllen.

Eine gute Durchlüftung ist wichtiger als die Düngung

Hier bietet das Terralift-Verfahren eine Chance, verdichtete Bodenstrukturen zu lockern und somit positiv zu verändern. Mit Hilfe der Sonden kann auch Dünger in den Boden gebracht werden. Doch sollte man bedenken, daß es dem Boden meist nicht an Nährstoffen, sondern vielmehr an der optimalen physikalischen Struktur, also an einer guten Durchlüftung, mangelt.

Seit etwa fünf Jahren laufen Versuche mit Terralift. Immer mehr Städte greifen zu dieser Methode, um ihren gestreßten Bäumen mehr Luft zukommen zu lassen. Die bisherigen Erfahrungen scheinen positiv zu sein, viele Bäume reagieren sichtbar auf die Sauerstoffspritze, wenn auch eine abschließende Beurteilung jetzt noch nicht möglich ist. Bislang weiß man zum Beispiel noch nicht, wie lange der Lockerungseffekt im Boden anhält. Ebenso ist unbekannt, ob der Boden bei erneuter Belastung noch fester als vorher wird, da dann die auseinandergerissenen Bodenstrukturen unter Druck dichter als zuvor wieder zusammengefügt werden.

Dipl.-Ing. Hildebert de la Chevallerie ist Leiter des städtischen Grünflächenamtes in Wiesbaden und Obmann der Ständigen Konferenz der Gartenbauamtsleiter im Deutschen Städtetag.

TENNIS / Im siebten Zusammentreffen erster Sieg über Chris Evert-Lloyd

Steffi Graf wackelt immer mehr am Stuhl der Großen

sid/dpa, Hilton Head

Steffi Graf setzte im „Harbour Town Racquet Club" von Hilton Head Island in South Carolina einen Meilenstein in ihrer noch jungen Karriere, und die Tennis-Königin erwies der möglichen Nachfolgerin Ihre Reverenz. „Ich habe sie niemals besser gesehen, sie war vor allem konstanter als ich", sagte die 31jährige Chris Evert-Lloyd nach dem 4:6, 5:7 im Endspiel gegen die 15 Jahre jüngere Badenerin neidlos, „ich wußte selbstverständlich, daß sie mich einmal schlagen würde, aber ich habe nicht gedacht, daß es so bald geschehen würde."

Steffi Graf aber blieb auch in der Stunde ihres ersten großen Triumphes gelassen: „Ich habe an meine Chance geglaubt. Ich war ganz ruhig, und alles hat für mich gespielt." Die blonde Sechzehnjährige aus Brühl bei Mannheim sprang mit ihrem ersten Sieg im siebten Zusammentreffen wohl ein für allemal über den scheinbar erdrückenden Schatten der amerikanischen Weltranglisten-Zweiten.

„Ich glaube, ich habe meine ganze Umgebung widerlegt", sagte Steffi, die es lieber hört, wenn sie Stefanie gerufen wird, anschließend gelöst, „ich wußte, daß ich eine Chance habe, wenn ich gut spiele, und als Chris im ersten Satz mehr leichte Fehler als sonst machte, verstärkte sich dieses Bewußtsein. Als ich im zweiten Satz dann 0:4 hinten lag, habe ich schon ein bißchen an einen dritten Satz gedacht. Aber als es dann 3:4 stand, habe ich mir gesagt, heute oder niemals." Immer wieder war es ihre Vorhand, die Chris Evert-Lloyd mattsetzte, auch wenn die Amerikanerin ständig versuchte, Steffi Graf auf der Rückhand anzuspielen.

Vater Peter Graf hatte nach sechs Niederlagen ohne Satzgewinn gegen die achtmalige Hilton Head-Gewinnerin Chris Evert-Lloyd nicht auf einen Sieg gehofft: „Steffi ist doch sehr müde, ich glaube nicht, daß das heute was wird." Mutter Heidi fühlte sich bei der Übermittlung des Finalergebnisses zu später Stunde gar auf den Arm genommen.

Im Kampf um die 38 000 Dollar Siegprämie der 200 000 Dollar Preisgelder (die Verliererin erhielt 17 000) gewann die mit „der möglicherweise besten Vorhand im Damen-Circuit" (Chris Evert-Lloyd) glänzende und taktisch ungemein klug agierende Deutsche den von vier Breaks geprägten ersten Satz mit 6:4. Im zweiten Durchgang holte sie nach einem 0:4-Rückstand – zu diesem Zeitpunkt sah alles wie gewohnt und nach einem dritten Satz aus – gegen die immer nervöser werdende Favoritin gleich fünf Spiele in Folge.

Den Ausgleich zum 5:5 konterte Steffi Graf mit ihrem stark verbesserten Aufschlag zum 6:5, und nach knapp zwei Stunden war die Überraschung perfekt. 5500 Zuschauer bejubelten die strahlende Siegerin mit lang anhaltendem Beifall. Chris Evert-Lloyds Fazit: „Eine böse Niederlage hat bei mir meist gute Auswirkungen. Das nächste Mal liegt der Druck nicht mehr auf mir, sondern auf Steffi. Das nächste Mal werde ich engagierter an das Spiel herangehen."

Die 16 Jahre alte Heidelbergerin hatte bisher an 46 Turnieren teilgenommen. Spätestens im Finale kam die Endstation. Zuletzt hatte sie gegen die Amerikanerin am 23. Februar im Finale von Boca West mit 2:6, 4:6 verloren. Doch bereits da hatte Chris Evert-Lloyd gesagt: „Für mich ist Steffi die kommende Nummer eins." Chris Evert war mit 19 Jahren erstmals die Beste der Welt, bis dahin hat Steffi Graf noch drei Jahre Zeit.

Die Siege von Hilton Head bringen die junge Deutsche wieder auf Platz drei der Weltrangliste hinter Martina Navratilova (USA) und Chris Evert-Lloyd. Ihre verbesserten Qualitäten auch im Doppel hatte sie schon durch das Erreichen des Finales mit der Französin Catherine Tanvier unter Beweis gestellt. Gegen das US-Duo Chris Evert-Lloyd/Anne White gab es praktisch „auf gepackten Koffern" (Graf) im Schnellgang ein 3:6, 3:6. Das Flugzeug zum nächsten Turnier in Amelia Island/Florida wartete. Dort muß Steffi Graf morgen gegen eine noch zu ermittelnde Qualifikantin antreten.

Nach einer Woche Pause steht dann das Turnier in Indianapolis auf dem Programm. „Und dann geht es nach Hause", freute sie sich schon in Hilton Head Island.

Boris Becker muß Pause einlegen

H.-J. POHMANN, Dallas

Sie hatte ein bitteres Ende, diese Reise nach Amerika. Boris Becker, der verletzte Wimbledonsieger, mußte fast hilflos mit ansehen, wie ihm der Schwede Anders Jarryd die WCT-Weltmeisterschaft vor der Nase wegschnappte. 6:7, 6:1, 6:1, 6:4 gewann Jarryd und wurde somit Nachfolger des wegen einer Verletzung pausierenden Titelverteidigers Ivan Lendl aus der CSSR.

Schon nach der Niederlage kam für Becker die nächste Hiobsbotschaft: Mindestens zehn Tage lang muß er wegen einer Verletzung im rechten Oberschenkel aussetzen. Deshalb wurde nach dem Schuldigen gesucht, wobei Aussage gegen Aussage stand. Zum Beispiel, warum Becker dreimal innerhalb von 44 Stunden auf den Platz mußte.

„Es war Tiriacs Wunsch, Becker zum spätmöglichsten Zeitpunkt starten zu lassen, und das war nun mal Freitagabend." So WCT-Direktor Owen Williams. Trainer Günther Bosch sprach indes von „der schwierigsten Ansetzung für meinen Schützling."

Fest steht jedenfalls, daß Becker durch diese Anhäufung von Spielen bereits vor dem Finale nach dem Aufstehen am Sonntagmorgen um sieben Uhr über eine Muskelverhärtung im rechten Oberschenkel klagte. Doch anstatt sich zu jenem Zeitpunkt gleich vom Arzt behandeln zu lassen, sagte der 18jährige: „Mir macht das nichts aus, wenn ich ein wenig Schmerzen habe, dann spiele ich am besten." Trainer Günther Bosch gab sich ob dieser Logik geschlagen und mußte im Finale gegen den ungesetzten Schweden Anders Jarryd mit ansehen, wie Becker fast hilflos auf dem Platz stand.

Ende des zweiten Satzes versuchte Becker, seine Schwierigkeiten damit zu erklären, indem er auf seinen rechten Oberschenkel deutete. „Kämpfen", so riefen einige wenige deutsche Fans ihm zu, und Becker rief zurück: „Wie denn, etwa auf einem Bein?"

Diese Vorstellung war nicht gut. Spätestens dann nicht, als Turnierarzt Phil Berry beim 3:0 für den Schweden im dritten Satz Becker zur Aufgabe riet. Berry, der in den 30er Jahren dreimal in Wimbledon gewann, stellte unmißverständlich klar. „Es gibt nur eins: wenn die Verletzung wirklich so schlimm war, dann hätte Becker sofort aufhören müssen. Alles andere war unklug."

Die Absage der geplanten Schaukämpfe morgen in Hongkong und am Wochenende in Tokio werden nun einen Verlust ausmachen, dessen Summe sechsstellig ist. Und in der kommenden Woche beginnt in Monte Carlo das Grand-Prix-Turnier. Noch steht nicht fest, ob Becker antreten kann. Bosch: „Boris wird sich noch bei einem Arzt in Nizza behandeln lassen, dann müssen wir weitersehen. Es ist wirklich schlimm mit seiner Verletzung."

Becker hatte sich die Verletzung bereits vor einer Woche im Training zugezogen. Obwohl er mit Eispackungen und Elektroschocks behandelt werden mußte, nahm er die Verletzung nicht ernst und machte auch niemals den Eindruck, als habe er Probleme. Bosch wußte aber: „Schon vor dem Edberg-Spiel hatte er starke Schmerzen im Muskel, doch er wollte unbedingt antreten." Becker sagte: „Im Laufe des Spiels gegen Jarryd wurden die Schmerzen schlimmer und schlimmer. Ich war richtig sauer, daß es so weh tat. Ich will aber jetzt nicht wie Ivan Lendl wegen einer Verletzung die Niederlage beschönigen. Ich konnte allerdings keinen Druck auf mein rechtes Bein ausüben. Der Verband darum hat wenig geholfen."

In Dallas ging Becker mit fliegenden Fahnen unter. Nun tut Ruhe offenbar not – aber läßt das der dichtgedrängte Terminplan des Wimbledonsiegers überhaupt zu?



Der Papierkrieg hat jetzt ein Ende

Ein leichter Knopfdruck genügt. Wenige Sekunden nach Abnahme des Elektrokardiogramms (EKG) liegt dessen Auswertung vor. Statt langer Papierkurven, wie man sie bisher gewohnt war, erscheint der Befund im Klartext auf einem Flüssigkristall-Bildschirm. Der eingebaute Computer hat die EKG-Signale – und zwar sämtliche Daten für alle zwölf Ableitungen – blitzschnell analysiert. Noch während der Untersuchung kann der Arzt diesen Diagnose-Hinweisen nachgehen.

Mit den Abmessungen einer mittelgroßen Pralinenschachtel ist das Gerät nur etwa ein Kilogramm schwer und läßt sich in einer Tragetasche samt Zubehör überallhin mitnehmen. Da das Gerät mit Batterien arbeitet, muß der Arzt beispielsweise beim Hausbesuch nicht erst lange nach einer Steckdose suchen.

Abspeicherbar sind bis zu 20 EKG von jeweils zehn Sekunden Dauer; dazu noch alle erforderlichen Patientendaten. Ein zusätzlicher Schreiber druckt auf Wunsch Text und Kurven aus. D. T.

FOTO: SIEMENS

Wo Grizzly und Bison Schutzräume brauchen

Die Wildbestände im Yellowstone-Park sind gefährdet

dpa, West Yellowstone

Einer der ältesten und größten Naturparks der Welt, der für seine Geysire bekannte Yellowstone National Park im US-Bundesstaat Wyoming, ist ins Kreuzfeuer der Kritik geraten: Die Parkverwaltung tue zuwenig, um die unter Artenschutz stehenden Grizzly-Bären vor der Ausrottung und die nicht geschützten Bisons vor schießwütigen Jägern zu bewahren, meinen aufgebrachte Naturschützer.

In dem 113 Jahre alten Naturpark, mit 9000 Quadratkilometern halb so groß wie Rheinland-Pfalz, der auch mit jeweils einem schmalen Streifen in die Bundesstaaten Montana und Idaho hineinragt, hält sich die Verwaltung an eine strikte „Politik der Nicht-Einmischung": Sie läßt der Natur ihren Lauf. Waldbrände werden nur gelöscht, wenn die wenigen Ansiedlungen der Menschen bedroht sind, kranke Tiere nur in Ausnahmefällen medizinisch behandelt.

Um den natürlichen Charakter des Parks zu bewahren, wurde vor etwa 15 Jahren ein Gelände für Müll und Abfall geschlossen, in dem Grizzly-Bären seit 100 Jahren Nahrung gesucht und gefunden hatten. Seitdem sei die Zahl dieser Tiere ständig gesunken, erklärte der Philosoph und Naturschützer Alston Chase kürzlich bei einer Konferenz von Fachleuten.

Nur noch 200 Grizzlys lebten im Yellowstone-Park, etwa 400 bis 800 in anderen Teilen der USA, hauptsächlich in Montana, berichtete Chase. Der Begriff „natürliche Umgebung" ist nach seinen Worten eher metaphysisch als wissenschaftlich, da niemand das Verhalten des Grizzly untersucht habe, als der Mensch in dem Leben dieses Tieres noch keine Rolle spielte.

Massive Kritik aus allen Gebieten der USA setzte es auch, als der Staat Montana jene Bisons zum Abschuß freigab, die das Parkgelände im Winter auf der Suche nach ergiebigeren Futterstellen verlassen. Zur Begründung hieß es, die wilden Büffel litten an einer Krankheit, die in Montana die Viehbestände gefährde.

Seit Anfang dieses Jahres wurden 40 Bisons erlegt – in einer nicht gerade sportlichen Jagd: „Das Bison fürchtet den Menschen nicht. Die Tiere bleiben oft auch dann noch still stehen, wenn andere nach dem Todesschuß zusammenbrechen", meinte ein Wildhüter des Parks.

Der größte Nationalpark der USA ist auch berühmt für seine über 200 aktiven Geysire FOTO: D. THIERBACH

Bewohner von Montana müssen für eine Abschußerlaubnis 200 Dollar, andere sogar 1000 Dollar zahlen. Trotzdem meldeten sich soviele Jäger, daß die Genehmigungen im Lotterieverfahren verteilt wurden. Naturschutzvereine haben an die Park-Verwaltung appelliert, dringend etwas zu unternehmen, um die Bisons im Park zu halten – zur Not mit einem Zaun rings um das riesige Gelände.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Rat für Rheuma-Kranke

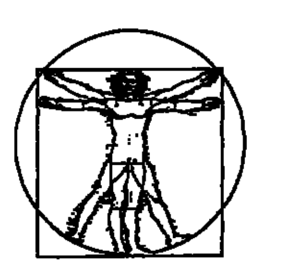
Bonn (dpa) – Immer mehr Rheumakranke suchen Rat und Hilfe bei der Deutschen Rheuma-Liga. Die Selbsthilfegemeinschaft sei im vergangenen Jahr um 17 Prozent auf 59 478 Mitglieder gewachsen, sagte die Vorsitzende der Rheuma-Liga, die CDU-Bundestagsabgeordnete Hanna Neumeister, nach der gestrigen Jahresmitgliederversammlung in Bonn. In über 3000 Therapiegruppen werde mit Warmwasser- und Trockengymnastik sowie durch regelmäßige Aussprachen unter den Mitgliedern versucht, die Auswirkungen der Erkrankung so begrenzt wie möglich zu halten. Die Rheuma-Liga gab im vergangenen Jahr rund 6,4 Millionen Mark für die Bekämpfung von Rheumaleiden aus.

Tiefstes Bohrloch

Karlsruhe (DW.) – Eine Entscheidung über den Standort des tiefsten Bohrloches der Erde wird noch in diesem Herbst fallen. Dies teilten Experten auf der 46. Jahrestagung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft, an der 400 Wissenschaftler aus aller Welt teilnehmen, in Karlsruhe mit. Auf der Konferenz beschäftigen sich die Geophysiker vor allem mit dem geplanten tiefsten Bohrloch im Schwarzwald und den damit verbundenen seismischen Untersuchungen zur Vorerkundung. Als weiterer Standort ist auch die Oberpfalz im Gespräch.

Kreislaufmessung

Marburg (W.M.) – Zwei Wissenschaftlergruppen der Universität Marburg haben eine ambulante Langzeit-Registrierung für Atmungs- und Kreislaufparameter entwickelt, mit deren Hilfe Patienten während ihres normalen Tagesablaufes untersucht werden können. Das Gerät ist mit seiner Meßelektronik in einem Aktenkoffer untergebracht. Wie die beiden Projektleiter Jörg Peter von der Medizinischen Poliklinik und Karl Meinzer vom zentralen Entwicklungslabor für Elektronik weiter berichteten, ist das Verfahren für eine kontinuierliche Erfassung von Atemregulationsstörungen von besonderer Bedeutung. Etwa zehn bis fünfzehn Prozent der männlichen Bevölkerung über 40 Jahre sei von Rhythmusstörungen dieser Art betroffen.



Weltraumsonden

Moskau (dpa) – Die beiden sowjetischen Raumsonden „Vega 1" und „Vega 2", die Anfang März am Kometen Halley vorbeigeflogen sind und zuvor schon die Atmosphäre der Venus untersucht hatten, setzen ihren Flug um die Sonne fort. Sie erforschen zu Zeit die Strukturen und Eigenschaften von interplanetaren Magnetfeldern und von Plasma-Erscheinungen sowie die Parameter des Sonnenwindes, wie kürzlich die amtliche Nachrichtenagentur „Tass" berichtete. Die beiden Sonden, deren technische Apparaturen zum größten Teil noch voll funktionstüchtig sind, befinden sich zur Zeit 93 bzw. 181 Millionen Kilometer von der Erde entfernt.

GOLF / Bernhard Langer rutschte beim Masters noch auf den 16. Rang ab

Mit 46 Jahren zu alt? – Der legendäre Jack Nicklaus wie zu seiner Glanzzeit

GERD A. BOLZE, Augusta

Zum grünen Masters-Jacket trug Bernhard Langer eine schilfgrüne Hose und ein hellgelbes Hemd. So angetan, half er vor dem Klubhaus des Augusta National Golf Club als Vorjahressieger einem noch Größeren traditionsgemäß ins grüne Sakko: dem schon legendären Amerikaner Jack Nicklaus. Er war der strahlende Sieger des 50. Masters-Turniers – und der Beifall der 40 000 Zuschauer schien kein Ende nehmen zu wollen. Bernhard Langer aber wurde nur 16.

Der 46jährige Jack Nicklaus gewann mit 279 Schlägen (74+71+69+65). Nur äußerst knapp geschlagen folgten der Australier Greg Norman (70+72+68+70) und der Amerikaner Tom Kite (70+74+68+68) mit jeweils 280 Schlägen. Sie erhielten dafür jeweils 70 400 Dollar.

Nach mehr als zwei sieglosen Jahren brachte Nicklaus das Kunststück fertig, 23 Jahre nach seinem ersten und elf Jahre nach seinem letzten Triumph zum sechsten Mal zu gewinnen. Dazwischen war der Rekordgewinner 1965/66 einziger Doppelsieger und außerdem 1972 erfolgreich. Nach den amerikanischen Amateur-Titeln 1959 und 1961 verbuchte er damit den 18. Major-Titel in seiner einmaligen Laufbahn.

Nur drei Golfern war das überhaupt bisher vergönnt, wenigstens je einmal die vier großen Meisterschaften für sich zu entscheiden: Gene Sarazen, Ben Hogan und dem Südafrikaner Gary Player. Nicklaus vollbrachte es mindestens dreimal: Außer den sechs Masters gewann er fünf US-PGA-Titel (1963/71/73/75/80), drei bei den US-Open (1962/67/72) und drei bei den British Open (1966/70/78). Augusta brachte seinen 71. Turniersieg allein auf der US-Tour, und seine lebenslange Gewinnsumme erhöhte sich mit den 144 000 Dollar vom Sonntag auf knapp 4,8 Millionen Dollar. Seinen letzten Sieg feierte er 1984 bei seinem von ihm selbst veranstalteten Erinnerungsturnier auf seinem eigenen Kurs in Muirfield Village.

Die Familie Nicklaus feierte in Augusta einen Sieg von Vater und Sohn, denn das älteste der fünf Nicklaus-Kinder, der seinen Vater um Kopfeslänge überragenden 24jährige Jack Nicklaus junior, half seinem Vater als Caddie mit Rat und Tat. Nicklaus junior ist selbst ein hervorragender Amateurgolfer, und eines Tages wird er wohl – wie sein Vater – unweigerlich eine Profi-Laufbahn einschlagen.

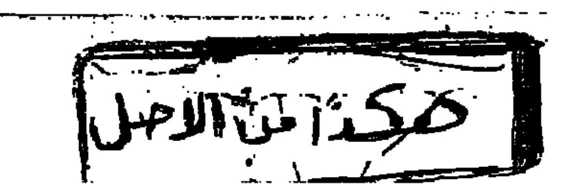
Für die amerikanischen Golf-Fans konnte es kaum einen passenderen Masters-Sieger geben als Jack Nicklaus. Der größte Golfspieler aller Zeiten hatte in dieser Saison in sieben Turnieren bisher nur 4403 Dollar gewonnen, und viele meinten ihm deshalb den Rat geben zu müssen, nunmehr, im Alter von 46 Jahren, doch das Turnierspielen dranzugeben. Doch Jack Nicklaus tat dergleichen nicht, was völlig richtig war, wie sein sechster Masters-Sieg beweist. „Eine Zeitung hat geschrieben, daß ich zu alt sei, um noch einmal zu gewinnen", erzählte Nicklaus nach seinem Triumph, „das hat mich besonders motiviert."

Ein weiterer Höhepunkt in Augusta war die neue Rekordrunde von 63 Schlägen, die am vorletzten Tag der Südafrikaner Nick Price aufgestellt hatte. Nicht viel hätte gefehlt, und auch Nicklaus wäre am Schlußtag auf diese 63 Schläge gekommen, denn nach einem Eagle am 15. Loch verpaßte er am folgenden ein As und auf dem 17. einen weiteren Eagle nur um Handbreite. Allein das beweist, wie ungeheuer konzentriert Nicklaus zum Schluß zu Werke ging.

Und wie erging es Bernhard Langer? Er hatte sich vom 25. Platz auf den fünften und vor der alles entscheidenden Schlußrunde sogar auf Rang zwei vorgearbeitet. Mit 286 Schlägen (74+68+69+75) rutschte er dann aber auf den 16. Platz unter den 88 Konkurrenten (78 Profis und zehn Amateure) ab. Eine Placierung, die lediglich mit 12 000 der insgesamt 800 000 Dollar Preisgelder abgegolten wurde.

Bernhard Langer, derzeit die Nummer eins der neuen Computer-Weltrangliste, war enttäuscht. Er sagte: „Zwar klappte heute mein Putten besser, aber mein langes Spiel fiel völlig auseinander – ich kam ganz und gar von der Rolle und weiß selbst nicht woran es lag. Ich habe zu viele schlechte lange Schläge vom Abschlag zum Grün gemacht, was in den Vortagen gerade meine Stärke war. Es war wie abgeschnitten. Doch das ist nun mal so beim Golf. Dabei war ich keineswegs nervös. Ich fühlte mich bestens in Form und hatte die gleichen Spielgedanken wie in den drei Runden zuvor. Ich war wieder lange mit vorn – aber leider ist das nur ein schwacher Trost."

Während der älteste Mann, der jemals die Masters gewonnen hat und den sie in den USA bereits zum „Sportler des Jahrzehnts" gewählt haben, bereits gefeiert wurde, schloß Bernhard Langer das Turnier mit einer 75er Runde ab, seine schlechteste in diesem Wettbewerb. Coach Willi Hoffmann analysierte: „Er will einfach zu viel und schwingt viel zu schnell."



EISHOCKEY / Nach Sensationssieg über die CSSR: Deutsches Team mit neuem Selbstbewußtsein

Udo Kießling: „So packen wir auch noch einige Große"

H.-R. BEIN, Moskau

Xaver Unsinn war in seinem Element: „Gegen Kanada war's lätschert. Da möcht' i amol sag'n, daß gegen die Tschechen die Musi' g'spielt hat." Tschingderassabum und Tusch. Opferlämmer beim 3:8 gegen die Kanadier, im Lob der CSSR-Presse „Wölfe" beim 4:3 über den Weltmeister. Die deutsche Eishokkey-Nationalmannschaft hat bei den Titelkämpfen in Moskau schon zum Auftakt ihre zwei Gesichter gezeigt.

Der Held hieß Erich Weishaupt. Seine Autorität war Gold wert. „Alles paßte, jeder hat seine Aufgabe zu 100 Prozent erfüllt." So lautete der sachliche Kommentar von Weishaupt, der als sehr temperamentvoll gilt und nach eigener Aussage während des Spiels schier „ausflippt". Stürmer Ernst Höfner: „Das Geschrei von ihm gibt mir den letzten Anstoß. Wenn ich müd' bin und nicht mehr laufen will und von hinten schreit's brutal ‚lauf jetzt', dann lauf ich los." Verteidiger Peter Scharf: „Der Erich braucht das Geschrei und uns tut's gut."

Sein hitziges Blut hat dem 33jährigen Zahntechnikermeister, der nach der WM in Kaufbeuren ein Labor eröffnet, in Moskau vier Jahre seiner internationalen Karriere gekostet. Bei der WM 1979 verprügelte er den Schweden Mats Näslund fürchterlich, nachdem dieser ihm mit dem Schlittschuh über die Hand gefahren war. Danach spielte sich Weishaupt mit unkonzentrierter Leistung aus dem Team. „Das waren bittere Stunden. Ich will das hier endgültig überwinden."

Das Team richtete sich an seiner Leistung auf. Das Urteil des Bundestrainers erklärt die Wandlung innerhalb von 24 Stunden: „Jeder hat für den anderen gearbeitet. Die Mannschaft hat gefühlt und erlebt, was sie kann. Sie ist besser als ihr Ruf." CSSR-Cheftrainer Jano Starsi war fix und fertig. „Alles ist möglich", sagte er tonlos, muß sich vor Schimpf und Schande in der Heimat und sogar vor der Abstiegsrunde fürchten. Vor einem Jahr krönten sich die Tschechoslowaken selbst bei der WM der Sensationen. Jetzt spielen sie am anderen Ende des Feldes auch die Hauptrolle. So spielt Sport Schicksal.

Heute um 13.30 Uhr geht es für die DEB-Auswahl gegen die Amerikaner „nur mit Herz", wie der Bundestrainer weiß. Der Ruhetag war Balsam für die kleinen Wehwehchen und für die Nerven. Am Abend stand im Konzertsaal des Kreml für die Mannschaft Ballett auf dem Programm – Schwanensee mit dem Bolschoi-Ensemble. Weniger zart und elfenhaft wird das US-Team zur Sache gehen, das hier wie gewohnt ein sehr athletisches Eishockey spielt.

„Wir sind bereit", verbreitet Ernst Höfner neues Selbstbewußtsein. Auch der Bundestrainer, dem das 2:1 der Polen über die CSSR schwer auf den Magen geschlagen war, hat neuen Mut geschöpft. „Die WM kann fei' scho' a bisserl turbulent werden, da kann fast jeder jeden schlagen. Aber wir packen's."

Daß die Spieler abheben, wie es 1982 in Helsinki nach dem 4:2-Triumph über die CSSR passierte, glaubt Mannschaftsführer Udo Kießling nicht. Der Kölner, der den Siegtreffer erzielte, meinte: „Jeder weiß, daß wir jetzt erst zwei Punkte für den Klassenerhalt gesichert haben. Das Erfolgserlebnis war wichtig für die Motivation, aber ich habe keine Angst, daß wir den Boden unter den Füßen verlieren werden. Ich erwarte von der Mannschaft auch weiterhin Disziplin und Kampfgeist. Dann können wir auch noch einige Große pakken." Nun haben sie es selbst in der Hand, den Worten wieder Taten folgen zu lassen.

SPORT-NACHRICHTEN

Rießersee bleibt erstklassig

München (dpa) – Mit einem 10:3 übr den ERC Sonthofen sicherte sich der SC Rießersee den letzten noch freien Platz in der ersten Eishockey-Bundesliga.

Verlegung abgelehnt

Bremen (dpa) – „Aus grundsätzlichen Erwägungen" hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) der Verlegung des wahrscheinlich entscheidenden Spiels um die deutsche Fußball-Meisterschaft zwischen Werder Bremen und Bayern München nicht zugestimmt. Bremen hatte sich um eine Verlegung vom 22. (Dienstag) auf den 23. April bemüht, da in diesem Fall eine Live-Übertragung über den Privatsender SAT 1 möglich gewesen wäre.

Heese statt Geinzer

Aschaffenburg (sid) – Fußball-Zweitligaklub Viktoria Aschaffenburg hat Trainer Kurt Geinzer entlassen und mit Horst Heese gleich einen Nachfolger präsentiert. Der zuletzt arbeitslose Heese übernimmt ab sofort das Training bei den abstiegsbedrohten Aschaffenburgern.

Heute Fußball-Bundesliga

Bonn (DW.) – In der Fußball-Bundesliga finden heute zwei Nachholspiele statt: Hamburger SV – FC Schalke 04 und Borussia Dortmund – VfL Bochum. Beide Spiele beginnen um 20.00 Uhr.

Uerdingen will klagen

Krefeld (sid) – Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, das letzte Fußball-Bundesligaspiel gegen Eintracht Frankfurt erst am 29. April auszutragen, droht Bayer Uerdingen dem DFB mit einer Schadenersatzklage von rund einer Million Mark. Bisher soll am 24. April gespielt werden.

ZAHLEN

TENNIS

WCT-Finale in Dallas: Jarryd (Schweden) – Becker (Deutschland) 6:7, 6:1, 6:1, 6:4. – **Damen-Turnier** in Hilton Head Island, Finale: Graf (Deutschland) – Evert-Lloyd (USA) 6:4, 7:5. – Doppel: Evert-Lloyd/White (USA) – Graf/Tanvier (Deutschland/Frankreich) 6:3, 6:3.

MOTOR

Tourenwagen-EM in Hockenheim, dritter von 14 Läufen, 74 Runden = 503,2 km: 1. Cecotto/Lindström (Venezuela/Schweden) Volvo 240 Turbo 3:03:33,17 Std. (164,487 km/h), 2. Quester/Ravaglia (Österreich/Italien) BMW 635 CSI 1:37,92 Min. zur., 3. Niedzwiedz/Sooper (Deutschland/England) Ford Sierra Turbo 73 Rd. – **Formel-3000-EM** in Silverstone, erster Lauf: 1. Fabre (Frankreich) Lola-Ford 35:33,37 Min., 2. Pirro (Italien) March Ford 33:35,19, 3. Nielsen (Dänemark) Ralt-Honda 33:50,28, 4. Thackwell (Neuseeland) March-Ford 35:51,50, ... 10. Weidler (Deutschland) Ralt-Honda 36:22,09.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 19, 27, 31, 33, 38, 44, Zusatzspiel: 24. – **Rennquintett**: Rennen A: 7, 6, 1. – Rennen B: 27, 23, 35. (Ohne Gewähr).

180 Milliarden werden im Schatten verdient

Bundesanstalt: Illegale Beschäftigung hat zugenommen

AP, Nürnberg

Mehr als zehn Prozent des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland werden nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit jährlich im Bereich der „Schattenwirtschaft" erwirtschaftet – schätzungsweise bis zu 180 Milliarden Mark. Der Präsident der Bundesanstalt, Heinrich Franke, beklagte gestern auf einer Pressekonferenz die zunehmende „Sogwirkung der Illegalität" auf dem Arbeitsmarkt, durch die mindestens 50 Milliarden Mark an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verlorengingen. Mutmaßungen über die Zahl der illegal Beschäftigten schwanken, da es naturgemäß an einer Statistik fehlt, zwischen 100 000 und 600 000. „Immer mehr Unternehmer lassen sich dazu verleiten, zu unsauberen Praktiken zu greifen, immer mehr Arbeitnehmer scheinen der Verlockung zu erliegen, eine schnelle Mark ohne Steuern und Sozialversicherung zu machen", sagte Franke.

Nach seinen Angaben geht die illegale Arbeit „querbeet" durch die Berufe – vom Schlosser, Schreiner und Maurer bis hin zu den Büroberufen. *Etwa die Hälfte aller Fälle gebe es* jedoch in der Bauwirtschaft. Rund 50 Prozent aller illegalen Arbeitnehmer sind nach Angaben Frankes Ausländer aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

„Kavaliersdelikt" bedroht die soziale Sicherheit

Viele sähen die illegale Vermittlung und die illegale Arbeit als „Kavaliersdelikte" an, sagte Franke. Dabei sei sie „in außerordentlichem Maße sozialschädlich und bedrohe die soziale Sicherheit". Die illegale Arbeit vernichte bestehende legale Arbeitsplätze, verhindere die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und laufe damit den Bemühungen zuwider, die immer noch zu hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Sie führe zu Steuer- und Beitragshinterziehung und damit zu Mindereinnahmen des Fiskus und der Sozialversicherung, und sie trete in Verbindung mit Leistungsmißbrauch auf, da viele illegal beschäftigte Arbeitnehmer neben dem Arbeitslosengeld auch noch Arbeitsentgelt *kassierten*.

Franke berichtete, daß in 29 Arbeitsämtern mit Unterstützung der neuen Landesarbeitsämter rund 350 speziell geschulte Mitarbeiter zur Verfolgung der illegalen Arbeitnehmerüberlassung tätig seien. Daneben würden in diesem Jahr noch alle 146 Arbeitsämter in der Bundesrepublik um insgesamt 250 weitere Fachkräfte verstärkt, die sich auf die Aufdeckung und Verfolgung der illegalen Ausländerbeschäftigung und des Leistungsmißbrauchs konzentrieren würden, so daß insgesamt 600 Spezialisten zur Verfügung stünden.

Zunehmend Bereich der organisierten Kriminalität

Vergangenes Jahr hatten die Arbeitsämter nach Angaben Frankes mehr als 191 000 Fälle aufgegriffen, bei denen der Verdacht auf Gesetzesverletzungen bestand. Gegenüber 1984 bedeute dies eine Steigerung um mehr als 31 000 Fälle oder nahezu 20 Prozent. In knapp 106 000 Fällen habe sich der Verdacht bestätigt, und es seien Strafanzeigen erstattet oder *Geldbußen verhängt* worden. Auch die Schwere der Verstöße habe zugenommen. So seien 1985 mehr als 17 700 Strafanzeigen erstattet worden im Vergleich zu 13 100 im Jahr zuvor was einer Zunahme um 35 Prozent gleichkomme. In über 1300 abgeschlossenen Verfahren seien Geldbußen in Höhe von 10,4 Millionen Mark verhängt worden, gegenüber 3,7 Millionen im Vorjahr.

Abteilungsleiter Richard Wanka von der Bundesanstalt für Arbeit erklärte, das Erscheinungsbild der illegalen Arbeitnehmerüberlassung sei von zunehmender und zum Teil auch „organisierter Kriminalität" geprägt. Er berichtete von einem einzelnen Verfahren wegen unerlaubten Entleihens von Arbeitskräften, das mit einer Geldbuße von allein 1,9 Millionen Mark abgeschlossen worden sei. Diesem Verfahren habe ein Geschäftsvolumen von nahezu 39 Millionen Mark und 1,3 Millionen Arbeitsstunden zugrunde gelegen. Wanka sagte, die Bundesanstalt sei zuversichtlich, daß die Ermittlungserfolge auf diesem Sektor mit Hilfe der Datenverarbeitung sowie auch durch Prüfungen an Ort und Stelle noch gesteigert werden könnten.

Wende im Prozeß um Rheinmetall

dpa, Düsseldorf

Im Düsseldorfer Rheinmetall-Prozeß trat gestern eine Wende ein. Die vier wegen illegalen Waffenexports angeklagten Manager brachen ihr monatelanges Schweigen. In einer Erklärung bestätigten sie, daß Waffen- und Produktionsanlagen in Milliardenhöhe, die für Saudi-Arabien, Argentinien und Südafrika bestimmt waren, Umwege über Italien, Spanien und Paraguay nahmen.

Die Waffenverkäufer wollten aber nach eigenen Worten nicht, wie es in der Anklage hieß, das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) umgangen haben: Die Genehmigungen der deutschen Behörden für die Erstabnehmerländer hätten vorgelegen. Der Weiterverkauf in die Endabnahmeländer sei nicht mehr unter deutsche Verantwortung gefallen, meinten die Manager.

„Zu lange" dauerte den Angeklagten eine Waffenexportgenehmigung für Argentinien, das Teile eines Kampfpanzers mit 105-Millimeter-Kanone kaufen wollte. Deshalb gingen Einzelteile an eine italienische Firma, die die Rohre produzierte. Daß Italien als Endland angegeben war, sei ihm bewußt gewesen, sagte Ex-Geschäftsführer Dietrich Falcke. Warum aber die Lieferung in den Papieren als Ersatzteile für einen anderen *Panzertyp* ausgewiesen waren, konnte er sich nicht erklären.

„Sicher" waren sich die Angeklagten auch, daß die Ausfuhr von 27 „Flak-Zwillingen" nach Argentinien letztlich genehmigt würde. Doch da sich dies auf unbestimmte Zeit hingezogen hätte, wurden die Flakteile mit Hilfe von Rheinmetall-Mitarbeitern in Spanien montiert.

Bei einem geplanten Saudi-Arabien-Geschäft sollten als „Pilot-Projekt" 1500 Maschinengewehre in das Wüstenland gehen. Doch das Bundeswirtschaftsministerium machte den Rüstungsproduzenten Schwierigkeiten: Nur wenn ausländische Rheinmetall-Lizenznehmer die Waffen abnehmen würden, gebe es eine Ausfuhrerlaubnis nach dem Außenwirtschaftsgesetz. Also habe eine italienische Firma die MG-Bausätze bestellt. Die Rheinmetall-Rechnung sei von Saudi-Arabien beglichen worden. Dieses 1978 bei einer Prüfung durch die Oberfinanzdirektion Düsseldorf *aufgedeckte Geschäft* brachte den Prozeß ins Rollen.

Bonn bekräftigt Hilfen für Landwirte. SPD kritisiert „voreilige Beschlüsse"

Treffen der Bundesregierung mit Bauernverband / Verbraucher warnen vor Subventionismus

D.GOOS/H.-J.MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung wird den deutschen Landwirten verstärkt unter die Arme greifen. Dies wurde gestern nach dem Treffen der Spitze des Deutschen Bauernverbandes mit Bundeskanzler Helmut Kohl, Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, Finanzminister Gerhard Stoltenberg und dem niedersächsischen Regierungschef Ernst Albrecht auf einem Gutshof bei Esperke in der Nähe von Hannover bekräftigt. Sprecher der SPD kritisierten, daß im Vorfeld von Landtagswahlen jetzt voreilig Beschlüsse gefaßt würden.

CDU-Forderungen

Vor dem Treffen hatte das Präsidium der CDU gefordert, die vor einem Monat verabschiedeten, von einer Kommission unter Leitung von Ernst Albrecht erarbeiteten Perspektiven einer künftigen Agrarpolitik Zug um Zug zu verwirklichen, um die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe zu sichern. Das Konzept der CDU und die Politik der unionsge*führten Bundesregierung seien eine* klare Alternative zu jenen Fehlentwicklungen, die auf Entscheidungen der sozialliberalen Regierung zurückzuführen sind.

Die CDU hofft, daß die EG-Agrarminister bei ihrer laufenden Preisrunde auf die schwierige Situation der deutschen Landwirte Rücksicht nehmen. Die letzte Ausgestaltung der deutschen Maßnahmen wird nach Abschluß und im Lichte der Brüsseler Verhandlungen erfolgen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, sprach von einer verfehlten Agrarpolitik der Koalition. Auch der Agrarexperte der SPD, Jan Oostergetelo, warf der Bundesregierung vor, das Problem der Überproduktion nicht in den Griff zu bekommen. Die Milchquotenregelung und der Abbau des Grenzausgleichs hätten sich für die deutschen Bauern überwiegend negativ ausgewirkt, sagte Oostergetelo zur WELT.

Vogel sagte der Regierung Unterstützung zu, soweit nicht länger die Überschußproduktion, sondern die Pflege der Kulturlandschaft und der Umwelt zum Anknüpfungspunkt für Hilfen genommen werde, und soweit solche Maßnahmen wirklich den einkommensschwachen Familienbetrieben helfen würden.

Die ins Auge gefaßten Maßnahmen sollen heute vormittag in einer Koalitionsrunde, an der auch die zuständigen Minister teilnehmen, in Bonn endgültig beraten werden. Heute abend wird sich die Union noch einmal damit beschäftigen. Endgültig will das Bundeskabinett morgen die Marschroute sowohl für Ignaz Kiechle vor den Brüsseler Preisverhandlungen als auch die Maßnahmen für die deutschen Landwirte festlegen.

„Teuer für Steuerzahler"

Vor neuen Subventionen zu Lasten der Verbraucher hat gestern die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) in Bonn noch einmal gewarnt. In Niedersachsen zolle der Kanzler den Bauernfürsten seinen Tribut, mutmaßt die AgV. „Für die Steuerzahler wird das die wohl teuerste Dienstreise dieser Wahlperiode." Dem Bauernverband warf die AgV vor, er täusche seine Mitglieder ebenso wie die Öffentlichkeit. Wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Sachverstand seien in der Agrarpolitik zur Zeit tabu. Schon heute müsse eine *dreiköpfige Familie* in der Bundesrepublik 2000 Mark pro Jahr für die Agrarpolitik bezahlen.

Hoffen auf engere Zusammenarbeit

Probleme zwischen deutschen und US-Sicherheitsbehörden / Aktivitäten in der Schweiz

WERNER KAHL, Bonn

Nach den politischen Absichtserklärungen in Washington und Bonn über die gemeinsame Abwehr des Terrorismus erwarten die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik *Deutschland jetzt von den USA eine* verstärkte Zusammenarbeit auf der praktischen Arbeitsebene der Polizei und der Nachrichtendienste. Dies verlautete am Wochenende in Bonn nach einer Sicherheitstagung im Bundeskriminalamt.

Auf amerikanischer Seite waren die Erkenntnisse über den Bombenanschlag auf die Berliner Discothek „La Belle" bisher weitgehend isoliert von der Arbeit der deutschen Dienststellen behandelt worden. Die Leichen der getöteten Gäste durften noch mehrere Stunden nach dem Tatgeschehen *nicht* von deutscher Polizei in Augenschein genommen werden. Zwar wurde schließlich der Leichnam der getöteten Türkin nach der Identifizierung von den amerikanischen Behörden freigegeben, bei der Leichenschau des Soldaten wurden dagegen deutsche Sachverstän*dige dem Vernehmen nach erst nach* einer Intervention zugelassen. Über Teile des Funkverkehrs zwischen libyschen Stellen und dem libyschen „Volksbüro" in Ost-Berlin wurden die deutschen Behörden lediglich aus dem Text der englischen Übersetzung des geknackten arabischen Codes durch den US-Nachrichtendienst informiert.

Auch in der Schweiz wird über die Bedrohung durch terroristische Kommandos und libysche Auftraggeber beraten. Sollen der PLO-Sitz in Genf und das libysche Volksbüro in *Bern geschlossen werden? Diese* Frage stellte der Nationalrat der Freisinnigen Partei, Cincera, in einer Eingabe an die Regierung. Der Parlamentarier begründete dies gegenüber der WELT damit, daß einzelne Verbindungen und Kurierlinien des palästinensischen Terrorismus durch die Schweiz für diese Maßnahmen ausreichten. Nach seiner Ansicht kann der Kampf gegen diese Form der Bedrohung nur erfolgreich sein, wenn jedes Land seine besondere Verantwortung trägt und alle zumutbaren Maßnahmen zur Abwehr trifft, auch wenn es selber nicht Angriffsziel ist.

Sicherheitsbehörden der Schweiz hatten sich schon im vergangenen Jahr besorgt darüber gezeigt (WELT v. 7.1.86/9.1.86), daß das libysche „Volksbüro" und andere libysche Vertretungen in der Schweiz als logistische Stützpunkte für Terroraktionen bei *europäischen Nachbarn miß*braucht werden könnten.

Moskau droht mit einem nuklearen Feuer

DW. /mic. Bonn

Schroffen Tönen und heftigen An*griffen* seitens ihrer sowjetischen Gesprächspartner sahen sich Mitglieder des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle ausgesetzt, die am Wochenende von einer mehrtägigen Moskau-Reise nach Bonn zurückgekehrt sind. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer berichtete in Bonn von scharfer Kritik der Sowjets an „amerikanischem Banditentum", an das sich die Bundesrepublik Deutschland „anhänge".

So habe ZK-Sekretär Michail Simjanin gesagt, bestimmte Kreise spielten ein gefährliches Spiel, und hinzugefügt, wenn das so weitergehe, werde die Bundesrepublik „im nuklearen Feuer untergehen". Todenhöfer sprach in diesem Zusammenhang von „sehr scharfer Polemik" und von einer „cholerisch-aufbrausenden" Art Simjanins, der stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Nationalitätensowjets ist.

Trotz aller Schärfe hätte es in Moskau einen „nützlichen Meinungsaustausch" gegeben. So hätten bestimmte Mißverständnisse ausgeräumt und die eigenen Positionen verdeutlicht werden können. Todenhöfer empfahl dem Westen, im Dialog mit dem Osten eine „differenzierende Haltung". Zum einen solle er die positiven Elemente in den Januar-Vorschlägen von Gorbatschow aufnehmen, aber auch einen „engen Parallelismus" zwischen konventioneller Abrüstung in Europa und nuklearer Rüstungsminderung herstellen. Zum anderen solle der Westen mehr auf die Ursachen von Rüstung wie die Spannungen zwischen West und Ost und das Fehlen des Selbstbestimmungsrechts hinweisen.

Unzufrieden hat sich der Leiter der Delegation, der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr, mit den in Moskau geführten Gesprächen geäußert. Ohne Einzelheiten zu nennen, sagte Bahr, die Gespräche seien „nicht so gut verlaufen, wie es möglich gewesen wäre". Er werde dem Ausschuß jetzt einen Bericht über die Beratungen vorlegen, in denen auch „wichtige Erkenntnisse" gesammelt worden seien. Bahr hatte bereits am Freitag in Moskau kritisiert, daß von sowjetischer Seite Töne angeschlagen worden seien, wie er sie "seit Jahren nicht mehr gehört" habe.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 508, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

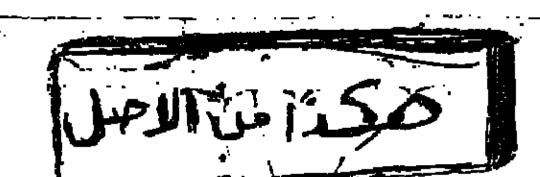
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Wieder Rekord

ed. – Die Börse präsentiert sich in *Hausselaune*. Sie stellte gestern mit einem mehr als zweiprozentigen Indexplus einen neuen Kursrekord auf. Gewinne von 20 Mark und mehr waren bei den favorisierten Bank- und Autoaktien keine Seltenheit. *Die Hausse nährt die Hausse*, heißt es auf dem Parkett. Was die Börse wirklich treibt, das sind die niedrigen Zinsen. Sie gelten inzwischen als so unattraktiv, daß sich viele Investoren völlig vom festverzinslichen Wertpapier abgewandt haben und statt dessen ihr Kapital in Aktien anlegen, die dank *florierender Konjunktur und steigender* Unternehmensgewinne höhere Erträge versprechen. Das ist zwar nur eine Hoffnung. Aber von der lebt die Börse schließlich.

Noch Ende letzter Woch hatten viele *Börsianer Angst, daß* der Optionstermin (heute) zu einer Belastung für den Aktienmarkt werden könnte. Viele Berufshändler hatten deswegen in der letzten Zeit ihre spekulativen Bestände verringert. Doch das Material, das aus der Ausübung von Kaufoptionen an den Markt kam, ist bisher mühelos zu steigenden Kursen absorbiert worden. Und vermutlich ist bis gestern schon mehr als die Hälfte aller Optionen ausgeübt worden.

Somit besteht die Hoffnung, daß die Börse auch den Rest noch gut verdaut. Technisch gesehen bedeutet das „Grünes Licht" für den Börsenzug, nachdem er in der vorigen Woche bereits ohne längeres Zukkeln *die „Widerstandslinie" passiert* hat, als die man allgemein das Höchstkursniveau vom Januar angesehen *hatte. Das schließt freilich* nicht aus, daß er auf einer Konsolidierungsstation auch einmal wieder *Dampf* abläßt.

Stierkämpfe

Ha. (Brüssel) – Geld stinkt bekanntlich nicht, weder im privaten noch im öffentlichen Bereich. So mußte sich der britische Konservative Richard Cottrell von der EG-Kommission belehren lassen, daß die steuerliche Behandlung einer Tätigkeit nicht davon abhängt, „wie diese unter ethischen Gesichtspunkten beurteilt wird". Anlaß war die Frage des Europaabgeordneten, ob die Brüsseler Kommission es verantworten könne, Mehrwertsteuereinnahmen zu akzeptieren, die aus dem Ertrag von Stierkämpfen in Spanien und Portugal stammen. Dieses Geld ist nach Eindruck des Parlamentariers in den Augen der Öffentlichkeit „durch grausame Praktiken besudelt". Die EG-Exekutive hingegen beharrt darauf, daß die Stierkämpfe, wenn sie die Voraussetzungen für eine Wirtschaftstätigkeit erfüllen, auch zu besteuern sind. Eine Befreiung von der (zum geringen Teil nach Brüssel abzuführenden) Mehrwertsteuer könne sogar als eine Begünstigung der Stierkämpfe angesehen werden.

Die zweite Rente

Von SABINE SCHUCHART

Etwa zwei Drittel der Beschäftigten in der Industrie und ein Drittel im Handel haben Anspruch auf ein betriebliches Zubrot im Alter. Seit 1981 stagniert allerdings die Zahl der Unternehmen mit Ruhegeldzusagen oder geht sogar zurück, wie Untersuchungen des Münchner Ifo-Instituts und des Instituts für Mittelstandsforschung belegen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Betriebe schraubt die *Leistungen zurück, vor* allem durch Schließung von Versorgungswerken für neue Mitarbeiter. *Die sozialpolitisch erwünschte weitere* Ausbreitung der betrieblichen Altersversorgung gelingt nicht mehr.

Diese Entwicklung macht deutlich, daß das System der betrieblichen Altersversorgung, das bei allen gesellschaftlichen Gruppen Zustimmung findet, nicht ohne Probleme ist. Abgesehen davon, daß immer weniger aktive Arbeitnehmer für immer mehr Betriebsrentner aufkommen müssen, ist die Gestaltungsfreiheit für die Unternehmen und die Kalkulierbarkeit der Folgekosten zunehmend eingeschränkt worden. Jüngstes Beispiel ist das Verfassungsgerichts-Urteil zum Versorgungsausgleich geschiedener Frauen, das nun erstmals Personen einen Rechtsanspruch gegen die Betriebe eröffnet, denen diese niemals Leistungen zugesagt haben.

Die Kehrtwende in der über hundertjährigen Geschichte der betrieblichen *Altersversorgung brachte das* Betriebsrentengesetz von 1974 und die sich daran anschließende Rechtsprechung, *die weit über die Minimal*anforderungen des Gesetzes hinausging. So sind die Risiken, die früher Pensionszusagen zum *Beispiel im* Konkursfall oder *bei* Kündigung belasteten, mittlerweile fortgefallen. Mit der Einführung der *Unverfallbar*keitsregelung nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit, der Rentensicherung im Insolvenzfall und der vorgeschriebenen Anpassung der Betriebsrenten an die Kaufkraftentwicklung im Drei-Jahres-Turnus wurde die Rechtsstellung der Arbeitnehmer, die im Besitz einer Versorgungszusage sind, wesentlich verbessert.

Für die Unternehmen brachten die zunehmenden staatlichen Reglementierungen nicht vorhersehbare Kostenschübe und ein Anwachsen der Risiken. Daraus resultierten strukturelle Veränderungen im Zusageverhalten: Von der günstigen Innenfinanzierungsquelle der Pensionsrückstellungen wird inzwischen mehr und mehr zugunsten von Finanzierungsformen abgewichen, bei denen das Risiko späterer Pensionszahlungen aus dem Unternehmen herausverlagert wird. So erfreuen sich Direktversicherungen neuerdings des Zuspruchs.

Für neue Arbeitnehmer hat sich *der an sich positive Eigentumsschutz* inzwischen – ähnliche Erscheinungen sind vom Arbeitsmarkt hinlänglich *bekannt – ins Gegenteil* verkehrt. Mit der weitgehenden Zementierung von Besitzständen wurden Zugangsbarrieren errichtet, die in Zukunft für gesellschaftlichen wie innerbetrieblichen Konfliktstoff sorgen dürften. Der Vertragsfreiheit überlassen geblieben sind im wesentlichen nur die Entscheidungen, ob und in welcher Höhe Pensionszusagen gegeben werden. Die Möglichkeit für den Arbeitgeber, einmal zugesagte Vorsorgeleistungen an aktuelle wirtschaftliche Gegebenheiten anzupassen, ist gering, im bereits eingetretenen Versorgungsfall und bei schon erdienten Anwartschaften praktisch ausgeschlossen.

Diese Entwicklung ist um so problematischer, als die betriebliche Altersversorgung sowohl aus Sicht der Unternehmen wie auch für die Beschäftigten von elementarem Interesse ist. Für die meisten Arbeitnehmer ist sie in der Regel zweitstärkste Versorgungsquelle im Alter neben der durchaus nicht sichereren gesetzlichen Rente und neben der privaten Eigenvorsorge; für die Betriebe, *abgesehen von steuerlichen* und Liquiditätsvorteilen, wichtiges Gestaltungsinstrument der Personal- und Sozialpolitik.

Voraussetzung dafür, daß die Betriebsrente diese Funktionen weiter wahrnehmen *kann, ist allerdings, daß* es nicht zu weiteren abrupten wirtschaftpolitische Datenänderungen kommt. *Gerade die steigenden Erwartungen* der Sozialpolitik an die betriebliche Altersversorgung müßten die Politiker veranlassen, mit dem Instrument äußerst sorgsam umzugehen. Weitere Begehrlichkeiten des Staates in Richtung *einer* Verrechnung mit der gesetzlichen Rente wären jedenfalls das Todesurteil für diese *betriebliche Sozialeinrichtung*.

GROSSBRITANNIEN

Lohnabschlüsse liegen weiter über der Inflationsrate

fu, London

Die Lohnabschlüsse in Großbritannien liegen unverändert deutlich über der Preissteigerungsrate. Den jüngsten Erhebungen des Unternehmerverbandes CBI zufolge zeigen die Lohn- und Gehaltsabschlüsse im ersten Quartal dieses Jahres einen durchschnittlichen Anstieg um 6,25 Prozent, die gleiche Rate wie im letzten Quartal des vergangenen Jahres. In den ersten neun Monaten 1985 hatten die Lohn- und Gehaltsabschlüsse einen durchschnittlichen Anstieg um 6,5 Prozent ausgewiesen.

Die CBI-Führung beklagt, daß die Abschlüsse trotz aller Appelle für eine Mäßigung weiterhin deutlich über der Inflationsrate liegen. So stiegen die Einzelhandelspreise im Februar auf Jahresbasis um 5,1 Prozent. Für März wird, wegen der niedrigeren Treibstoffpreise und billigerer Kredite mit einem Rückgang der Inflationsrate auf 4,5 Prozent gerechnet, und eine weitere Abschwächung während der kommenden Monate ist wahrscheinlich.

Auf der letzten Jahreskonferenz des CBI hatte die Führung des Unternehmerverbandes die Mitgliedsunternehmen beschworen, in der diesjährigen Tarifrunde den Anstieg der Lohn- und Gehaltsabschlüsse auf zwei Prozent unter dem im vergangenen Jahr zu beschränken. Anderenfalls sei die britische Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz nicht genügend wettbewerbsfähig.

Auch die Bank von England hat in ihrem *jüngsten* Quartalsbericht vor der Gefahr gewarnt, daß der Vorteil günstiger Wechselkursbewegungen rapide untergraben werden könnte, falls der Anstieg der Nominalbezüge nicht deutlich reduziert wird.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Gesetzgeber ist bei Umsetzung nicht in Eile

EG-Produzentenhaftung wird erst in zehn Jahren nationales Recht

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Umsetzung der *Mitte 1985* nach neunjähriger Beratung verabschiedeten EG-Richtlinie zur Produzentenhaftung in nationales Recht wird noch einige Zeit auf sich warten lassen. Dem deutschen Gesetzgeber stehen für diese die deutschen Industrie-Exporte stark berührende Transformation drei Jahre zur Verfügung. In dieser Legislaturperiode ist nicht mehr damit zu rechnen, zumal Spezialregelungen wegen der praktischen Auswirkungen nach Ansicht der Industrie jede Eile ausschließen.

Die nach langen Diskussionen zwischen Regierungen und Industrieverbänden umstrittene EG-Richtlinie, oft als Schritt zu besserem Verbraucherschutz gefeiert, sieht im Kern vor, daß der Hersteller eines fehlerhaften Produktes *künftig grundsätzlich auch dann für dadurch verursachte* Schäden haften muß, wenn ihm kein Verschulden an dem Fehler nachgewiesen werden kann. Sie betrifft sowohl Tod, Körperverletzungen und Vermögensschäden, wobei Sachschäden auf industriell *gefertigte* Gegenstände des privaten Ge- und Verbrauchs beschränkt sind. Bei der „Fehlerhaftigkeit" ist nicht auf dessen mangelnde Gebrauchsfähigkeit, sondern auf einen Mangel an Sicherheit abzustellen, die von der Allgemeinheit erwartet werden darf.

Grundsätzlich ist die deutsche Industrie mit der Richtlinie *nicht unzufrieden*. Friedrich Kretschmer vom Bundesverband der Deutschen Indu*strie (BDI) meinte jetzt in einem Bei*trag für die Zeitschrift „Produkthaftpflicht international", sie sei sogar angesichts der seit Jahren zu beobachtenden Tendenz in einigen EG-Ländern, die Produzentenhaftung zugunsten der Geschädigten zu verändern *und diese Rechtsprechung* vor der Richtlinie noch durch nationale Gesetze festzuschreiben, von Vorteil.

Es kommt nun auf ein möglichst gleichgerichtetes Handeln der EG-Regierungen an, wolle man nicht die vorhandene Zersplitterung *allein* auf einem höheren Haftungsniveau aufrechterhalten. Schon jetzt drängt die Industrie vor allem auf den Ausschluß der Haftung für Entwicklungsrisiken, der sich aus der Fehlerdefinition und der Entlastung des Herstellers durch die Einhaltung des Standes von Wissenschaft und Forschung ergibt. Die Bundesregierung sollte, so Kretschmer, von der Option, diese Haftung über das Arzneimittelgesetz auf andere Bereiche zu erstrecken, keinen Gebrauch machen.

Die finanziellen Begrenzungen der Haftung durch Einführung einer Haftungshöchstgrenze von 70 Mill. Ecu *(160 Mill. DM) und den* Ausschluß immaterieller Schäden werden von der Industrie begrüßt. Um die *Höchstgrenze war auch politisch heftig* gestritten worden. Man hatte eingewandt, daß sie für die Unternehmen nachteilig sein könnte, weil von ihr „eine Signalwirkung für die Gerichte ausginge und sich einzelne Unternehmen veranlaßt sehen könnten, mit ihren Versicherern höhere als eigentlich erforderliche Deckungssummen zu vereinbaren".

Klärende Worte erwartet die Industrie vom Gesetzgeber auf jeden Fall beim Sicherheitsbegriff, der kalkulierbar gemacht werden muß. Muß der Richter, der „alle Umstände" berücksichtigen muß, neben Darbietung, Gebrauch und Zeitpunkt des Inverkehrbringens des Produkts auch seinen Preis, das Vorhandensein von Produktionsalternativen usw. beurteilen? Wie stellt der Richter die „Erwartungen der Allgemeinheit" in ein Produkt fest?

In der Versicherungswirtschaft geht man davon aus, daß die Richtlinie in den einzelnen EG-Staaten unterschiedlich umgesetzt wird. Insofern fallen auch Aussagen über mögliche Auswirkungen über den Versicherungsschutz schwer – außer, daß allgemein steigende Prämien erwartet werden. Der stellvertretende Generalsekretär der Europäischen Ver*sicherungsvereinigung* (CEA), *John* Cowell: „Wenn 1995 die Kommission erneut darüber zu entscheiden hat, ob sie generell die Haftung auf Entwicklungsrisiken ausdehnen wird und eine unbegrenzte Haftung europaweit *einführt, bleibt man noch weit entfernt* von einer echten Rechtsvereinheitlichung in diesem Bereich."

AUF EIN WORT

„Wenn es Menschen gibt, die mit hohem Engagement und mit großem moralischen Anspruch auftreten, *um die Umwelt* schützen zu wollen, die dann aber gegen den Einsatz von Kernenergie dort sind, wo es um die Grundlastversorgung mit elektrischer Energie geht, *dann haben diese Menschen* den Nutzen der Kernenergie entweder nicht begriffen oder sie sind ideologisch in ihrem Wahrnehmungsvermögen blockiert."

Dr. Klaus Barthelt, Vorsitzender des Vorstandes der Kraftwerk Union AG, Mülheim. FOTO: DIE WELT

Benzin billiger als bei den Nachbarn

dpa/VWD, Bonn

In der Bundesrepublik Deutschland können die Kraftfahrer weitaus billiger tanken als in den meisten europäischen Ländern. Nur in Portugal, Luxemburg und Spanien sind die Benzinpreise nach einem gestern vom Bundespresseamt veröffentlichten Vergleich noch niedriger. Wesentlich mehr kostete der Sprit in Italien. In dem beliebten Urlaubsland nahmen die Zapfstellen 185,1 Pfennig pro Liter. In Irland kostete das Superbenzin 178,5, in Dänemark 147,9 und in Frankreich 145 Pfennig.

BAUGESETZBUCH

Industrie: Verabschiedung ist dringend erforderlich

HH. Bonn

Der Bundesverband der Deutschen *Industrie (BDI) hält die* Verabschiedung des Regierungsentwurfs für ein Baugesetzbuch noch in dieser Legis*latur für „dringend erforderlich"*. Wie der BDI auf einer Sachverständigenanfrage vor dem zuständigen Bundestagsausschuß weiter erklärte, könnten die Standortprobleme vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen durch die geplanten Regelungen „spürbar verringert werden".

Schon 1979 habe der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, Problemlösungen für betriebliche Investitionen in Gebieten mit einem engen Nebeneinander von Gewerbe und Wohnen zu erstellen. Untersuchungen hätten gezeigt, daß das geltende Baurecht nachgebessert werden müsse. Der Regierungsentwurf erfülle zwar kaum die weitgesteckten Erwartungen und Ansprüche, die auch die Industrie in die Novellierungsarbeiten gesetzt habe. Allerdings sei der Entwurf „eine akzeptable Kompromißlösung", wenn man die vielfältigen Belange und Aufgaben bedenke, die das Städtebaurecht zu berücksichtigen habe. Zudem *trage er zur Rechts- und Verwaltungs*vereinfachung bei.

Kritisch äußerte sich der BDI zur geplanten Aufweichung der Bundeskompetenz in wichtigen Fragen. Nachdrücklich unterstützt der Verband dagegen den Versuch der Bundesregierung, Fehlinterpretationen durch entsprechende Klarstellungen künftig auszuschließen. Das Baurecht sei nicht dazu bestimmt, bundesrechtliche Umweltschutzbestimmungen zu unterlaufen oder Aufgaben des Anlagengenehmigungsverfahrens an sich zu ziehen.

KONJUNKTUR

Unternehmen erwarten reales Wachstum von 4,8 Prozent

Bm. Essen

Die Zuversicht, mit der die deutsche Industrie ihre Geschäftsaussichten beurteilt, ist in den letzten Wochen weiter gewachsen. Wie aus der jüngsten Umfrage der *Mietfinanz* GmbH, Mülheim-Ruhr (Stichtag: 14. April) bei 13 Industriezweigen hervorgeht, erwartet die Industrie jetzt für 1986 ein reales Wachstum ihrer Umsätze von 4,8 Prozent.

Wenn auch die Investitionspläne nach wie vor ein kräftiges Wachstum der eingesetzten Mittel vorsehen, so sind die Geschäftserwartungen seit Jahresbeginn von Branche zu Branche differenzierter geworden. Deutlich günstiger schätzen ihre Geschäfte die Automobilindustrie sowie Feinmechanik und Optik ein. Leicht gedämpft sind dagegen die Erwartungen in den Schlüsselbranchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Chemie. Diese stark vom Export lebenden Branchen sind offensichtlich vom Kursverfall des Dollar gegenüber *1985* verunsichert. *Eine Drosselung* des Exportgeschäftes oder doch Ertragseinbußen im Wettbewerb mit amerikanischen Konkurrenten werden nicht ausgeschlossen.

Demgegenüber, so die Mietfinanz, werden die jüngsten Korrekturen im Europäischen Währungssystem in allen Branchen gelassen beurteilt. Von der Bauwirtschaft und dem Steinkohlebergbau abgesehen rechnet das Gros der Branchen mit einem weiteren stetigen und gesunden Wachstum auch über 1986 hinaus.

Im Durchschnitt der 13 Branchen ist für 1986 eine Erhöhung der Investitionen um real 5,9 Prozent geplant. Die elektronische Datenverarbeitung, Feinmechanik und Optik, Maschinenbau und Elektroindustrie haben Zuwachsraten zwischen 10 und 14 Prozent vorgesehen.

INTERSTOFF / Auf dem Frankfurter Messegelände beginnt heute der Sommer

Die Produzenten sind zuversichtlich

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Auf Frankfurts Messegelände steht – auch trotz der derzeitigen frostigen Witterung – der Sommer bevor: Vom 15. bis 17. April zeigen wieder mehr als tausend Aussteller aus 38 Ländern die neuesten Trends in der Stoffmode für den Sommer 1987. Vor Messebeginn tragen die Stoffproduzenten fast unisono Optimismus zur Schau. Die ersten Einzelpräsentationen in den Unternehmen sind nämlich durchaus erfolgversprechend verlaufen.

Die Mode wird als *„verbrauchernah"* eingeschätzt; der Export läuft nach wie vor gut. Dabei hilft der Branche, daß sie nur zu einem kleinen Teil beim Absatz von der Dollarkurs-Entwicklung abhängt. Die Lieferungen an das Ausland gehen zum größten Teil in EG- und Efta-Länder. *Auf der anderen Seite dämpft ein tendenziell* sinkender Dollarkurs den Rohstoffpreisauftrieb, der im vergangenen Jahr teilweise sehr zu schaffen machte.

In den einzelnen Textilzweigen hat *es im vergangenen Jahr aber* eindeutig divergierende Entwicklungen gegeben. So konnten die Maschenstoff-*Hersteller ihren Umsatz gerade halten.* Sie haben in den letzten Jahren Terrain beim Inlandsabsatz vor allem dadurch verloren, daß die Fertigwareneinfuhren aus Maschenstoffen in die Bundesrepublik kräftig zulegten; hier preislich mitzuhalten fällt den in diesem Bereich noch nicht völlig durchrationalisierten deutschen Anbietern schwer. Erfolge verbuchen sie freilich im hochmodischen Bereich.

Recht positiv entwickelte sich bereits im vergangenen das Geschäft der deutschen Baumwollweber, deutlicher fiel das Plus mit knapp 22 Prozent auf 1,45 Milliarden Mark Umsatz *für die Tuch- und Kleiderstoffindu*strie aus. Bei ihnen signalisiert der Auftragsfluß der ersten Monate dieses Jahres bisher eindeutig ein Anhalten dieses Trends.

Den kräftigsten Sprung melden die deutschen Stoffdrucker: Sie stellten im vergangenen Jahr 40 Prozent mehr Druckstoffe für Bekleidung her als *im Jahr zuvor. Da gleichzeitig* die Nachfrage nach bedruckten Stoffen für Heim und Haus relativ gering blieb, addiert sich der Produktionszuwachs für die Stoffdrucker insgesamt nur auf 22 Prozent. Immerhin: Ähnlich hohe Steigerungsraten hat es in der Branche seit Jahren nicht gegeben. Mehr als 60 Prozent der Produktion gehen in den Export.

Mit der positiven Entwicklung, die im vergangenen Jahr den Umsatz der deutschen Textilindustrie um fünf Prozent auf knapp 37 Milliarden Mark expandieren ließ, ist die Branche der Entwicklung in der Bekleidungsindustrie *davongelaufen*. Sie spürt noch keine echte Belebung und hofft auf eine bessere Konsumkonjunktur.

RUHRGEBIET – NIEDERRHEIN

Höhere Binnennachfrage entlastet auch Arbeitsmarkt

HANS BAUMANN, **Duisburg**

Der konjunkturelle Aufschwung im westlichen Ruhrgebiet und am Niederrhein ist nicht mehr ausschließlich auf den Export zurückzuführen. Jetzt greift auch deutlich die Binnennachfrage mit einem besonderen Schwerpunkt bei den betrieblichen Investitionen. Das teilte die Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve bei der Vorlage ihres Jahresberichts 1985 mit. Die Region nehme voll am gesamtwirtschaftlichen Aufschwung teil.

Die Industrie am Niederrhein und im westlichen Ruhrgebiet hat 1985 mit 31,1 Mrd. Mark Umsatz ein bisher nicht erreichtes Ergebnis erzielt. Die günstige *konjunkturelle* Entwicklung zeige jetzt auch Wirkung im Bereich der Beschäftigung und führe zu einer deutlichen Entspannung des Arbeitsmarktes. Zum erstenmal seit 1979 sei die Zahl der Arbeitslosen im Berichtsjahr wieder leicht zurückgegangen; es gebe mehr Stellenangebote und weniger Kurzarbeit, sagte der Hauptgeschäftsführer der Kammer, Theodor Pieper, vor der Presse. Der jahrelange Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie sei gestoppt. Pieper: „Diese Fakten beweisen, wie töricht die These von einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist."

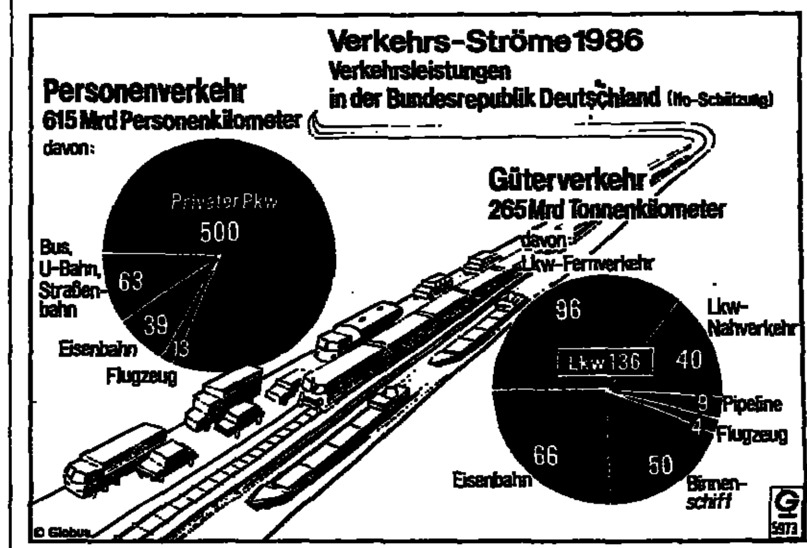
Ebenso töricht wäre es aber auch, so Pieper, die in Teilbereichen weiter *bestehenden strukturellen Schwächen*, die nach wie vor in einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kämen, zu übersehen. Schonungslos würden diese ungelösten Strukturprobleme wieder hervortreten, wenn der Aufschwung wieder abflache. Ziel müsse daher die weitere Stärkung der Investitionsfähigkeit der Wirtschaft sein, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Die Politik sei aufgerufen, hierfür die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Rückschläge für eine solche Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft bringt nach Pieper die „bedauerliche Kehrtwendung der Landesregierung in der Landesplanung". Durch die Entscheidung, den Orsoyer Rheinbogen und weitere Flächen, insgesamt 25 000 Hektar, wirtschaftlicher Nutzung zu entziehen, verliere die Region entlang der Rheinschiene von Duisburg bis zur niederländischen Grenze ein wesentliches Standortpotential.

Die Sicherung des Standortfaktors *„günstige Energieversorgung"* sei für Nordrhein-Westfalen und insbesondere für das Ruhrgebiet entscheidend, um die Investitionshemmnisse weiter abzubauen. Die Regierung des Landes müsse auf eine bessere Mischung des Energieangebots hinwirken, wozu auch die Kernenergie gehöre.

Erhebliche Einschränkungen für die Wirtschaft bringen nach Pieper auch *die jüngsten umweltpolitischen* Entscheidungen aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz und aus der *Technischen Anleitung Luft*, die in ihrer wirklichen Tragweite noch gar nicht abzuschätzen seien.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das Auto beherrscht eindeutig die Verkehrs-Szenerie in der Bundesrepublik Deutschland. Über vier Fünftel des gesamten Personenverkehrs werden 1986 nach Schätzungen des Münchner Ifo-Instituts mit dem Pkw bewältigt. Für die öffentlichen Verkehrsmittel – also Bahn, Bus, U-Bahn und Straßenbahn – bleibt nur ein knappes Fünftel. Beim Güterverkehr erbringt der Lkw gut die Hälfte der gesamten Transportleistung. An zweiter Stelle steht die Bahn mit einem Anteil von rund einem Viertel am Güterverkehr. *QUELLE: GLOBUS*

Feldmühle-Aktien werden noch im April angeboten

Frankfurt (cd.) – Die Aktien der aus dem industriellen Kernbereich des Flick-Konzerns gebildeten Holding Feldmühle-Nobel AG (Grundkapital 350 Mill. DM) sollen in der letzten Aprilwoche vor allem deutschen Anlegern, aber auch ausländischen Interessenten, zur Zeichnung angeboten werden. Die *Plazierungsmodalitäten* und den Emissionspreis wird die Deutsche Bank am 21. April bekanntgeben. In Börsenkreisen rechnet man mit einem Emissionskurs von *260 bis 310 Mark je Aktie*. Die Ankündigung dieses letzten Schritts der Flick-Transaktion nahm Vorstandssprecher Christians zum Anlaß, sich gegen diskriminierende Äußerungen im Zusammenhang mit dieser *Plazierung* und der Börseneinführung des Springer-Verlages zu wehren.

Kritik an der Bahn

Bremen (ww) – Heftige Kritik hat der Präses der Handelskammer Bremen Friedo Berninghausen an den Plänen der Deutschen Bundesbahn geübt zusammen mit den belgischen und niederländischen Eisenbahnen über ihre Tochtergesellschaften Transfracht und Intercontainer eine gemeinsame Gesellschaft zu gründen. Im Ergebnis will die Bahn nach den Worten von Berninghausen aus dem westlichen und südwestlichen Raum der Bundesrepublik billiger nach Rotterdam und Antwerpen fahren als zu den deutschen und speziell zu den bremischen Häfen.

Galen pünktlich erschienen

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Bankier Ferdinand Graf von Galen (50) ist gestern pünktlich zum Prozeß um den Fast-Zusammenbruch der Frankfurter Bank Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH-Bank) vor dem Landgericht Frankfurt erschienen. Er war Mitte März gegen eine Kaution von zehn *Millionen DM* und zusätzliche Auflagen von der Untersuchungshaft verschont worden.

Bei Strom an der Spitze

Frankfurt (dpa) – Die Bundesrepublik Deutschland lag mit einem Stromverbrauch von 383 Mrd. Kilowattstunden 1985 in der EG an der Spitze vor Frankreich (303 Mrd.) und Großbritannien (275 Mrd.). Der Zuwachs von drei Prozent war jedoch unter dem EG-Durchschnitt von 4,2 Prozent. Dies teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) gestern in Frankfurt mit. Die stärksten Zunahmen verzeichneten Frankreich mit 7,3 und Dänemark mit sechs Prozent.

Managerversicherung

Düsseldorf (Py.) – Das Bundesaufsichtsamt *für* das Versicherungswesen hat der erst seit wenigen Jahren in Düsseldorf ansässigen deutschen Niederlassung der amerikanischen Federal Insurance Comp. (Prämien-Volumen 1984: 15 Mill. DM) eine neue Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Unternehmensleiter genehmigt. Die Versicherung soll eintreten, wenn durch einen Verstoß bei der Leitung des Unternehmens Dritten ein Vermögensschaden zugefügt wird.

KfW-Kredite billiger

Frankfurt (cd.) – *Die Kreditanstalt* für Wiederaufbau (KfW) senkt die Zinsen für neue Bestellerkredite aus ihrem *ERP-Exportfinanzierungsprogramm* von 7,01 auf 6,77 Prozent bei Auftragswerten bis zu rd. 105 Mill. DM *und von 7,87 auf 7,62 Prozent bei Auftragswerten* über rd. 105 Mill. DM.

Interventionssatz gesenkt

Paris (AFP) – Die Französische Staatsbank wird ab heute ihren Interventionssatz von 8,25 Prozent um einen halben Punkt auf 7,75 Prozent reduzieren. Dies wurde gestern in Paris bekanntgegeben. Um einen überhöhten Geldmengenzuwachs und eine Zunahme der Teuerung zu vermeiden, wurde gleichzeitig beschlossen, die von den Banken bei der Staatsbank zu hinterlegenden *obligatorischen* Reserven anzuheben.

Dollar etwas fester

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Dollarkurs ist *gestern leicht* gestiegen. Der amtliche Mittelkurs der US-Devise wurde in Frankfurt mit 2,3135 DM nach 2,3050 DM am Freitag fixiert. Die Deutsche Bundesbank griff offiziell nicht in die Kursfindung ein. Das Pfund Sterling stieg auf 3,4180 (3,4060) DM. Der Schweizer Franken und der Yen *notierten mit 119,68* (119,32) DM und mit 1,2935 (1,2925) DM etwas fester.

Salomon wird achtzig Jahre alt

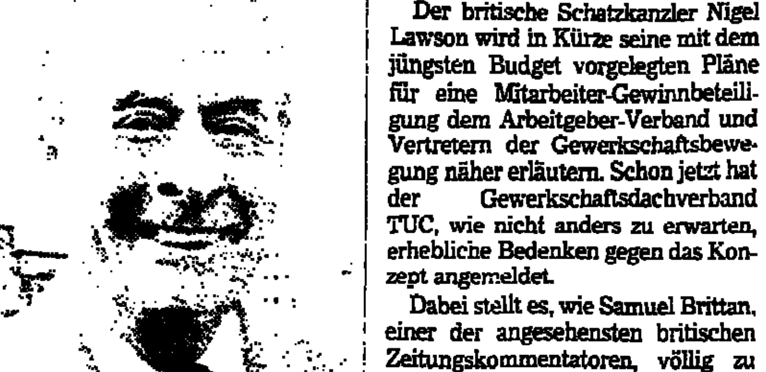


FOTO: TOPIX

Sir Walter Salomon, eine weit über die Londoner City und Großbritannien hinaus bekannte und geschätzte Persönlichkeit, wird morgen 80 Jahre alt. Zeit seines Lebens war Sir Walter, der 1982 in den Adelsstand erhoben wurde, intensiv dem Bankgeschäft verbunden.

Bis immerhin noch 1983 war er Vorsitzender des Verwaltungsrats der von ihm 1950 übernommenen Londoner Merchant Bank Rea Brothers. 1960 wandelte er die kleine, aber feine Privatbank in eine Publikumsgesellschaft um. Seinen internationalen Namen machte sich Sir Walter allerdings mit zwei Büchern. 1973 erschien „One Man's View", im Herbst 1983 stellte er in Anwesenheit von Premierministerin Margaret Thatcher sein jüngstes Werk „Fair Warning" vor.

In beiden Büchern führt der in Deutschland geborene und aufgewachsene Londoner Bankier seinen Kreuzzug gegen die „unmoralische, politisch gefährliche und letztlich ins Chaos führende Inflation" sowie alle Eingriffe, die gegen die freiheitliche Gesellschaft gerichtet sind. „Großbritannien braucht mehr Männer wie Sir Walter", hatte die Premierministerin bei der Vorstellung seines zweiten Buches bewundernd geäußert.

Sir Walter Salomon wurde am 16. April 1906 in Hamburg geboren. Der Sproß einer alten Hamburger Bankiersfamilie verließ das Hitler-Deutschland 1937 und wurde britischer Staatsbürger. (fu)

GROSSBRITANNIEN / Lawsons Modell zur Mitarbeiter-Gewinnbeteiligung soll Beschäftigungslage verbessern

Lohnstrukturen sind Achillesferse der Wirtschaft

WILHELM FURLER, London

Der britische Schatzkanzler Nigel Lawson wird in Kürze seine mit dem jüngsten Budget vorgelegten Pläne für eine Mitarbeiter-Gewinnbeteiligung dem Arbeitgeber-Verband und Vertretern der Gewerkschaftsbewegung näher erläutern. Schon jetzt hat der Gewerkschaftsdachverband TUC, wie nicht anders zu erwarten, erhebliche Bedenken gegen das Konzept angemeldet.

Dabei stellt es, wie Samuel Brittan, einer der angesehensten britischen Zeitungskommentatoren, völlig zu Recht betont, des Schatzkanzlers größte Chance dar, sich mit einer erfolgreichen Einführung „einen Platz in der Geschichte" zu verdienen, wenngleich seine Initiative für eine wirtschaftsweite Arbeitnehmer-Gewinnbeteiligung in der britischen Öffentlichkeit bislang kaum ein Echo gefunden hat.

Dies liegt einerseits daran, daß das Ausmaß der positiven Auswirkungen einer so elementaren Veränderung der Vergütungsstruktur, wie sie bislang eigentlich nur in Japan existiert, unterschätzt wird. Zum anderen wird einmal mehr deutlich, daß die Briten kreativen Strukturänderungen, insbesondere wenn sie das Beschäftigungsverhältnis betreffen, meist mit großer Skepsis begegnen.

Lawson begründet seine Initiative mit der Erkenntnis, daß die gegenwärtige Lohn- und Gehaltsstruktur die eigentliche Achillesferse der britischen Wirtschaft sei; dies gelte sowohl für den eingebauten unflexiblen Mechanismus überzogener Forderungen und Zugeständnisse als auch für die Härte in Form von Entlassungen, sobald Marktschwierigkeiten auftreten. „Wenn das einzig flexible Element die Beschäftigtenzahl ist, dann sind Entlassungen zwangsläufig eher wahrscheinlich", betonte der Schatzkanzler in seiner Budget-Rede.

Ein Ausweg sei die Entwicklung eines Systems, in welchem ein erheblicher Teil der Mitarbeiter-Vergütung direkt vom Unternehmensgewinn je Beschäftigtem abhängt. Dies hätte ein wachsendes Interesse und einen direkten Anteil der Belegschaft am Erfolg ihres Unternehmens zur Folge. Außerdem stünden die Unternehmen weit weniger unter dem Zwang, während einer negativen Konjunkturphase Mitarbeiter zu entlassen, da eine Flaute durch geringere oder gar keine Gewinnausschüttungen weit besser durchgestanden werden kann.

Wie könnte eine solche Gewinnbeteiligung aussehen? Angenommen, ein Mitarbeiter verdient heute 30 000 Mark pro Jahr einschließlich zusätzlicher Nebenleistungen, dann würde bei einer Gewinnbeteiligung die fixe und weiterhin über Tarifverhandlungen festgelegte Lohnzahlung möglicherweise bei 24 500 DM liegen; zusätzliche 5500 DM würden als gewinnabhängige Bonuszahlung geleistet. Wie hoch der Anteil des gewinnabhängigen Elements am Lohn oder Gehalt sein wird, ist noch offen und wird wohl von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich sein.

Jedoch glauben Experten, daß ein Anteil deutlich unter zehn Prozent kaum Anreize schaffen würde. Andererseits käme ein Anteil von über 25 Prozent kaum in Frage, da die Kosten für die Staatskasse zu hoch würden. Denn Lawson ist entschlossen, dem Gewinnbeteiligungskonzept mit zusätzlichen Steueranreizen auf die Sprünge zu helfen. Offenbar denkt er an einen bis zu 50prozentigen Nachlaß bei der Besteuerung des gewinnabhängigen Anteils.

Dieser Steueranreiz ist schon deshalb angebracht, weil die Gewinnbeteiligung ja nicht nur die Chance bringt, von steigenden Gewinnen zu profitieren. Die Gewinnbeteiligung birgt ebenso das Risiko, in schlechten Zeiten niedrigere Vergütungen nach Hause zu tragen. Um Mitarbeiter zu ermutigen, dieses Risiko auf sich zu nehmen, sind Griffe in den Staatssäckel zumindest während der ersten Jahre nicht zu umgehen.

Doch dies wäre eine Staatsinvestition, die sich vielfach auszahlen dürfte. Zum einen ist das Potential einer sich durchsetzenden Gewinnbeteiligung für Arbeitnehmer gerade für die britische Wirtschaft mit ihrer traditionell schlechten Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung und ihrer mit Arbeitskämpfen gepflasterten Vergangenheit nicht zu unterschätzen. Zum anderen läßt sich schon jetzt der positive Einfluß auf ein höheres Aktivitätsniveau und eine verbesserte Beschäftigungslage absehen.

FORTUNE-LISTE / Ölfirmen waren 1985 die Verlierer

Gewinne deutlich niedriger

H.-A. SIEBERT, Washington

Für die 500 größten US-Industriefirmen, die in der Fortune-Liste zusammengefaßt sind, hat das vergangene Jahr insgesamt enttäuschende Ergebnisse gebracht. Die gebremste Inlandskonjunktur, der nach wie vor überbewertete Dollar und der schärfere internationale Wettbewerb reduzierten das Umsatzplus, verglichen mit 1984, von 4,27 auf 2,75 Prozent oder von 1758,7 auf 1807,1 Mrd. Dollar. Der Zuwachs blieb unter der Inflationsrate (3,6 Prozent).

Die Reingewinne, die im Vorjahr um 24,9 Prozent auf 85,9 Mrd. Dollar gestiegen waren, sanken 1985 um 19,1 Prozent auf 69,6 Mrd. Dollar. Die Umsatzrendite schrumpfte von 4,4 auf 3,9 Prozent, während die Aktiva von 1414,3 auf 1519,5 Mrd. Dollar zunahmen. Andererseits fiel die Zahl der Mitarbeiter von 14,2 auf 14 Millionen. Verluste erwirtschafteten 70 (1984: 37) Unternehmen – ein Rekord, 332 (429) erhöhten die Umsätze und 242 (376) ihre Gewinne.

Blickt man weiter zurück, dann hat die Reagan-Ära den amerikanischen Firmen relativ magere Jahre beschert. Seit dem Hoch, das vor Ausbruch der Rezession 1981 erreicht wurde, wuchsen die Umsätze nur um zwei Prozent, während die Gewinne um 17,4 Prozent fielen. Wegen der Fusionen, Kostensenkungen und der Produktionsverlagerung ins Ausland nahm seit 1979 auch die Beschäftigung ab. Erheblich beschleunigt hat sich die Umstrukturierung: 173 Firmen kauften in großem Umfang eigene Aktien zurück; 14, darunter Allied, Reynolds Industries und Philip Morris, erwarben Unternehmen aus dem Kreis der „500" – beispielsweise Cluett Peabody, General Foods, Nabisco, Searle und Signal.

Sogenannte Leveraged Buyouts, bei denen Aktiva verpfändet werden, gaben elf Konzernen ein anderes Gesicht. Zu ihnen gehörten Beatrice, Kaiser Aluminium, Levi Strauss, Revlon und Uniroyal. Laut Salomon Brothers erhöhte sich die Zahl der Umstrukturierungen gegenüber 1984 um 169 Prozent auf 498, ihr Wert um 54 Prozent auf 191,4 Mrd. Dollar, was den zusammengefaßten Aktiva von General Motors, Exxon, Mobil und ITT entspricht. Fortune begründet das Fusionsfieber mit den „geringen Anreizen, in neue Werke zu investieren". Viele Käufer seien jetzt überschuldet, was in Krisenzeiten Probleme aufwerfen könnte.

Die höchsten Umsatz- und Gewinnsteigerungen erzielten im vergangenen Jahr die Hersteller von Möbeln, Spielzeug und Sportartikeln. Wie die Tabelle zeigt, wurde „Big Oil" am ärgsten gebeutelt. IBM, deren Nettogewinn leicht schrumpfte, hat die Einbrüche im Computergeschäft am besten verkraftet. Der Rest der Branche enttäuschte wie auch die Bereiche Metallverarbeitung, Transportgeräte, Textilien und der Bergbau.

Eine Wende bei Computern sagt die Wall Street für 1986 voraus.

Die 30 größten US-Industriekonzerne

Rang '85	Rang '84	(Mill. Dollar)	Umsatz	± %	Netto-gewinn	Umsatz-rendite %
1	2	General Motors	96 372	+ 14,9	3999	4,1
2	1	Exxon	86 673	– 4,6	4870	5,6
3	3	Mobil	55 960	– 0,2	1040	1,9
4	4	Ford Motor	52 774	+ 0,8	2515	4,8
5	6	IBM	50 056	+ 9,0	6555	13,1
6	5	Texaco	46 297	– 2,2	1233	2,7
7	11	Chevron	41 741	+ 55,8	1547	3,7
8	8	A.T.&T.	34 910	+ 5,2	1567	4,5
9	7	Du Pont	29 483	– 17,9	1118	3,8
10	9	General Electric	28 285	+ 1,2	2336	8,3
11	10	Amoco	27 215	+ 1,0	1953	7,2
12	12	Atl. Richfield	22 357	– 9,4	(202)	–
13	14	Chrysler	21 256	+ 8,6	1635	7,7
14	13	Shell Oil	20 309	+ 1,9	1650	8,1
15	15	U.S. Steel	18 429	+ 0,8	409	2,2
16	16	United Technologies	15 749	– 3,6	313	2,0
17	17	Phillips Petroleum	15 676	+ 0,9	418	2,7
18	19	Tenneco	15 400	+ 4,1	172	1,1
19	18	Occidental Petrol.	14 534	– 5,5	696	4,8
20	20	Sun	13 769	– 4,8	527	3,8
21	29	Boeing	13 636	+ 31,8	566	4,2
22	22	Procter & Gamble	13 552	+ 4,7	635	4,7
23	23	Reynolds Industries	13 533	+ 13,7	1001	7,4
24	24	Standard Oil	13 002	+ 11,2	308	2,4
25	21	ITT	12 714	– 9,2	294	2,3
26	36	Beatrice	12 595	+ 35,0	479	3,8
27	32	Philip Morris	12 149	+ 19,8	1255	10,3
28	25	Dow Chemical	11 537	+ 1,0	58	0,5
29	34	McDonnell Douglas	11 478	+ 18,7	346	3,0
30	37	Rockwell Intern.	11 338	+ 21,6	595	5,2

Verlust in Klammern

DÄNEMARK / Leistungsbilanz-Defizit problematisch

Weiter auf Wachstumspfad

dpa/VWD, Paris

Dänemark ist weiter auf dem Wachstumspfad. Wie die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Länderbericht schreibt, ist das dänische Bruttosozialprodukt seit 1982 jährlich um real drei Prozent gestiegen. Die Inlandsnachfrage habe sich lebhaft entwickelt, stärkstes Wachstumselement sei dabei die Investitionstätigkeit der Unternehmen gewesen.

Nach den OECD-Angaben hat sich außerdem die staatliche Finanzsituation entscheidend verbessert. Die Zahl der Arbeitslosen sei beständig zurückgegangen, während sich die Preisstabilisierung fortgesetzt habe.

Einziger „dunkler Punkt" in der günstigen Wirtschaftsentwicklung ist nach OECD-Ansicht die stetige Leistungsbilanz-Verschlechterung. Das Defizit sei 1985 auf die Rekordhöhe von 28 Mrd. Kronen (7,8 Mrd. DM) und damit auf einen Anteil von 4,6 Prozent des Bruttosozialprodukts gestiegen. Vorrangiges Ziel müsse in den nächsten zwei Jahren die Verbesserung der Leistungsbilanz sein. Deshalb werde die Wirtschaft 1986 und 1987 mäßiger wachsen.

Die Experten unterstreichen, daß sich die dänische Regierung bereits um einen Abbau der Außendefizite bemüht und sie in einigen Jahren gänzlich beseitigen will. Um schneller voranzukommen sei unter anderem ein wirksamer und rapider Ressourcentransfer in den dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Sektoren notwendig.

NIEDERLANDE / Bierkonzern blickt nach Deutschland

Heineken auf der Lauer

htz. Amsterdam

Der Amsterdamer Bier- und Getränkekonzern Heinecken beabsichtigt, sich auf dem deutschen Markt zu engagieren. „Wir warten zunächst noch ab", so Vorstandsmitglied G. van Schaik auf der diesjährigen Bilanzpressekonferenz, „ob das Reinheitsgebot noch in diesem Jahr fällt. Aber wir können auch Bier brauen, das dem deutschen Reinheitsgebot entspricht."

Man werde jedoch den Sturm auf den deutschen Biermarkt nach dem Fall des Reinheitsgebotes – in Amsterdam hält man ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofes noch in diesem Jahr offensichtlich für sehr wahrscheinlich – zunächst vorüberziehen lassen, dann aber „am Ball" sein. „Wir haben noch keine geeignete Lösung für den landesweiten Vertrieb in der Bundesrepublik", so der Vorstandssprecher weiter. Es scheint also so, als läge der größte holländische Bierbrauer bereits auf der Lauer für ein Engagement in der Bundesrepublik.

Insgesamt zeigte sich die Geschäftsführung über das Jahresergebnis zufrieden, obwohl einige Wolken am Bierhimmel zu sehen sind. So fordere die Umstrukturierung in Spanien (Heinecken-Marktanteil 19,3 Prozent) und Frankreich (25 Prozent) 1986 Investitionen in Höhe von mindestens 550 Mill. DM. Der Umsatz des Konzerns stieg im vergangenen Geschäftsjahr um 4,4 Prozent auf 6,402 Mrd. Gulden (rund 5,8 Mrd. DM). Der Gewinn erhöhte sich um 10,3 Pozent auf 454 Mill. Gulden.

Britische Bank wird verkauft

fu. London

Die Bank von England wird Johnson Matthey Bankers (JMB), die ehemalige Tochterbank des Londoner Edelmetall-Konzerns Johnson Matthey, an das größte australische Bankinstitut Westpac verkaufen. JMB war vor eineinhalb Jahren wegen uneinbringbarer Forderungen gegenüber fernöstlichen Kreditnehmern zusammengebrochen. Um die Bank vor dem völligen Untergang zu retten, hatte die Bank von England JMB zum Buchwert von einem Pfund übernommen, mußte aber rund 100 Mill. Pfund (340 Mill. DM) einschießen, damit die Bankgeschäfte fortgeführt werden konnten.

An der Rettungsaktion beteiligten sich auch rund 20 britische Banken. Es wird geschätzt, daß die Notenbank über die Kapitalspritze von 100 Mill. Pfund hinaus weitere 25 Mill. Pfund beisteuern mußte. Der von Westpac zu zahlende Kaufpreis wird auf 6,75 Mill. Pfund veranschlagt.

ITALIEN / Ansiedlung von Technologieparks als Ersatz für stillgelegte Industrien

Mailand und Turin kämpfen um die Spitze

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nach dem Vorbild der britischen Science-Parks und der US-Tecnocities entsteht in Italien gegenwärtig eine Reihe von Hochtechnologie-Agglomeraten mit dem Ziel, wissenschaftliche Institute und Industrieunternehmen im Verbund eng zu verzahnen. Bahnbrecher auf diesem Weg ist das schon im vergangenen Jahr von der Agnelli-Stiftung in Turin aus der Taufe gehobene Projekt „Tecno-City". Mittelpunkte dieses Hochtechnologie-Areals sind die zu den Konzernen Fiat (Turin) und Olivetti (Ivrea) gehörenden Unternehmen und Forschungsstätten.

In der Region Piemont, der Heimstätte dieses Areals, ist die Erfindungsdichte (EG-Patente je Million Einwohner) mit 14,7 (1984) höher als die der Lombardei (10,3), wobei die Provinz Turin in der neben Fiat noch zahlreiche andere Hochtechnologie-Firmen ihren Sitz haben mit 22,1 vor der Provinz Mailand mit 17,2 in Italien weit an der Spitze steht. Der italienische Durchschnitt dieser „Erfindungsdichte" belief sich dagegen nur auf 3,3.

Das Beispiel der Region Piemont und seiner Regional-Hauptstadt Turin vor Augen wollen jetzt auch die Lombardei und Mailand ein High-Tech-Zentrum aufbauen. Mittel- und Ausgangspunkt des Milan High Tec and Innovationfield (MIF) ist das von dem Gummikonzern Pirelli als Produktionsstätte aufgegebene Areal von Bicocca.

Darüber hinaus will die Stadtverwaltung von Mailand zusammen mit den örtlichen Industrieunternehmen auch andere ehemalige Industrieareale heranziehen, die durch die Umstrukturierung und Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen jetzt nach und nach frei werden.

Dazu gehören Fabrikgrundstücke wie in dem Mailänder Vorort von Sesto San Giovanni, der während der Streik- und und Protestphase zwischen dem Ende der sechziger und dem Anfang der siebziger Jahre als Mailänder „Stalingrad" berühmt und berüchtigt war. So wie diese Trutzburg des italienischen Arbeiterprotestes in den letzten 20 Jahren 47 Prozent ihrer Industriebeschäftigung einbüßte, stehen auch andere Industriestandorte Italiens vor der Notwendigkeit zukunftweisend Ersatz und Ergänzung zu schaffen.

Science-Park-Projekte haben bereits Verona (Bio-Technologien), Padua (Elektronik) und Venedig (Umweltschutz). Pläne in ähnlicher Richtung hegt darüber hinaus Genua, wo die Krise der Stahl- und Werftindustrie Platz für High-Tech-Initiativen schafft. Konkret sind hier die Projekte darauf gerichtet nach dem Vorbild dem kalifornischen Silicon-Valley die Hersteller von elektronischer Hard- und Software zu konzentrieren.

Japaner erwarten stärkeren Yen

dpa/VWD, Tokio

Der Yen wird nach einer gemeinsamen Prognose der führenden japanischen Wirtschaftsforscher in den nächsten drei Jahren seine jüngsten Kursgewinne gegenüber dem Dollar verteidigen. Neun der zehn Konjunkturinstitute und Forschungsabteilungen von Banken rechnen sogar mit einem weiteren Kursanstieg von jetzt 180 auf 170 bis 150 Yen je Dollar.

Die Wirtschaftswissenschaftler begründen ihre Prognose mit dem (erwarteten) Rückgang der Zinssätze in den USA, der zunehmenden Verwendung des Yens als internationaler Reserve- und Verkehrswährung sowie dem erwarteten Anhalten des japanischen Außenhandelsüberschusses. Trotz der Dollarschwäche werde Japan seine Exportoffensive fortsetzen können, da die Produktivität seiner Wirtschaft schneller steige als die der USA. Außerdem würden die japanischen Einfuhren wegen der Ölpreisschwäche tendenziell fallen.

NAMEN

Dr. Benno Weimann, Vorstandsvorsitzender der Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, wird heute 60 Jahre.

Karl Birkhold, Mitglied des Vorstands der Paul Hartmann AG, Heidenheim, und verantwortlich für den Zentralbereich Vertrieb, vollendet am 17. April das 65. Lebensjahr.

Georg Barth (42) ist bei der Stein Promotions Frankfurt-Düsseldorf als Geschäftsführer und Mitinhaber nach 14jähriger Tätigkeit aus persönlichen Gründen ausgeschieden. Seit dem 1. April 1986 ist er einer der leitenden Berater der Stein Unternehmensberatung GmbH, Frankfurt, einer Tochtergesellschaft der Firma Berndtson International Management Consulting.

Heinz Bierbrauer (67), Mitglied der Geschäftsführung der Firmengruppe Bierbrauer + Nagel, Stuttgart, legt am 30. April sein Amt nieder und übernimmt den Vorsitz des Verwaltungsrats der Holding Bierbrauer + Nagel KG.

ANGERMANN / Belebung auf dem Firmenmarkt

Nur begrenztes Angebot

JAN BRECH, Hamburg

Die Belebungstendenzen auf dem Unternehmensmarkt haben sich weiter verstärkt. *Hintergrund für das Interesse* am Erwerb von deutschen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen bilden nach Angaben der Hamburger Angermann-Gruppe überdurchschnittlich gute Kapazitätsauslastungen, die zusammen mit den günstigen Wechselkursrelationen zu einer überproportionalen Gewinnsteigerung geführt haben. Der steigenden Nachfrage steht jedoch nur ein begrenztes Angebot an attraktiven Akquisitionsmöglichkeiten gegenüber, *heißt es bei Angermann*. Verkaufsbereite Unternehmen hätten daher heute die Chance, hohe Verkaufspreise durchzusetzen.

Die Sparte Unternehmensverkauf, die innerhalb der Angermann-Gruppe den Schwerpunkt der Aktivitäten darstellt, verfügt gegenwärtig über einen festen Bestand an zu verkaufenden Unternehmen im Wert von 250 Mill. DM. Dem stehen Suchaufträge im Wert von 290 Mill. DM gegenüber. Auftraggeber sind vor allem *große, kapitalstarke Unternehmen* der Baubranche, die nach Möglichkeiten der Bestandssicherung durch Diversifikation suchen.

Neben den Unternehmensverkäufen entwickelt sich bei Angermann das Beratungsgeschäft positiv. Das *Jahr 1985* habe ein Umsatzplus von 30 Prozent gebracht, wobei die Schwerpunkte der Tätigkeit Unternehmensbewertung, Sanierungs- sowie *Immobilienverwertungskonzepte* sind. Den gesamten Honorarumsatz gibt Angermann mit 13 bis 15 Mill. DM an.

Demgegenüber zeigen die Bereiche Industrie- und Gewerbeimmobilien *sowie gebrauchte* Maschinen und Anlagen Schwächen. Der Markt für Immobilien, den noch immer ein Überangebot kennzeichnet, ist unverändert zäh, so daß bei Angermann die Umsätze stagnierten. Zur Zeit sind der Gruppe 120 Aufträge im Wert von rund 280 Mill. DM erteilt.

Rückläufig war das Geschäft mit gebrauchten Maschinen und Anlagen. Vor allem, so wird bei Angermann betont, fehlten 1985 bei Industrieversteigerungen spektakuläre Großveranstaltungen. Die Zahl der Auktionen sei zwar auf 29 gestiegen, *die Umsätze* aber unter denen des Vorjahres zurückgeblieben. Den gesamten Objektumsatz für 1985 gibt Angermann mit 350 Mill. DM an.

DEUTSCHE BANK / Für 1986 könnte zu einer höheren Dividende noch ein Bonus kommen

„Zwölf Mark sind keine Schallmauer"

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Wohl ahnend, daß viele Aktionäre der Deutschen Bank bei einer 12,4prozentigen Steigerung des Betriebsergebnisses *(vor Steuern und* Risikovorsorge) auf rund 3 Mrd. DM *mit* einer unveränderten Dividende von 12 DM je Aktie unzufrieden sind, bemühte sich F. Wilhelm Christians, einer der beiden Vorstandssprecher, bei der Kommentierung des Abschlusses die Enttäuschung durch den Hinweis auf den Wertzuwachs der Aktie um das Anderthalbfache seit Anfang 1985 und das Bezugsrecht (Durchschnittswert 16,79 DM) zu dämpfen.

Zugleich weckte er, vorausgesetzt, die Erträge sprudeln weiter so munter, *Hoffnungen auf eine höhere* Ausschüttung im nächsten Jahr („zwölf Mark sind keine Schallmauer"), in dem auch ein Bonus aus dem bei der Verwertung des Flick-Vermögens erzielten Ertrag von mehr als 1 Mrd. DM denkbar erscheint.

Christians begründet den Verzicht auf eine Dividendenerhöhung für das gute Geschäftsjahr 1985 mit der Notwendigkeit, die Kapitalkraft des Konzerns als solides Fundament für weiteres ertragsstarkes Wachstum zu verbessern *und auch das künftige* Ausschüttungspotential so weit wie möglich abzusichern. Dabei haben die besonders risikosensiblen Deutschbankiers nicht nur die anhaltenden und letztlich auch die internationalen Banken tangierenden Gefahren an der Schuldenfront der Entwicklungsländer vor Augen sowie die noch nicht absehbaren Risiken der vielgepriesenen Finanzinnovationen; sie denken auch an die Änderung der Ertragsstruktur im Bankgeschäft, die sich im relativen Rückgang der Zinserträge abzeichnet, was nicht zuletzt *auf die „Abnabelung" großer Kunden* von den Banken als Folge des Vordringens *neuer Finanzierungsinstrumente* zurückzuführen ist.

Bei der Deutschen Bank, bei der freilich wegen des hohen Gewichts der *niedrig verzinslichen* täglich fälligen Gelder die Zinsspanne in Zeiten *sinkender Zinsen traditionell* schrumpft (1985 von 3,16 auf immer noch stolze 2,96 Prozent), wird das besonders deutlich sichtbar. Der Zinsüberschuß stieg trotz gut neunprozentiger jahresdurchschnittlicher Ausweitung des Geschäftsvolumens lediglich um 1,3 Prozent auf 4,27 Mrd. DM.

Das Dienstleistungsgeschäft brachte zwar einen um 19,4 Prozent auf 1,94 Mrd. DM erhöhten Überschuß, doch stiegen diese regulären Erträge insgesamt nur um 5,2 Prozent, während der Verwaltungsaufwand *um 7,5 Prozent zunahm, so daß* nur noch eine bescheidene Steigerung des Teilbetriebsergebnisses (siehe Tabelle) übrig blieb.

Ihr Plus im Gesamtbetriebsergebnis erwirtschaftete die AG also praktisch allein aus den um zwei Fünftel auf deutlich über 1,1 Mrd. DM gestiegenen Gewinnen aus dem Eigenhandel mit Wertpapieren, Devisen und Edelmetallen, zu dem dank des Börsenbooms besonders die Effektengewinne (plus 50 Prozent) beigetragen *haben. Für die Risikovorsorge* zweigte die Mutterbank aus dem *erwirtschafteten Ergebnis schätzungsweise* 850 Mill. DM oder ein Drittel weniger ab als im Vorjahr; der Bedarf sank nicht zuletzt wegen des Rückgangs der Auslandsforderungen als Folge der Dollarabschwächung, die das Wachstum des Geschäftsvolumens um 6,5 Mrd. DM und im Konzern um 13 Mrd. DM bremste. Endgültig abgeschrieben wurden 480 (306) Mill. DM Kredite, davon 462 Mill. DM zulasten früher gebildeter Rückstellungen.

Der Konzern, der ein Teilbetriebsergebnis von unverändert 2,88 Mrd. DM und ein Gesamtbetriebsergebnis von – *geschätzt – 4,1 Mrd. DM* (plus 8,3 Prozent) erzielt hat, stockte seine *Risikovorsorge um schätzungsweise* 1,6 (1,9) Mrd. DM auf, und zwar vorwiegend *für Engagements* in Problemländern, die auf 7,4 (7,9) Mrd. DM *beziffert wurden. Wieder mußte* die Mutter für die Eurasbank einspringen, *diesmal mit 230 Mill. DM.*

Auch in den ersten beiden Monaten 1986 hielt der günstige Ertragstrend – vor allem im Eigenhandel – an. Mit seinen umfangreichen stillen Reserven und dem um nahezu 2 Mrd. DM auf 9,7 Mrd. DM gestiegenen Eigenkapital ist der Deutsche-Bank-Konzern, dessen Geschäftsvolumen um 1,8 Prozent auf 243 Mrd. DM gestiegen ist, für weiteres Wachstum und die *Wahrnehmung aller Chancen im* Wettbewerb gut gerüstet. Der vom *Kreditwesengesetz gezogene* Expansionspielraum hat sich jetzt auf rechnerisch 13 Mrd. DM erweitert.

Die geschäftspolitische Strategie des Konzerns mit seinen 58 851 (57 873) Mitarbeitern war und ist vor allem auf den Ausbau des nationalen und internationalen Wertpapierhandels- und Emissionsgeschäfts ausgerichtet. Nach der Etablierung eigener Wertpapierhäuser in London und Tokio, welche die *Investmentbanking-Aktivitäten* in New York, Frankfurt, *Genf und Zürich* ergänzen, ist die Bank jetzt an allen Plätzen präsent, an denen sich das internationale Geschäft besonders konzentriert.

Deutsche Bank AG	1985	±%
Bilanzsumme (Mill. DM)	141 905	+ 2,9
Eigenkapital	7 745	+ 24,2
in % d. Bilanzsumme	5,5	(4,5)
Gelder von Banken	44 149	– 3,8
Gelder von Kunden	78 887	+ 4,2
Eigene Schuldverschr.	3 407	+ 33,4
Forder. an Banken	41 000	– 5,1
Kundenkredite	76 462	+ 4,1
Festverzinsl. Papiere	12 049	+ 1,5
Teilbetriebsergeb. ¹)	1 855	+ 0,8
a.o. Ergebnis ²)	– 114	(– 412)
Gewinn v. EEV-Steuern	1 969	+ 38,0
EEV-Steuern	1 307	+ 41,1
Jahresüberschuß ³)	762	+ 51,6

¹) Zins- und Provisionsüberschuß abzügl. Personal- u. Sachaufwand sowie Normalabschreibungen auf Sachanlagen. ²) Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Kredite und Wertpapiere sowie sonstige Aufwendungen abzügl. Saldo aus sonstigen a. o. Erträgen (darunter Eigenhandelsgewinne u. aufgelöste Rückstellungen). ³) 1985 incl. 100 Mill. DM Ertrag aus Auflösung stiller versteuerter Reserven.

RÖMER

Bei Helmen in vorderer Position

nl. Stuttgart

In der Bundesrepublik dürfte es zwischen 3,5 und vier Millionen Benutzer von *Motorrad- und Mofahelmen* geben. Pro Jahr werden hierzu*lande rund 450 000 bis 550 000 neue* Helme gekauft, deren durchschnittliche Lebensdauer auf drei bis vier Jahre zu veranschlagen ist. Helme werden, wie man bei der Römer GmbH, Neu-Ulm, konstatiert, nicht nur anläßlich der Erstanschaffung von Zweirädern gekauft, sondern vor allem auch, weil Helme beispielsweise im Falle der Beschädigung ausgewechselt werden müssen oder weil in der *Zwischenzeit* neue Normen *erlassen* wurden. Nicht zuletzt spiele auch *die Mode bei den Helmen eine Rolle.*

Die Firma Römer, einer der führenden *Hersteller der Branche*, produziert und vertreibt vor allem Sporthelme, also *Motorrad- und Mofahelme* unter den Marken „Römer" und „Carrera". Darüber hinaus sind im Programm Schutzhelme, Schutzschilde und sonstige Ausrüstungsgegenstände für die Polizei, die Feuerwehr, für Militär und Industrie. Das Familienunternehmen hat nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Anton H. Werren in 1985 den Umsatz um 15 Prozent auf rund 20 Mill. DM *gesteigert. Der Gewinn wird mit* „zufriedenstellend" bezeichnet. In den nächsten vier Jahren soll der Umsatz auf mehr als 30 Mill. DM ausgeweitet werden. Zugleich wird eine Steigerung des Marktanteils für Motorradhelme in der Bundesrepublik auf über 20 Prozent ins Auge gefaßt.

Im Zusammenhang mit diesen Expansionsplänen hat sich die von den Banken getragene WFG Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH, Frankfurt, mit einem Minderheitsanteil (über 25 Prozent) an Römer beteiligt. Hauptgesellschafter bleibt auch weiterhin die Familie Römer. Die Eigenkapitalquote von Römer wird mit 28 Prozent der Bilanzsumme angegeben.

LAMY

Renaissance des Füllfederhalters

nl. Stuttgart

Bei Handschreibgeräten für gehobene Ansprüche ist der Füllfederhalter wieder stark im *Kommen, konstatiert* man bei der C. Lamy GmbH, Heidelberg. Das *Familienunternehmen* hat 1985 seinen Umsatz auf 44 (1984: 40) Mill. DM gesteigert und peilt im laufenden Jahr ein weiteres Wachstum auf 48 Mill. DM an. Maßgeblich die Marktaufnahme der weißen Schreibgeräte und der neue „twin pen", eine Kombination von Kugelschreiber und Druckbleistift, hätten zu diesem Erfolg beigetragen. Der Anteil der Füllhalter am Lamy-Umsatz *mache gut ein Drittel aus.*

Alles in allem schätzt man den Markt für Schreibgeräte in der Bundesrepublik auf über eine halbe Mrd. DM jährlich, *wovon auf gehobene* Schreibgeräte – dies sind in erster Linie Kugelschreiber mit Großraummine sowie Füllfederhalter außerhalb des Schulbedarfs – zwischen 100 und 150 Mill. DM entfallen dürften. Die drei Großen in diesem Segment – Lamy, Montblanc und Parker – beanspruchen nach Lamy-Angaben etwa 70 bis 80 Prozent jenes Teilmarktes. Im Schreibgeräte-Sektor wachse der *Anteil des Industrie-Geschäfts, also* die von der Wirtschaft vor allem für Werbezwecke *georderten Produkte*, am stärksten, wobei das Volumen dieses Bereiches allerdings schwierig zu quantifizieren sei.

Etwa ein Drittel des Lamy-Umsatzes wird im Export erzielt. Wichtigste Abnehmer seien die USA, Österreich und Japan. Auf diesem Felde traut sich Lamy durch intensivere Bearbeitung der Auslandsmärkte mittel- bis langfristig eine Erhöhung des Anteils des Auslandsgeschäfts auf 50 Prozent zu.

Die Ertragslage bezeichnet der geschäftsführende Gesellschafter Manfred Lamy als gut. Die Firma, die 350 Mitarbeiter zählt, sei voll ausgelastet. Im vergangenen Jahr waren 5 Mill. DM in Neubauten investiert worden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Möbelgeschäft forciert

Hannover (dos) – Die in allen Bereichen des Groß- und Einzelhandels tätige Schaper-Gruppe, Hannover, mit einem Außenumsatz von gut 5 Mrd. DM eines der führenden Unternehmen der Branche, forciert in starkem Maße die Interessen im Möbelgeschäft. Nach der Übernahme der Einzelhandels-Kette Möbel Unger GmbH, Goslar, hat Schaper jetzt die beiden Möbelhäuser der Heinrich Heiland KG (Umsatz 50 Mill. DM) in Bochum und Wuppertal übernommen. Daneben gehört auch der Möbel-Filialist Südema (150 Mill. DM Umsatz), Karlsruhe, zu Schaper.

Einbecker zahlt Bonus

Einbeck (dpa/VWD) – Die Einbekker Brauhaus AG, Einbeck, hat im Geschäftsjahr 1985 einen Bilanzgewinn von 1,67 Mill. DM erzielt. Daraus soll eine unveränderte Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 7,2 Mill. DM sowie ein Bonus von 1,50 DM je Aktie gezahlt werden (HV am 20 Mai).

Hohes Umsatzplus

Nürnberg (dpa/VWD) – Die Leonische Drahtwerke AG, Nürnberg, hat 1985 mit 276 Mill. DM ein Umsatzplus von rund 20 Prozent erzielt. Der HV am 25. Juni soll die Ausschüttung einer 24prozentigen Dividende vorgeschlagen werden. 1984 wurden 20 Prozent Dividende plus vier Prozent Bonus gezahlt. In die Rücklagen gehen 2,9 Mill. DM. Ein Viertel des Grundkapitals von 12 Mill. DM hält die Groga Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt, an der mit jeweils 50 Prozent die Deutsche Bank und die Nürnberger Allgemeine Versicherung-AG beteiligt sind.

WestLB baut aus

Düsseldorf (Py.) – Die Westdeutsche Landesbank will ihre Aktivitäten im Eurobondgeschäft mit fremden Währungen verstärken. In der Londoner Niederlassung wurde eine Gruppe eingerichtet, die künftig die Plazierung und den Handel, insbesondere von *Dollar-Titeln*, betreiben soll. Bisher wurden bereits DM-*Titel gehandelt. Leiter der Gruppe ist* Rolf Schäfer.

Kräftig gesprudelt

Wachenheim (dpa/VWD) – Die Sektkellerei Schloß Wachenheim AG, Wachenheim, erhöhte ihren Umsatz 1985 um 20 Prozent auf 31,3 Mill. DM. Der Absatz stieg dem Geschäftsbericht zufolge von 4,7 auf gut 5 Mill. Flaschen. Aus knapp 0,44 (0,29) Mill. DM Jahresüberschuß sollen 120 000 *DM in die Rücklagen überführt* und 16 Prozent Dividende auf das Kapital *von 2 Mill. DM gezahlt werden.*

Erfolgreiche Dental-Schau

Düsseldorf (Py.) – Mit guten bis sehr guten Geschäftsergebnissen für die beteiligten 630 Unternehmen, von denen knapp die Hälfte aus dem Ausland kam, ist die 23. IDS Köln – Internationale Dental Schau zuende gegangen. Die Messe zählte über 43 000 Fachbesucher. Das Exportgeschäft der Aussteller habe zahlreiche Orders *und durch erfolgversprechende* Verkaufsabsprachen beachtliche Impulse erhalten.

Christ zum Verkauf?

Frankfurt (dpa/VWD) – Der amerikanische Schmuck-Konzern Zale, Dallas, der vor vier Jahren die Hanauer Schmuck- und Uhrenkette Christ übernommen hatte, will sich in „absehbarer *Zeit*" von seinem europäischen Geschäftsbereich trennen. *Das bestätigte ein Vertreter des Unternehmens* gestern in Frankfurt. Möglicherweise werde der US-Konzern mit seinen europäischen Geschäftsanteilen an die Börse gehen. Es gebe aber auch Überlegungen, die rund 200 Schmuckgeschäfte der Christ-Gruppe in Großbritannien, der Schweiz und der Bundesrepublik an das Management oder Banken zu verkaufen.

WFG hat sich an Balsam beteiligt

dos, Steinhagen

Die Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH (WFG), Frankfurt, hat 15 Prozent des Kapitals der Balsam Sportstättenbau GmbH & Co. KG, Steinhagen, übernommen. Nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters, Friedel Balsam, wird damit für sein Unternehmen eine neue *Phase* eingeleitet. Beabsichtigt sei später die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und die Börseneinführung. Unter Berücksichtigung der WFG-Beteiligung sei das Eigenkapital des Unternehmens, das sich als Marktführer im Bereich Spezial-Sportboden-Systeme betrachtet, auf rund 30 Mill. DM gestiegen.

Balsam installiert nach eigenen Angaben weltweit mehr als eine Mill. Quadratmeter synthetische Sportbodenbeläge. *Der Schwerpunkt* liege bei Laufbahnen und Kunstrasen. *Vom Umsatz in Höhe* von 110 Mill. DM entfielen etwa 80 Prozent auf diesen Bereich. Der Anteil des Auslandsgeschäfts erreiche 75 Prozent. Vor allem die USA bezeichnet Balsam als wachstumsträchtigen Markt. Das Unternehmen beschäftigt 250 ständige Mitarbeiter; hinzu kommen für Verlegearbeiten noch 500 Saisonkräfte.

SCHLOSSBRAUEREI KALTENBERG / Prinz Luitpold kämpft für das Reinheitsgebot

Sorgen eines königlichen Mittelständlers

Es sieht aus wie das Bier aus der Düsseldorfer Altstadt: Tiefbraun und mit einer herrlichen Krone aus Schaum. Doch weit *gefehlt*, und beim Trinken merkt man's: Nicht obergärig, sondern echt untergärig, herb, erfrischend und leicht. „König Ludwig Dunkel", heißt dieses Bier, das mit 40 Prozent Umsatzsteigerungsraten zum Renner einer mittelständischen Privatbrauerei im bayerischen Kaltenberg geworden ist.

Und derjenige, der das Bierbrauen als das angeblich bayerischste aller Gewerbe persönlich ausübt, ist kein geringerer als Seine Königliche Hoheit, Luitpold Prinz von Bayern. Ein echter Nachfahre der Wittelsbacher, auf dessen Vorfahren unter anderem die Gründung des Münchner Oktoberfestes zurückgeht, der aber selbst immer noch darum kämpft, auf diesem Fest sein Bier ausschenken zu dürfen. So möchte der Prinz jetzt das Münchner Hofbräuhaus erwerben, weil nur Brauer der Landeshauptstadt das Oktoberfest beliefern dürfen.

Keine Spur von königlichem Gehabe allerdings bei der Begrüßung einer Gruppe von Journalisten aus der fernen Bundeshauptstadt. Hoheit, 35 Jahre alt, Jurist und Familienvater im leicht zerknitterten grauen Trachtenrock, wirkte eher etwas verlegen. Wer weiß auch, was die Preußen und sicher nicht sehr Königstreuen so im Schilde führen? Den generell respektlosen Berichterstattern ging es übrigens nicht viel anders. Zu Kohl sagt man Herr Bundeskanzler und zu Bangemann eben Herr Bangemann, allenfalls Herr Minister. Aber wie wendet man sich an eine Königliche Hoheit? Beim frischen „König Ludwig Dunkel" vom Faß einigte man sich schnell auf „*Prinz Luitpold*". Und schon war das vorübergehende *Ungleichgewicht wieder im Lot.* Und als der Prinz voller Stolz durch seine *Braustätte führte*, sachkundig, engagiert und – was die Verteidigung des Reinheitsgebotes des Bieres angeht – geradezu kämpferisch, war der „Prinz" vergessen. Es sprach ein mittelständischer Brauer, der nicht weniger zu kämpfen hat als jeder bürgerliche Mitbewerber.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Hoheit gehen durchaus mit der Zeit und zeigen auch keine Berührungsängste gegenüber *den Kommunisten.* So unterhält die Schloßbrauerei Kaltenberg *Irmingard Prinzessin* von Bayern in Budapest eine Gasthausbrauerei und *vier weitere* Brauereien als Joint Ventures mit Genossenschaften *des Landes. Und auch* nach den USA und Kanada streckt *der Prinz seine Fühler aus.*

Lizenzabkommen gibt es mit *Schweden und Italien, und 100 000* Hektoliter des Gesamtausstoßes von 250 000 Hektolitern werden nach England exportiert. Den Umsatz gibt der Prinz mit 20 Millionen DM an, die Zahl der Mitarbeiter allein in Kaltenberg mit 100. 25 Prozent des Gerstensaftes werden als Faßbier an den Mann (und die Frau) gebracht, der Rest als Flaschenbier, aber nicht auf dem Einweg. Der Prinz verzichtet auch bewußt *auf eine Lieferung an* Handelsketten. Auf das dunkle Spezialbier *entfallen mittlerweile 30* Prozent des Inlandumsatzes. Den gleichen Anteil hat das Weißbier. Besonders stolz vermeldet Prinz Luitpold, daß er immer noch neue Holzfässer anschaffen muß, weil diese von Biergärten gefragt seien.

Ob sich für das reinste und alkoholärmste Getränk unter den alkoholischen Getränken (das im übrigen kalorienärmer ist als Coca Cola, Orangensaft oder Milch), noch weitere Märkte erschließen lassen, ist für die hart bedrängte mittelständische Brauwirtschaft zu hoffen. Vielleicht versucht man es einmal mit einer verstärkten Werbung für das Schönheitsmittel Bier, nach dem Motto „Bei Tisch, vor, während und nach der Mahlzeit Bier trinken und außerdem dreimal täglich den Busen gründlich mit Bier einreiben". So jedenfalls Königin Luise von Preußen, der die mittelständischen Privatbrauereien in Bayern für diesen Tip zwar ausdrücklich danken, allerdings mit der Randbemerkung: Gott verzeihe ihr diesen Makel ihrer Herkunft.

ARNULF GOSCH



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Design-Kongreß – Werkstoffe – Informationstechnik – Nutzfahrzeuge



Mehr als nur ein Werbegag

Design ist weder eine Stiefschwester der Werbung noch überzogener Luxus; innovatives Design ist vielmehr Investitions- und Produktionsbestandteil und eine Trumpfkarte der deutschen Wirtschaft für gute Verkaufsergebnisse in aller Welt." Das erklärte Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), gestern auf dem Design-Kongreß. Die Wirtschaft habe dies erkannt und investiere jährlich mehr als 100 Millionen Mark in die Design-Entwicklung. „Deutsches Design spielt in der Spitzengruppe der Weltliga", meinte Wolff.

Ungeachtet dieser Erfolge sei die deutsche Design-Bilanz durchaus verbesserungsbedürftig. Hier müsse auch die kulturelle Leistung eines Volkes deutlich gemacht werden. Wolff bedauerte, daß dieses Bindeglied zwischen Kultur und Wirtschaft – im besten Sinne des Wortes Industriekultur – leider bei einer neuen Generation von Politikern in hohem Maße auf Unverständnis stoße. Diese Politiker hätten offenbar Schwierigkeiten „mit dem Zusammendenken von Kultur und Wirtschaft" und täten Design als Werbegag ab.

Die Hauptkonkurrenten auf den Weltmärkten hingegen – so die USA, Japan und Frankreich – forcierten ihre staatlichen Anstrengungen zur Design-Förderung deutlich. Auch der Ostblock habe inzwischen seine Bedeutung entdeckt. Nach dem Vorschlag von Wolff sollte der Staat seine politische Unterstützung dazu geben, die herausragende gesellschaftspolitische und kulturelle Bedeutung des deutschen Design in der Welt zur Geltung zu bringen. Politik und Wirtschaft sollten gemeinsam versuchen, diesen Trumpf der deutschen Wirtschaft und Kultur draußen und drinnen besser zu verkaufen. (HH)

Effektive Arbeitsabläufe

In der Fertigungsindustrie wächst der Bedarf an integrierten EDV-Lösungen in den Bereichen Entwicklung, Konstruktion und Produktion. Zielsetzung ist dabei die effektivere und wirtschaftlichere Gestaltung der Arbeitsabläufe in der Fabrik. Zu den Anbietern solcher Lösungen gesellt sich in Hannover erstmalig die Nixdorf Computer AG, Paderborn, die hier ihre Erfahrungen mit arbeitsplatz- und anwenderorientierter Datenverarbeitung einfließen läßt.

Mit einem dem Unternehmen durchaus eigenen Selbstbewußtsein verkündet Heinz Dieter Wentorf, Leiter des Nixdorf Produktmarketings: „Wir wollen uns hier mittelfristig einen Anteil an einem Markt erschließen, der sich jetzt im Umbruch befindet. Die Industrie fragt nach Integration und Vernetzung, die jetzt möglich ist."

Auf der Messe zeigt der Paderborner Computer-Hersteller bereits ein vielseitiges Angebot von Programmen für große und mittlere Produktionsbetriebe, beispielsweise aus der Materialwirtschaft, der Betriebsdatenerfassung und der Produktionsplanung und Steuerung. Auf der Basis der Unix-Systemfamilie Targon werden außerdem diverse Anwendungslösungen extremer Sofwarehäuser demonstriert, darunter ein Programm zur interaktiven Erstellung von Schalt- und Schemaplänen sowie ein dreidimensionales Grafiksystem.

Ziel der Nixdorf-Konzeption ist eine unternehmensumfassende integrierte Informationsverarbeitung im Gesamtunternehmen, die Verwaltung, Einkauf und Verkauf genauso umfaßt wie Konstruktion, Produktplanung und Steuerung. Entwicklungen, die nach Meinung des Hauses Nixdorf erst noch am Anfang stehen. Das Unternehmen will bei der Erarbeitung entsprechender Lösungen zusätzlich zum eigenen Know-how auf eine Mitarbeit von Hochschulen und Softwarehäusern zurückgreifen und weitgehend auch mit den industriellen Anwendungen kooperieren. Ein neues Kompetenzzentrum, in dem alle Aktivitäten in diesem Marktsegment zusammengefaßt werden, soll in Kürze im Raum Stuttgart entstehen. (hdt.)

Der am Wochenende von verschiedenen Ausstellern geäußerte Unmut zum Verlauf der Industrieausstellung wird von der Messe-AG als nicht repräsentativ beurteilt. Vorstandschef Klaus E. Goehrmann sieht die Erwartungen weitgehend erfüllt. Dies gelte auch für die Besucherzahl, die am Montag nach sechstägiger Dauer die 320 000-Grenze erreicht haben dürfte. Das endgültige Fazit lasse sich zwar erst am Mittwoch ziehen. Das anvisierte Ziel von 450 000 Gästen werde aber wohl realisiert. Die Bewertung der beteiligten Industriegruppen reicht von „abwartend" bis „positiv".

Generell positiv äußern sich die Aussteller zur Qualität des Publikums: Der Anteil der Fachbesucher liegt bei 85 Prozent. Eine deutliche Strukturverschiebung ergibt sich bei den ausländischen Fachbesuchern. Der gestiegenen Zahl von Fachleuten aus dem europäischen Ausland steht ein drastischer Rückgang von Gästen aus Übersee gegenüber. Vor allem die Japaner, die zur Cebit-Messe das Gelände bevölkerten, sind ausgeblieben. Der große Erfolg der Bulgaren schlage sich in der Ankündigung anderer Länder nieder, im kommenden Jahr noch stärker Flagge zu zeigen. (dos)

Produkte von morgen sind leichter, leistungsfähiger und beständiger

Leichter, leistungsfähiger und beständiger sollen sie sein – die neuen Werkstoffe für die Produkte von morgen. Nach den Impulsen aus der Luft- und Raumfahrtindustrie hat sich die Dynamik bei der Entwicklung von alternativen Materialien verstärkt. Mittlerweile sind die „Werkstoffe nach Maß" in fast allen Bereichen zu finden. Große Anwendungsgebiete sind jetzt schon der Maschinenbau, der Automobilbau, die Werkzeugmaschinenindustrie, die Medizintechnik, die Elektronik sowie die Freizeit- und Sportartikelindustrie. Die Verbundwerkstoffe bilden das größte Potential auf dem Gebiet der neuen Werkstoffe. Hinzu kommen Hochleistungspolymere, neuartige Metallegierungen sowie keramische Werkstoffe.

Im Bereich Verbundwerkstoffe umreißt Professor Heinz Haferkamp, Leiter des Instituts für Werkstoffkunde und Materialprüfung der Universität Hannover, die Zielvorstellung so: „Die im Rahmen neuer technischer Entwicklungen an Konstruktionselemente gestellten Anforderungsprofile nähern sich mehr und mehr den Eigenschaftsgrenzen der zur Verfügung stehenden Werkstoffe. Eine Lösung dieser Problematik kann oftmals nur durch Kombination verschiedener – zumeist ungleichartiger – Werkstoffe erreicht werden."

Im Automobilbau hat die Erforschung neuer Werkstoffe Tradition. Sie haben sich immer dann durchgesetzt, wenn sie Vorteile bringen. Besonders deutlich wird dies durch das ständige Vordringen verschiedener Kunststoffe. Nachdem sie vor allem bisher in der Ausgestaltung des Innenraumes Verwendung fanden, wird nunmehr versucht, neue Anwendungsbereiche in der Karosseriefertigung zu finden.

„Steife Fahrgastzelle aus Kunststoff" – so wird von der Wolfsburger Volkswagen AG ein Forschungsauftrag umschrieben, der eine Reduzierung des Fahrzeuggewichts bei gleichzeitig unvermindert hoher Steifigkeit und verbesserter Korrosionsbeständigkeit zum Ziel hat. Dabei entstand ein Türrahmen aus glasfaserverstärktem Polyesterharz, der die gleiche Steifigkeit aufweist wie ein Stahlrahmen, aber deutlich weniger wiegt. Die keramischen Werkstoffe haben nach Meinung von VW-Forschungschef Ulrich Seiffert als Komponenten im Motorenbau eine große Zukunft. Keramik ist annähernd unbegrenzt verfügbar, sehr temperaturbeständig, weist ein gutes Isoliervermögen gegenüber Wärmeströmen auf und ist verschleißfest. Hinzu kommt das geringe Gewicht.

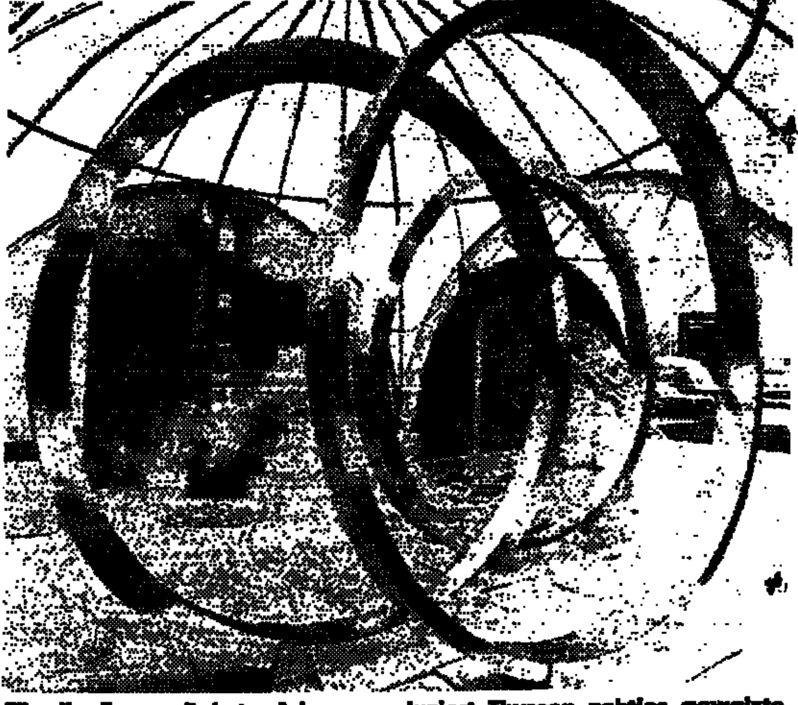
Auch unter der Zielsetzung einer Gewichtsverringerung hat VW alternative Materialien für das Kurbelgehäuse des Motors erprobt. „Der Motor wird leichter, die Leistung bleibt", ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts, bei dem die Verwertung hochwertiger Leichtmetalle wie Aluminium und Magnesium untersucht wurde.

Die USA und Japan haben in der Entwicklung, Herstellung und Anwendung einiger Hochleistungswerkstoffe eine Spitzenstellung. Die strategische Seite der neuen Werkstoffe hat in fast allen Industrienationen zu staatlichen Förderungsprogrammen geführt. So soll beispielsweise Japan mehr als die Hälfte der Mittel aus dem 1981 gestarteten Zehn-Jahres-Programm für industrielle Zukunftstechnologien für die Materialforschung einsetzen.

In den USA werden die Aufwendungen für die Erforschung von Werkstoffen auf rund eine Mrd. Dollar jährlich geschätzt. Das deutsche Programm für Materialforschung ist für die nächsten zehn Jahre auf 1,1 Mrd. DM angelegt.

Für Professor Haferkamp ist der Nachholbedarf der Bundesrepublik auf diesem Gebiet eindeutig: „Industrie und Wissenschaft sind gefordert, den von den USA und Japan vorgegebenen Wissensstand zu erreichen, um Voraussetzungen für die technologische Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen." Das „große Schaufenster der Industrie", die Hannover-Messe, hat den Trend erkannt.

Neue Werkstoffe gehörten zwar schon immer - eingebettet in verschiedene Fachmessen - zum traditionellen Ausstellungsprogramm. In diesem Jahr wurden sie aber erstmals in einer eigenen Fachmesse „Neue Werkstoffe" in konzentrierter Form der internationalen Öffentlichkeit präsentiert. (dpa/VWD)



Für die Europa-Rakete Ariane produziert Thyssen nahtlos gewalzte Ringe FOTO: DIE WELT

Konzentration ist nötig

Der Markt für Nutzfahrzeuge in der Bundesrepublik beginnt sich zwar auf niedrigem Niveau zu stabilisieren. Bei den Preisen indes zeichnet sich keine Besserung der unbefriedigenden Situation ab. Dieses Fazit zogen Sprecher der Fachgruppe Nutzfahrzeuge im Zentralverband des Kraftfahrzeug-Gewerbes (ZDK) nach einer Podiumsdiskussion, an der auch die führenden europäischen Nutzfahrzeug-Hersteller beteiligt waren. Eine Besserung, so ZDK-Vorstandsmitglied Jobst Möller, sei kurzfristig nicht zu erwarten.

Allerdings beginne nunmehr auch im Handel die Einsicht zu wachsen, daß die überbesetzte Branche nur über stärkere Konzentrationsbestrebungen zu einer ausreichenden Rendite kommen werde. Damit folge man dem Beispiel der Nutzfahrzeug-Hersteller, die über den Abbau von Kapazitäten und Kooperationsabsprachen zu ersten Erfolgen und zu schwarzen Zahlen in der Bilanz zurückfinden.

Nach den Worten Möllers befassen sich derzeit knapp 3000 Betriebe in der Bundesrepublik mit Nutzfahrzeugen. Dazu gehörten allerdings eine ganze Reihe von Firmen, die sich ausschließlich mit Service-Aufgaben beschäftigen. Gerade in diesem Bereich werde es zu einer Verringerung der Betriebe kommen. Der Handel selbst sei davon weniger betroffen. Das in der Bundesrepublik praktizierte duale System von Hersteller-eigenen Vertriebsorganisationen und freien Händlern habe sich bewährt. Wichtig sei es, einen flächendeckenden Service vorzuhalten. Möller: „Ohne Service läßt sich kein Lkw verkaufen."

Nach groben Schätzungen hat die Branche 1985 einen Umsatz von rund 10 Mrd. DM mit Nutzfahrzeugen über 2 t realisiert. Die Entwicklung in den einzelnen Gewichtsklassen verlaufe aber sehr unterschiedlich. In Europa, und daran zeige sich der Umfang der Überkapazitäten, gebe es noch 20 Nutzfahrzeug-Hersteller. Sie verfügen bei den schweren Lkw (über 9,6 t) über Kapazitäten von rund 150 000 Einheiten; verkauft indes wurden etwa 120 000 Fahrzeuge. Am Rande des Forums erklärte ein Sprecher von Ford, daß über eine Kooperation mit Iveco im Lkw-Bereich nicht nachgedacht werde. (dos)

Ich trauere um meinen geliebten Mann

Karl Knauer

geb. 3. 3. 1901 gest. 10. 4. 1986

der mich nach einem erfüllten Leben und fast drei Jahrzehnten glücklicher Gemeinsamkeit verlassen hat.

In Liebe und Dankbarkeit
Annemarie Knauer

Gartenstraße 43
4000 Düsseldorf 30

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

Unser Mitinhaber, Herr

Günter Brey

* 12. 12. 1916 † 1. 4. 1986

ist nach langem Leiden im 70. Lebensjahr sanft eingeschlafen.

Sein Leben war dem Aufbau unserer Firma gewidmet.

Sandberg & Schneidewind

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen in Wien stattgefunden.

Goldene Hochzeit

Samuel Werner und Kiki geb. Zeltmann

15. 4. 1936 Mombasa/Kathedrale, Mombasa/Kenia

15. 4. 1986 Kapstadt 24, Rosemount Avenue, Oranjezicht 8001

Walter Schuldt

* 15. Januar 1906 † 10. April 1986

In Liebe und Dankbarkeit trauern um ihn

Anne Schuldt geb. Gattow
Ingrid Petersen
Karl-Heinz und Erika Schuldt
mit Sabine und Christian
Joachim und Jutta Schuldt
mit Heike
und alle Angehörigen

2000 Hamburg 70
Oktaviostraße 89

Wir nehmen Abschied am Freitag, dem 18. April 1986, um 12 Uhr in der Halle 3 des Friedhofes Hamburg-Öjendorf, 2000 Hamburg 74, Manshardtstraße 200.

Wir trauern um Herrn

Karl Knauer

der am 10. 4. 1986 kurz nach Vollendung seines 85. Lebensjahres plötzlich und unerwartet für immer von uns gegangen ist.

Herr Knauer hat als Finanzdirektor über drei Jahrzehnte hinweg unsere Firma, der er bis zuletzt seine unermüdliche Schaffenskraft widmete, von ihren Anfängen an entscheidend mitentwickelt und geprägt.

Seine außerordentlichen fachlichen Qualifikationen, seine noble Gesinnung und seine unbedingte Integrität, verbunden mit menschlicher Wärme, waren für uns stets Vorbild. Alle, die ihn kannten, brachten ihm aufgrund seiner ausgeprägten Persönlichkeit respektvolle Hochachtung entgegen.

Wir werden ihn vermissen.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der
COMEX AUSSENHANDELSGESELLSCHAFT MBH
Düsseldorf

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Am 10. April 1986 verstarb plötzlich unser im Ruhestand lebendes ehemaliges Vorstandsmitglied Herr

Walter Schuldt

geb. 15. Januar 1906

Während seiner 20jährigen Tätigkeit für die Hamburger Sparkasse zeichnete sich der Verstorbene durch großen Arbeitseinsatz und fachliche Qualifikation aus. Die Belange unseres Institutes sind von ihm stets mit Erfolg vertreten worden. Durch sein verbindliches und ausgeglichenes Wesen erwarb er sich innerhalb und außerhalb des Hauses Sympathie und Wertschätzung.

Wir werden das Andenken an den Verstorbenen mit Dankbarkeit bewahren.

Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 18. April 1986, 12 Uhr, Halle 3 des Friedhofes Hamburg-Öjendorf, Manshardtstr. 200, Hamburg 74.

AUSBILDUNG / Ringverband der Übungsunternehmen

Wie in Scheinfirmen der Betriebsalltag geprobt wird

ANDREAS ENGEL, Neunkirchen

Die Firma ist reiner Schwindel. Das weiß sogar das Finanzamt. Und dabei klingt der Name völlig echt: Stahlkonstruktion Neunkirchen GmbH. Aber nicht nur das – die Angestellten arbeiten mit Aktenordnern, Schreibmaschinen, Formularen und einer EDV-Anlage. Einen Haken hat die Sache allerdings, denn das „Personal" sind Auszubildende. Sie simulieren in einer Übungsfirma am kaufmännischen Berufsbildungszentrum der saarländischen Stadt den Betriebsalltag.

„Es passiert hier genau dasselbe wie in jedem anderen Unternehmen. Nur bei uns gibt's Stahlkonstruktionen bloß auf dem Papier", sagt Azubi Rita Becker, eine von insgesamt 23 Lehrlingen. Die Einrichtung wird von den Landkreisen im Saarland, dem Berufsförderungswerk in Saarbrükken und der Landesregierung finanziert. Im Gegensatz zum herkömmlichen Unterricht werden die Schüler praktisch als Sachbearbeiter eingesetzt.

In der Bundesrepublik Deutschland existieren bereits über 500 solcher Scheinbetriebe, die auch zur Fortbildung von Arbeitslosen dienen und sich in Heidelberg zu einer „Zentralstelle für Übungsfirmen" zusammengschlossen haben. Dort ist jedes Unternehmen in ein „Handelsregister" eingetragen und mit „Grundkapital" ausgestattet. Gleichzeitig fungiert diese Stelle als Krankenkasse, Amtsgericht, Versicherung oder Finanzamt, das sich gelegentlich auch eine Steuererklärung vorlegen läßt.

Der Einsatz ist groß

„Dieser Ringverband stellt eine regelrechte Schattenwirtschaft dar. Durch diese Instrumente herrscht bei uns der Zwang, unter real existierenden betriebswirtschaftlichen Bedingungen zu arbeiten", meint Günter Feyand, Ausbildungsleiter der Übungsfirma in Neunkirchen. Unter seiner Aufsicht werden in der fiktiven Geschäftswelt Waren verarbeitet, angeboten, verkauft, Rechnungen ausgestellt und Buchungen vorgenommen. Die Azubis dürfen sogar Statistiken und Bilanzen aufstellen. Der Einsatz und der Ehrgeiz ist in der Tat groß, obwohl in der EDV-Kartei erst zwölf fingierte Mitarbeiter aufgeführt sind. Im Betriebsablauf ist auch eine Pleite der Übungsfirma eingeplant, aber bis es möglicherweise so weit kommt, werden die Azubis erst einmal kleinere Unregelmäßigkeiten zu bewältigen haben. „Da geht mal eine Sendung verloren, damit Schadensabwicklungen geübt werden können", berichtet Feyand. Oder da wird mal ein Produktionsausfall vorgetäuscht, damit die Miarbeiter lernen können, wie auch unter schwierigen Bedingungen die Liefertermine einzuhalten sind.

Vergütung vom Arbeitsamt

In Neunkirchen bleiben die Azubis nach einjährigem Berufschulbesuch zwei Jahre in der Übungsfirma, bis sie dann vor der Industrie- und Handelskammer die Prüfung ablegen. Bezahlt werden die jungen Leute allerdings nicht wie normale Auszubildende, sondern sie erhalten vom Arbeitsamt lediglich eine Vergütung. Dafür können sie in der Übungsfirma ihrer Phanstaise freien Lauf lassen und sich voll mit dem Metier vertraut machen. Zusatzmaßnahmen der herkömmlichen kaufmännischen Ausbildung, wie zusätzliche Praktika oder Vorträge, fallen für sie flach. Das jedoch scheint gar nicht tragisch zu sein, denn eine gerade veröffentlichte Untersuchung des Berliner Soziologenehepaares Professor Dr. Elke und Dr. Heinrich von der Haar belegt: Das steigende Angebot von Zusatzmaßnahmen bei der Ausbildung hat das durchschnittliche Niveau der Berufsausbildung erheblich gesenkt.

Zur Praxisnähe der Übungsfirmen gehört auch, daß den Scheinfirmen Unternehmen aus der deutschen Industrie quasi als Paten zur Verfügung stehen. Das ist auch in Neukirchen nicht anders. Langst haben übrigens große Konzerne wie IBM, Hoechst oder Bayer bereits selbst Übungsfirmen gegründet, um ihr eigenes Personal praxisnah auszubilden. In den Personalabteilungen der *echten* Betriebe wird zwar zuweilen befürchtet, daß die Übungsfirmen am Markt vorbeiproduzieren. Doch diese Festellung kann gar nicht ernst gemeint sein. Auf die Ausbildung kommt es an. In den Übungsfirmen ist sie optimal abgestimmt - mehr als nur Traininig für den Berufsstart.

SONDERZAHLUNGEN / Viele Arbeitnehmer bekommen ein volles Monatsgehalt

Vom Urlaubsgeld bleibt ein großer Teil in den Fängen des Fiskus hängen

SABINE SCHUCHART, Bonn

Mit dem herannahenden Jahresurlaub stehen für viele Arbeitnehmer die kostbarsten Wochen des Jahres vor der Tür. Abgesehen davon, daß die Urlaubsdauer in den vergangenen Jahren immer weiter anstieg, wird auch immer mehr Arbeitnehmern diese Zeit durch ein zusätzliches Urlaubsgeld von ihrem Betrieb versüßt.

Rund 94 Prozent der Arbeitnehmer, für die Tarifverträge gelten, haben heute Anspruch auf Urlaubsgeld. Vor zehn Jahren waren es noch 79 Prozent. Während in den siebziger *Jahren die Zahlungwn sehr stark angehoben* wurden – von 1972 bis 1978 stiegen sie um 195 Prozent –, sind die Betriebe heute bei Erhöhungen verhältnismäßig zurückhaltend. Verbesserungen des Urlaubsgeldes dienen in der Regel nur zur Anpassung an die gestiegenen laufenden Einkommen und treten auch nur noch für einen Teil der Arbeitnehmer in Kraft.

Zusammen mit der Weihnachtsgratifikation macht das Urlaubsgeld nach der Tarifvertragsauswertung des *Bundesarbeitsministeriums* heute für jeden Arbeitnehmer im Durchschnitt rund 92 Prozent eines Bruttomonatseinkommens aus. Rund zwei Drittel der Arbeitnehmer haben Anspruch auf Zusatzleistungen in Höhe mindestens eines vollen Monatseinkommen. Dabei werden Arbeiter und Angestellte hinsichtlich Urlaubsgeld und -dauer inzwischen durchweg gleich behandelt.

Je nach Tarifvertrag wird das Urlaubsgeld auf unterschiedliche Weise berechnet. Die meisten Arbeitnehmer erhalten einen bestimmten Prozentsatz des Bruttomonatseinkommens, im Schnitt rund 47 Prozent. So zahlt zum Beispiel das Baugewerbe an seine Arbeiter 30 Prozent eines Monatsentgelts, die papierverarbeitende Industrie 45 Prozent. Mehr erhalten die Arbeitnehmer in der Metallindustrie und im privaten Versicherungsgewerbe, nämlich jeweils rund 50 Prozent des Bruttoeinkommens.

Bei den übrigen Arbeitnehmern erscheint das Urlaubsgeld entweder in Form eines Pauschalbetrages oder als Betrag je Urlaubstag auf dem Lohnstreifen. Der durchschnittliche Pauschalbetrag beträgt knapp 600 DM. Weit darüber liegt der Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen, der seinen Arbeitnehmern in diesem Jahr 1045,50 DM zukommen läßt, nach 1020 DM 1985.

In vielen Tarifbereichen erfolgt eine Staffelung nach Alter oder Betriebszugehörigkeit. So zahlt der Groß- und Außenhandel in Nordrhein-Westfalen bis zum 29. Lebensjahr 488 DM und ab dem 30. Lebensjahr 674 DM.

Etwa ein Fünftel der Arbeitnehmer erhält das Urlaubsgeld als Betrag pro Urlaubstag. Die durchschnittliche Höhe ist inzwischen auf 24 DM geklettert. In der Süßwarenindustrie



ZEICHNUNG. KLAUS BÖHLE

sind es zum Beispiel 21 DM je Urlaubstag, in der chemischen Industrie 30 DM.

Aus der Sicht der Arbeitgeber sind die Lohnfortzahlung während des Urlaubs und das Urlaubsgeld Teil der hohen Personalnebenkosten. Von den 80,20 DM Personalnebenkosten, die im vergangenen Jahr in der Industrie auf 100 DM Direktentgelt kamen, so hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln berechnet, entfielen allein 20,60 DM auf Leistungen für Urlaub und Urlaubsgeld. In absoluten Zahlen betrugen die Aufwendungen für jeden Arbeitnehmer 6400 DM.

Doch von den Milliardenbeträgen, die in der Urlaubszeit insgesamt zusätzlich auf den Lohnstreifen erscheinen, gelangt ein großer Teil tatsächlich niemals in die Taschen der Arbeitnehmer. Er entfällt auf Sozialabgaben oder bleibt in den Fängen des Fiskus hängen.

Von 2000 DM Urlaubsgeld, die ein verheirateter Arbeitnehmer ohne Kind in Steuerklasse Drei bei einem Grundgehalt von 4000 DM bekäme, werden ihm nach einer Modellrechnung des Bundes der Steuerzahler rund 58 Prozent oder 1156,68 DM ausgezahlt. Einem ledigen Arbeitnehmer ohne Kinder in Steuerklasse Eins mit *einem Grundgehalt von 3000 DM* bleiben danach in diesem Jahr von 1500 DM Urlaubsgeld sogar nur 653,87 DM oder 43 Prozent. Trotz der zum Jahresbeginn vorgenommenen Steuertarifkorrektur erhält er nur knapp 34 DM mehr als 1985.

In vielen Fällen bleibt den Arbeitnehmern nach den Modellrechnungen in diesem Jahr sogar netto weniger vom Urlaubsgeld, weil die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung angehoben wurden. Und dabei sind die beiden Fallbeispiele noch nicht einmal Extremfälle, meint der Steuerzahlerbund. Ein lediger Arbeitnehmer ohne Kinder in Steuerklasse Eins und mit einem Grundgehalt von 4000 DM erhält de facto von einem Brutto-Urlaubsgeld von 2000 DM lediglich 706,51 DM oder rund 35 Prozent ausgezahlt.

Auf keiner Verdiensterhebung sind die Zulagen zu finden, die die Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren durch die Verlängerung des Urlaubs, also des Gewinns an bezahlter Freizeit, verbuchen konnten. Praktisch jeder tarifvertraglich erfaßte Beschäftigte hat heute einen Urlaub von vier Wochen und mehr. Eine kürzere Urlaubsdauer ist nur noch in wenigen Tarifverträgen und dort nur für jüngere Arbeitnehmer vorgesehen.

Über 90 Prozent der Arbeitnehmer haben Anspruch auf einen mindestens fünfwöchigen Urlaub. Sechs Wochen erhalten fast zwei Drittel. Eine Urlaubsdauer von 18 Werktagen oder drei Wochen, wie sie im Bundesurlaubsgesetz als gesetzlicher Mindesturlaub vorgeschrieben ist, findet sich heute in keinem Tarifvertrag mehr.

INFORMATIKER / Zu wenig Studienplätze

Den Hochschulabsolventen ist ein Arbeitsplatz sicher

Stü. Bonn

Informatikern eröffnen sich auf Jahre hinaus gute Berufsperspektiven. *Dies werde sich auch in einer* künftigen Rezession kaum ändern. Zu diesem Schluß kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) in einer Kurzinformation.

Die ersten Informatiker kamen vor etwa zehn Jahren auf den Arbeitsmarkt. Die Computerspezialisten für Software und Anwendungen hätten sehr schnell gezeigt, daß sie ihre an der Hochschule erworbenen Qualifikationen in der Praxis gut anwenden könnten. Eine Komponente ihres Berufserfolges sieht Werner Dostal vom IAB in der Innovationsfreudigkeit dieser Hochschulabsolventen, die sie bereits bei der Wahl ihres Studienfaches unter Beweis gestellt hätten. Ob auch alle heutigen Studenten die hohen Anforderungen bewältigen könnten und dann so erfolgreich im Beruf sein würden wie ihre Kollegen der ersten Stunde, ist nach Dostals Ansicht nicht so sicher. „Doch der quantitative Bedarf nach Computerspezialisten, insbesondere Softwareherstellern, ist so groß, daß auf absehbare Zeit alle eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten werden", kann Dostal die Studierenden beruhigen.

Die Zahlen sprechen für sich: Zu einem jährlichen Mehrbedarf von rund 8000 Arbeitskräften kommt eine Personallücke von mindestens 30 000 Personen im Softwarebereich. Diesem Bedarf stehen derzeit nur etwa 25 000 Studenten und jährlich 1200 Hochschulabsolventen gegenüber. Angesichts des Mangels an Nachwuchskräften greifen die Unternehmen nach Feststellung des IAB zu *Notlösungen*. Sie stellen *Personen* aus der mittleren Bildungsebene ein, suchen Absolventen anderer Fachrichtungen mit Nebenfach Informatik oder schulen Mitarbeiter um.

Die guten Beschäftigungsaussichten führen zu einem Run auf die Studienplätze, dem die jungen Informatik-Lehrstühle nicht gewachsen sind. Einer Ausweitung der heute doppelt bis dreifach belegten Kapazität steht vor allem der Mangel an Hochschullehrern entgegen.

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Schädigung im Mutterleib

Wenn ein Kind bei der Geburt eine Infektion an Gelbsucht erleidet, die auf eine Berufskrankheit der Mutter während der Schwangerschaft zurückgeht, dann steht das Kind nach dem Urteil 2 RU 43/84 vom 30. 4. 1985 des Bundessozialgerichts einem Versicherten gleich, der einen Arbeitsunfall erlitten hat. Dagegen hat nach der Entscheidung 2 RU 44/84 vom 30. 4. 1985 ein Kind, das durch die Folgen einer von seiner Mutter vor seiner Zeugung erlittenen Berufskrankheit geschädigt worden ist, keinen Anspruch auf Entschädigung aus der gesetzlichen Unfallversicherung.

Lebensversicherung

Beiträge zu einer Risikolebensversicherung dienen in erster Linie der Tilgung einer im Falle vorzeitigen Todes noch offenen Restschuld: Sie stellen zu einem nicht unwesentlichen Teil private Lebensführungskosten dar. Hieraus folgt nach Auffassung des Bundesfinanzhofs (IX R 56/82), daß sie selbst dann nicht als Werbungskosten bei Vermietung und Verpachtung abgezogen werden dürfen, wenn eine Bausparkasse die Finanzierung von Hauserwerb vom Abschluß einer Risikolebensversicherung durch den Bausparer abhängig macht. *Dieselben Grundsätze wandte* der Bundesfinanzhof in einem weiteren Fall (IX R 61/82) an, in dem der Erwerber eines Mietwohngrundstücks zur Sicherung der vereinbarten Leibrente an den Veräußerer eine Risikolebensversicherung abgeschlossen hatte.

Berufsunfähigkeit

Bei der Prüfung der Berufsunfähigkeit kann nach dem Urteil 5 b/1 RJ 14/84 vom 29. 10. 1985 des Bundessozialgerichts ein Analphabet einem gelernten Facharbeiter auch dann nicht gleichgestellt werden, wenn er die praktischen Arbeiten eines Facharbeiters ausgeübt hat.

Aktien auf neuem Höchststand

Starke Beteiligung der Ausländer an den Käufen

DW. – Die Anlagebereitschaft in deutschen Aktien hat sich international verstärkt. Nach intensiver Vorarbeit großer deutscher Banken flossen aus dem Ausland am Wochenbeginn umfangreiche Kaufaufträge an die Börsen. Sie führten am Aktienmarkt zu einem neuen historischen Höchststand. An den Käufen waren aber auch inländische institutionelle Investoren sowie die private Bankenkundschaft beteiligt, die nicht bereit ist, den niedrigen Kapitalmarktzins zu akzeptieren, sondern im Erwerb von Aktien eine Alternative sieht.

Kurssprünge bei den Großbanken zwischen 10 und 20 DM sind auf massive Anlageempfehlungen sowohl der Kreditinstitute selbst als auch von Börseninformationsdiensten zurückzuführen. Bei den Hypothekenbankaktien hielt die Haussebewegung unvermindert an. Am Aktienmarkt überschritten Daimler wieder die schon früher einmal erreichte 1500-Marke. Hier lebten die Spekulationen über die Beteiligung der Aktionäre am 100jährigen Jubiläum erneut auf. VW-Aktien kletterten auf einen neuen Höchststand. Die vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen über die Trennung von Triumpf/Adler, ein Engagement, das die Wolfsburger viel Geld und die Aktionäre manches an Dividende gekostet hat, werden überaus positiv beurteilt. Mit einiger Verzögerung setzte sich auch der Siemenskurs nach oben in Bewegung. Sehr fest tendierten erneut Versicherungsaktien, von denen Allianz Versicherung um knapp 100 DM anzogen.

Frankfurt: Didier machten nach doppelter Plusankündigung mit plus 33 DM den größten Sprung nach vorn. Cassella gewannen 19 DM. Adler zogen um 10 DM und Südzucker um 20 DM an. Aesculap verminderten um 10 DM und Buderus um 20 DM.

Düsseldorf: Balcke-Dürr ermäßigten sich um 13 DM und Küppersbusch um 10 DM. Bilfinger steigerten sich um 2 DM und DAB um 1,80 DM. Keramag kletterten um 14 DM. Langenbrahm St. fielen um 30 DM zurück.

Hamburg: Beiersdorf mußten um 6 DM zurückgenommen werden. HEW wurden um 2 DM fester und Hapag Lloyd um 1,50 DM höher bezahlt. Bavaria Brauerei verbesserten sich um 2 DM.

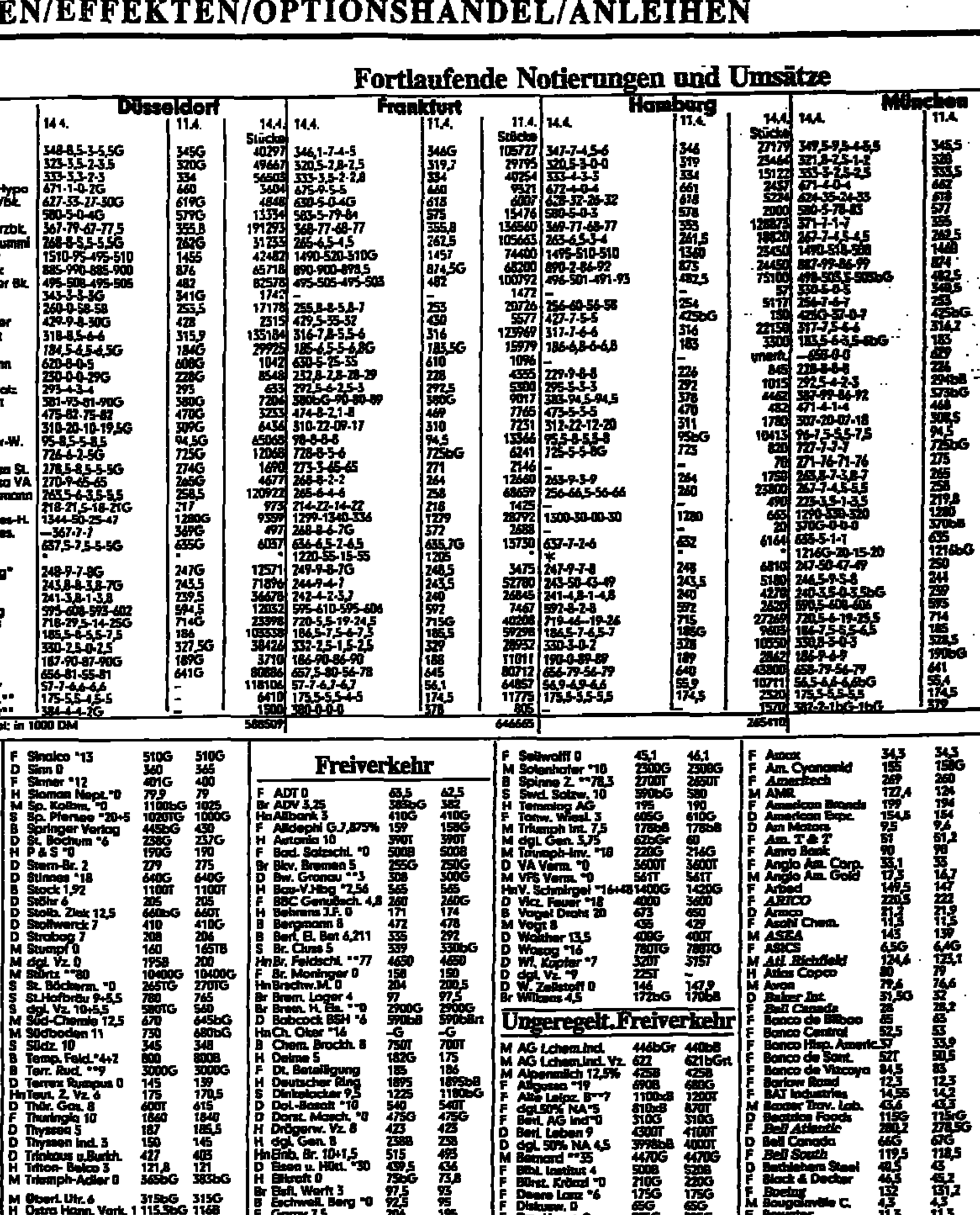
Berlin: Spinne Zehlendorf wurden um 50 DM höher taxiert. Berliner Elektro zogen um 43 DM und Schering um 19 DM an. Springer verbesserten sich um 15 DM. DeTeWe gaben um 9 DM und Orenstein um 8 DM nach.

München: Agrob Vz. erhöhten um 5 DM und Deckel um 6 DM. Dywidag stockten um 7,50 DM auf. Nachgegeben haben Tucher um 17 DM und Esterer um 4 DM.

Stuttgart: Daimler und Mercedes nachmen mit einem Plus von rund 55 DM die ersten Plätze ein, gefolgt in Porsche mit plus 15 DM. Württembergische Hypothekenbank erhöhten um 89 DM.

Nachbörse: weiter fest

WELT-Aktienindex: 314,74 (308,16)
WELT-Umsatzindex: 8885 (9375)
Advance-decline-Zahl: 140 (117)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

	14.4.	11.4.
H Aach M Bet. 10	2799	2750
H Aach. M. Vers. 7	1750	1720
D Aach. Rück. 9	3500	3500bG
D Aseag *4	495B	495bB
M Ack-Gögg. 6	174,5bG	172
H Adca 3	202	188
D Adler 9	326G	326G
F AEG 0	344	345,1
D AEG KABEL 9	455,5	451
S Aesculap 9	495	492
F AGAB 5	133	130
D Agrippina *0	4749	4700

F Cobl.Genußsch.	120	119bG
D Conc. Chem. 4,5+3	288	285G
B Conc. Spinne * 0	444G	444G
D Contigas 7,5	395	390bG
D Conti Gummi 3	267,2	263,5
D Dahlb. St. 7,65	301	299
D dgl. Vz. 14,55	455T	440G
S Daimler 10,5	1493	1438
M Deckel AG 0	255bG	249
D Dt. Atl. Tel.10+1	1050B	1050T
H Doag 5	449	445T
D Dt. Babcock St. 3	225	225,5
D dgl. Vz. 3,5	199	199,5
F Dt. Bank 12	887,9	874,5

H Hdl. Lüb. 9	570G	550G
Hn Hann. Papier 5,5	223	212
H Harmstorf 0	82,5	77,5
D Harpener 11	430	427
F Harm. & B.St. 4	1640T	1620T
F dgl. Vz. 4	1380T	1270T
M Hasen-Bräu 9	1130TB	1150TB
S Heidelb. Zem. 7	650	630
M Helfft & W. 5	278	270bG
D Hein, Lehm. *0	319bB	318
D Heinr. Ind. *14+4	725T	720T
H Hemmoor 0	250bB	235G
D Henkel	448	449
F Henninger 2	219,8	215
B Horitz 7	209,5	205

F MAB 6,5	352	350T
F dgl. Vz. 6,5	340T	345T
D Mannesmann 4	265	257,5
F Mannh. Vers. 8	1100	1050
H Maria & K. 7	224	227
F MAN St. 2	220,5	218
F dgl. Vz. 6	192	186,5
F MAN-Rol. 20,2	581	590
S M.Mül.Weing. *0	351	354
D Mauser 0	91	89
F Mercedes 10,5	1330	1258
F Metallges. 0	366,5	369
S Met. u. Lack 0	137,9	135bG
S Mühg 6,5	466	466G
F Moenus 0	109,5	109,5

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indizes

Kursgewinner (Frankfurt):

Kursverlierer (Frankfurt):

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Renten vernachlässigt

Für deutsche festverzinsliche Papiere lagen aus dem Ausland kaum noch Kaufaufträge vor. Aus währungspolitischen Gründen wird gegenwärtig für eine weitere Zinssenkung nur wenig Spielraum gesehen. Selbst institutionelle Anleger scheinen unter diesen Umständen der Aktienanlage den Vorzug zu geben. Öffentliche Anleihen schwankten, aber deutlich zur Minusseite hin. Das trifft auch für die Mehrzahl der DM-Auslandsanleihen zu. Das Aktivgeschäft der Realkreditinstitute gestattet eine Phase des Abwartens.

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Kaffee konnte kräftige Gewinne verbuchen, während Kakao Abschläge hinnehmen mußte. Uneinheitlich notierte Kupfer.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	11.4.	10.4.
Mai	286,00	286,25
Juli	241,00	246,00
Sept.	242,00	249,50

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	11.4.	10.4.
	24,00	23,00

MAISÖL New York (c/lb)

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

M. Morishima: „Warum Japan so erfolgreich ist"

Auf Treue kommt es an

Die verblüffenden technischen und wirtschaftlichen Erfolge der Japaner sind für uns immer wieder faszinierend und zugleich furchteinflößend. Dieses Phänomen ist nicht neu. Das Schlagwort von der „gelben Gefahr", einst als Ausdruck einer politischen Befürchtung gegenüber der Kraft des scheinbar schlafenden Riesen China geprägt, wird heutzutage oft ins Wirtschaftspolitische gewendet und auf Japan bezogen. Dabei führen die unzureichenden Kenntnisse über das fernöstliche und speziell japanische Denken oft zu schwerwiegenden Fehleinschätzungen. Dem will das Buch von Michio Morishima entgegenwirken. Angeregt von Max Webers Schlußfolgerungen über die Triebfedern des westlichen Kapitalismus stellt der Autor den Aufstieg Japans in den Zusammenhang seiner historischen Entwicklung und erklärt



die starken Einflüsse seines nationalen Ethos, des Konfuzianismus, auf den Kapitalismus im fernöstlichen Inselstaat.

In der japanischen Spielart des Konfuzianismus ist die Treue die oberste Tugend – anders als im Ursprungsland China, wo die Menschenliebe als höchstes Gebot gilt. Treue im Sinne von einem Herrn zu dienen mochte oft in Widerstreit geraten mit Treue gegenüber dem eigenen Gewissen. In Japan ist das jedoch nie ein grundlegender Widerspruch gewesen. Individualismus gab es nicht und gibt es nicht, und infolgedessen hat sich niemand ernsthaft für den Liberalismus stark gemacht. Die Japaner sind verpflichtet, ihren Herrschern zu gehorchen, die Alten zu ehren und in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Mehrheiten zu handeln. Auch der Schintoismus fördert das Treuegefühl der Japaner, während der verwandte chinesische Taoismus fordert, der Mensch solle sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen und in Abgeschiedenheit und Ruhe leben. Wie der Autor feststellt, kann es daher nicht überraschen, daß der japanische Kapitalismus nationalistisch, paternalistisch und anti-individualistisch war und immer noch ist.

Morishima analysiert auch die anderen Einflüsse für die wirtschaftlichen Erfolge Japans: die charakteristische Doppelstruktur seines Sozialgefüges, die Kluft zwischen den großen und den kleineren Unternehmen, die Beziehungen zwischen Regierung und Big Business, die Ablehnung von Liberalismus und Individualismus und die Kraft des japanischen Nationalismus. Zu der Treue, die der einzelne der Firma hält, sieht er die Komponente auch bei den Unternehmen, die trotz scharfer Konkurrenz untereinander verpflichtet sind, dem Staat ihre Ergebenheit zu bekunden. Es ist daher unmöglich – was in Europa und Amerika meist nicht gesehen wird –, im Namen des Wettbewerbs rücksichtslos dem Gewinn nachzujagen.

Der Autor macht aber auch auf die Schattenseiten im Gefolge des japanischen Ethos aufmerksam: Die konfuzianische Gesellschaft, welche die soziale Stellung eines Menschen ausschließlich aufgrund seiner Bildung festlegt, kann nämlich ebenso ungerecht wie eine bürgerliche Gesellschaft sein, die den sozialen Rang des einzelnen nach dem Reichtum seines Vaters bestimmt. Die Ausbeutung japanischer Jugendlicher, die 15 Stunden am Tag lernen müssen, unterscheidet sich kaum von der eines Kindes im Viktorianischen England.

Zwar meinen manche Japaner, ihre Arbeitskräfte seien von so hoher Qualität, weil sie Schwerarbeit und Disziplin von klein auf gelernt haben. Morishima betont aber, daß die Folge davon zerbrochene Individualitäten sind. Der Autor macht deutlich, in welch hohem Maß der wirtschaftliche Aufstieg Japans einzigartigen, historisch bedingten Entwicklungen zuzuschreiben ist.

Wenn eine Gesellschaft, die derart auf die Gruppe hin orientiert ist, die moderne Technologie voll in den Griff bekommt, dann kann sie leicht eine innere Schubkraft entwickeln, die Außenstehenden bedrohlich erscheint – oder die so groß wird, daß sie selbstmörderisch sein kann.

FRED DE LA TROBE

Michio Morishima, „Warum Japan so erfolgreich ist – Westliche Technologie und japanisches Ethos", aus dem Englischen von Manfred Vasold, Verlag C. H. Beck, München, 228 S., 29,80 Mark



Signale der Entfremdung: „Straße I" von Uwe Pfeifer (1979) FOTO. KATALOG

Oberhausen zeigt die offizielle „Künstlerische Druckgraphik in der DDR"

Bilder, die Hintergedanken nahelegen

Wolfgang Schreiner ist sozusagen ein Peter Ludwig en miniature. Wo sich der Aachener en gros der Malerei und Bildhauerei von Künstlern aus der „DDR" zuwendet, bescheidet sich der Berliner Sammler mit der Druckgraphik. Trotzdem umfaßt seine Kollektion inzwischen schon achthundert Blatt. Eine kleinere Auswahl davon war im letzten Jahr in Heilbronn und Münster zu sehen. Nun aber bietet das „Ludwig Institut für Kunst der DDR" im Schloß Oberhausen die Möglichkeit, mehr als ein Viertel des Bestandes zu zeigen (und zugleich im Katalog ein Gesamtverzeichnis der Sammlung vorzulegen).

Wie Peter Ludwig sammelt auch Wolfgang Schreiner nur die offizielle Kunst. Künstler wie Gerhard Altenbourg oder Hermann Naumann, die jahrelang in der „DDR" nicht zur Kenntnis genommen und ausgestellt wurden, reihte er erst 1984 in seine Kollektion ein, nachdem sie endlich in Ost-Berlin akzeptiert worden waren.

Die Sammlung, die offenbar seit Mitte/Ende der siebziger Jahre aufgebaut wurde, spiegelt vor allem die Tendenzen der künstlerischen Graphik im letzten Jahrzehnt. Nur wenige Arbeiten sind vor dieser Zeit entstanden. Neben den Künstlern des dogmatischen „sozialistischen Realismus" der fünfziger und sechziger Jahre fehlen deshalb z. B. auch solche Meister wie Josef Hegenbarth, Max Schwimmer, Hans Theo Richter oder Ernst Hasselbrank. Gut vertreten sind vor allem die vier Maler, mit denen der „DDR"-Kunst-Export begann, also Sitte, Heisig, Mattheuer und Tübke, sowie die Exponenten der „zweiten Generation", Stelzman, Gille, Magnus, Metzkes, Zander sowie die Graphiker Hirsch und Zettl.

Der Sammler scheint außerdem eine Vorliebe für Deftiges zu haben. So besitzt er neben Sittes „Kraft-Akten" viele der anekdotischen Holzschnitte von Lothar Sell. Auch Impressionistisches – z. B. die unbestimmten Figuren-Kompositionen von Sabine Curo – und Manieristisches scheint ihm zu liegen – neben Tübke und seinen Nacheiferern Claus Müller und Andreas Weißgerber auch Manfred Kastners De-Chirico-Anlehnungen. Künstler, die sich der Abstraktion nähern – wie z. B. Uhlig oder Morgner – sind nur mit wenigen Blättern dabei (und Konstruktivisten wie etwa Hermann Glöckner fehlen ganz).

Dafür findet man in der Auswahl einerseits die Picasso-Imitationen eines Walter Womacka, die in der Bundesrepublik wahrscheinlich allenfalls ein Mittel- oder Niedrigpreis-Möbelgeschäft anbieten würde. Andererseits gehört dazu auch Jürgen Schieferdeckers Blatt für George Orwell mit dem Satz „Big Brother is watching you", das wohl nur wenige allein als antiimperialistisch interpretieren werden, oder Otto Sanders recht zwiespältige Radierung „Ich diene an der Grenze. Für Egon Schultz †", das eher an andere Opfer der Mauer als an die „im Dienst" erschossenen Grenzsoldaten erinnert.

Eine solche Ambivalenz, die einerseits eine systemkonforme Interpretation zuläßt, zugleich aber auch systemkritische Gedanken nahelegt, ist für viele der graphischen Blätter charakteristisch. Vor allem aber spricht aus vielen ein Rückzug ins Private, verbunden mit Symbolen der Entfremdung – den heruntergekommenen „Berliner Häusern" bei Klaus Magnus, den Bedrohungshaltungen bei Ulrich Hachulla, der Kontaktlosigkeit bei Bärbel Bohley usw. Nach einer Widerspiegelung des Glücks, das angeblich einzig der Sozialismus den Menschen und der Menschheit verspricht, sucht man hier vergeblich. Was bekämen wir wohl erst zu sehen, wenn es in der „DDR" eine freie Kunst gäbe? (Bis 24. April; Katalog 16,50 DM.) PETER DITTMAR

Berlin zeigt den Architekten Otto Rudolf Salvisberg

Gegenpol zum Bauhaus

Vor nunmehr zwei Jahren fand die letzte Architekturausstellung des Internationalen Design Zentrums Berlin statt. François Burkhardt, entnervt durch das Trauerspiel um radikale Etatkürzung und Schließung der eigenen Ausstellungsräume, verabschiedete sich damals mit der anspruchsvollen Präsentation von drei „Großstadtbauten für Berlin". An einem Beispiel exemplifizierte er die Umnutzung eines denkmalgeschützten Kontorgebäudes aus den zwanziger Jahren inmitten der Produktionsanlagen einer Zigarettenfabrik. Der Architekt dieses Baudenkmals hieß Otto Rudolf Salvisberg.

Salvisberg, 1882 in Bern geboren, ging 1908 nach Berlin. 1914 macht er sich selbständig und wird zum gefragten Architekten des Berliner Bürgertums. In Bern gründet er 1923 ein zweites Büro. 1928 wird er an die ehrwürdige Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich berufen, wo er bis zu seinem frühen Tod 1940 großen Einfluß auf die zeitgenössische Architektur der Schweiz nimmt.

Die Schweizer Ausstellung über sein Werk, vom IDZ nach Berlin geholt, erschließt Neuland, denn Otto Rudolf Salvisberg ist bisher nur einem kleinen Kreis bekannt. Das ist erstaunlich genug, hat er doch gerade in Berlin viel gebaut. Geschäftshäuser, Villen, Teile der Weißen Stadt, Reihenhaussiedlungen, Fabrikgebäude und Läden kann er hier in den 20er und 30er Jahren realisieren. In der Schweiz entwarf er vor allem Produktions- und Verwaltungsgebäude für den Pharma-Konzern Hoffmann-La-Roche, außerdem einige Spitäler und die neuen Gebäude der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich.

Aber weshalb kennt ihn heute niemand mehr? Seine Bauten selbst geben darauf eine Antwort. Salvisberg versteht modernes Bauen nicht als Manifestation kunstpolitischer Pamphlete, sondern er will Tradition und Moderne miteinander vermitteln. Seine Villen zum Beispiel gestaltet er aus modernen, nackten Kuben, bleibt aber, was das Raumprogramm betrifft, beim alten. Seine Spitäler in der Schweiz zeigen modern verglaste Liegehallen, die Baukörper bleiben aber immer achsial geordnet, werden zu Beispielen einer „anderen Moderne". Im Gegensatz zu den Experimenten der klassischen Moderne der zwanziger Jahre wirken die Bauten von Salvisberg versöhnlicher, die egozentrische Künstlerhandschrift tritt in den Hintergrund, die Gebäude gewähren Anlaß zur städtischen Zerstreuung.

Der intellektuellen Zerstreuung dient in unterhaltsamer Weise auch die Ausstellung selbst, die Irma Noseda, Bruno Jenni und Christian Sumi vorbildlich gestaltet haben. Sie ist in zwei Teile gegliedert. Eine lange geschwungene Kurve von Tafeln zeigt die Entwicklung der Werke von Salvisberg. In pastellfarben gegeneinander abgesetzten Pavillons werden thematische Schwerpunkte gesetzt.

Was begeistert, ist die Klarheit der Darstellung, sind die Details der Ausstellungsarchitektur, ist die Solidität der ganzen Ausstellung. Dazu gibt es eine hervorragend ausgestattete Monografie (allerdings 69 Mark, im Buchhandel 82 Mark teuer), die sich als Ergänzung zum Ausstellungsbesuch versteht. Ohne eigene Ausstellungsräume hat das IDZ leider nur einen viel zu kleinen Raum mieten können (in der Berliner Festspielgalerie, Budapester Straße), dessen etwas heruntergekommene Lieblosigkeit schmerzlich bewußt macht, daß Architekturausstellungen in Berlin keine feste Bleibe haben und wie Obdachlose in öffentlichen Bewahranstalten behandelt werden. (Bis 27. April.)

BERNHARD WOLTER-SCHÄFERS

KULTURNOTIZEN

Das 9. französische Theaterfestival, unter Peter Hahn als neuem künstlerischen Leiter, findet vom 16. bis zum 24. Mai in Saarbrücken statt.

Erwin Piscator ist eine Ausstellung in der Freien Volksbühne Berlin gewidmet (bis 20. Mai).

Metallplastiken des Limburger Künstlers Lo van der Linden und seines Kollegen Albert Suos aus Würselen bei Aachen zeigt die Stadtgalerie Heerlen in ihrem Skulpturenhof bis zum 18. Mai.

„Das geht wie gedruckt" heißt die museumspädagogische Ausstellung, die bis zum 25. Mai im Städtischen Museum Mülheim zu sehen ist.

Juri Idanow, Choreograph und Tänzer des Bolschoi-Balletts, ist 61jährig in Moskau gestorben.

Die „Montagsmaler": Am besten, wenn die Technik streikt

Am Anfang war der Punkt

Wetten, daß er heute auf der Kandidatenbank sitzt und der Moderatorin ein Kompliment macht? Nicht, weil das zu einer Jubiläumssendung gehört – die „Montagsmaler" gehen heute zum 100. Male über den Bildschirm – sondern in kollegialer Anerkennung für Sigi Harreis.

Frank Elstner ist nicht nur der „Erfinder" des Titels. Er hatte auch die Idee, Kinder in diesen fröhlichen Wettkampf zweier Teams um das Raten gezeichneter Begriffe einzubeziehen. Vor allem aber: Mit Elstners lockerer Präsentation, bei der auch die Kandidaten ungezwungen agieren, wurden Maßstäbe gesetzt für deutsche TV-Unterhaltung. Nur ein einziges Mal, am ersten heißen Sommertag 1977, lagen seine Einschaltquoten unter 40 Prozent.

Die Idee des Spiels ist einfach. Ein wenig Geschicklichkeit, Phantasie und Schlagfertigkeit. Und zum Glück verstanden es die Verantwortlichen beim Südwestfunk, für den jeweiligen Moderator ein passendes Konzept zu schneidern. „Das ist das eigentlich Bemerkenswerte an dieser Sendung", meinte Elstner gegenüber der WELT.

Am Anfang stand „Punkt, Punkt, Komma, Strich" im 3. Programm der Südschiene. Die Ausdrucksfähigkeit von Strichgebilden sollte demonstriert werden. Aber das hatte eher pädagogisch-erzieherischen Charakter. Der Spaß war Nebensache. Hauptsache jedoch, so registrierte Wolfgang Penk, später Unterhaltungschef des ZDF, war für die Zuschauer das lockere Spiel.

Also erhielt die Idee eine showgerechte Verpackung und einen neuen Moderator. Der war Hörfunkprofi beim deutschen Programm von Radio Luxemburg und hieß Elstner. Mit dem Mal-Gerät, genannt „Tele-Strator", tingelte er zunächst über die Dörfer, um zum Quiz zu bitten. Der Erfolg war so immens, daß der Schritt ins Abendprogramm nur logisch war.

Mit der 53. Sendung sagte Elstner am 27. November 1979 ade – sein Arbeitgeber in Luxemburg brauchte ihn. Der Südwestfunk nahm die Maler aus dem Programm und probierte eine Legion neuer Moderatoren aus.

Reinhard Mey und Sigi Harreis blieben übrig – und fanden sich zunächst im 3. Programm wieder. Zuletzt „überlebte" nur die gelernte Neuphilologin, Dolmetscherin, Kabelschlepperin, Assistentin, Ansagerin. Sie trat ein schweres Erbe an: „Hätte ich – als totaler Anti-Fernseher – geahnt, wie beliebt Frank Elstner beim Publikum ist, ich hätte die ‚Montagsmaler'-Nachfolge nicht angetreten." Doch sie ist aus seinem Schatten getreten und drückte dem Dauerbrenner – seit 1982 wieder im Ersten und auf den Dienstag gesetzt – ihren eigenen Stempel auf.

Aber heute spielt Frank Elstner noch einmal eine Hauptrolle. Er durfte die Gäste mitbestimmen und wählte ein Rateteam, das ihn an seine schwerste Sendung erinnert. Denn als einmal der „Tele-Strator" streikte, mußte der Luxemburger 25 Minuten lang talken statt raten lassen. Das Urteil war einhellig: Elstner at his best.

Übrigens – als bei Sigi Harreis einmal das Mal-Gerät streikte, dachte sie: „Bloß nicht wie der Elstner reagieren." Zum Glück befand sich im Rateteam die Choreographin Petra Müller. Sie tanzte die Begriffe pantomimisch – auch ein Bombenerfolg.

GABI HERLYN



Der neue Mythos

Peter Handtke setzt in seinem Stück „Über die Dörfer" dem Verfall der Zivilisation die Beschwörung eines neuen Mythos entgegen. Er versucht, die Untergangs-Prophezeiungen mit einer säkularisierten Heilsbotschaft zu beantworten. Seine Nova verkündet eine ästhetische Selbsterlösungs-Lehre: „Wer sagt, daß Scheitern nötig ist?" Sie predigt die Machbarkeit des Heils durch die Schau der Natur. (Im ZDF in einer Inszenierung des Wiener Schauspielhauses.)

KRITIK

Ragout fies

Brutal der Anfang: Vermummte Gestalten stürmen ein Gefängnis, um einen Physiker zu befreien. Doch der will gar nicht. Derweil vertreibt sich Bond-Verschnitt Schimanski die Zeit mit seiner französischen Freundin. Dritter in der Sex-Idylle ist Simon, deren Sohn.

Die unglaubliche Fortsetzung der Tatort-Geschichte: Simon wird gekidnappt. Schimanski bietet sich zum Tausch an, wird aber getäuscht. Simon sitzt in Villa am Waldrand, bewacht von Persern. Nun befreit sich Schimanski, kidnappt Bewacherin und holt echten Simon. Flucht mit Schießerei und Autoüberschlag. Alle drei kriechen unverletzt, weil nicht angeschnallt, heraus. Bewacherin wird von eigenen Leuten erschossen. Schimanski fliegt mit Simon zur Französin.

Das Ganze wird aufgelockert durch Prügelszenen, Autoraserei und Disco-Mief. Schließlich sind da noch die Perser (dummdreist beim Verhör), aus deren Reihen sich die Banditen rekrutieren. Nachgefragt beim Onkel des Professors, erfahren Schimanski und die Zuschauer, daß es um Mikrochips geht. Die Tölpel vom Bundeskriminalamt erscheinen, als der Fall gelöst ist. Mit dem Kriminalalltag hat das natürlich nichts zu tun. Aber darauf kam es wohl auch nicht an. Eine Mischung aus Brutalität, Dirnen-Milieu und Toten sollte das Ragout ergeben, das die Zuschauer fesselt.

Nun, die Kamera traf den Punkt besser als die Akteure, und dem Autor ist eine Deutschstunde zu empfehlen. Unkompliziert wurde der junge Simon von Reiner Matschurat gespielt, erwähnenswert Yolande Gilot als Bettgenossin. Der Abgesang Schimanskis: „Die ganze Welt ist ein Arsch. Die rechte Backe sind die Amis, die linke die Russen. Und wir mittendrin sind das Arschloch!" Das Weltbild der ARD? S. IHLE

Nur trivialer Trost

Ob in seinen Romanen oder seinen szenischen Spielen – es sieht so aus, als habe Beckett Lust daran, beschädigte und verstümmelte Wesen zu beschreiben. Und es scheint, sein Können (und Ehrgeiz) bestehe in der äußersten Verknappung der Mittel; mit dem Ziel, nahe ans Verstummen heranzukommen.

Seine Fernsehspiele aber, von ihm zwischen 1977 und 1985 beim Südfunk Stuttgart produziert und am Sonntag (**Beckett zum 80. Geburtstag**, ARD) gebündelt ausgestrahlt, waren anders. Das elektronische Medium setzt Beckett in den Stand, Figuren und mit ihnen des Menschen Bild in seine diversen Komponenten, in Erscheinung und Stimme, Handlung und Ausdruck auseinanderzulegen, so daß Descartes' Dilemma der Trennung von Körper und Geist vorgeführt werden kann.

Dabei entstehen zwar Bilder, die sich wiederholen und an die man sich folglich bald gewöhnt – am deutlichsten in „… nur noch Gewölk" –, aber indem Beckett trennt zwischen einem Frauenkopf, dessen Lippen Worte formen, und einer Männerstimme, die ihnen zum Lauten verhilft, kann er aus solchen scheinbaren Formspielereien den Abglanz vergangenen Glücks gerinnen lassen.

In dem wortkargen Folterstück „Was Wo" bleiben von den erscheinenden Menschen nur Lichtpunkte übrig, und in „Nacht und Träume" wie in den „Quadrat"-Stücken, deren Mechanik man wiederum bald durchgerechnet hat, gibt es nicht einmal Sprache. Dennoch – oder gerade deshalb – gelingen dem Regisseur Samuel Beckett faszinierende Bilder einer hoffnungs- und sinnlosen Existenz. Wo Samuel Beckett, wie 1983 in „Nacht und Träume", ein einziges Mal Bilder minimalen Trostes ausformt, schmecken sie trivial, wenn nicht kitschig. K. BERGMANN

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Gesundheit
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 100 Karat
2. Teil: Der Fund
11.15 Umschau
11.25 Auf den Tag genau
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

13.25 Eishockey WM – aus Moskau
USA – Deutschland live
16.00 Tagesschau
16.05 Frauengeschichten
Film von Henning Stegmüller
Eine 59jährige Sennerin lebt fünf Monate im Jahr fern der Zivilisation in den Bergen.
16.50 Die Besucher
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
21.00 Report
Moderation: Franz Alt
Themen: Tatort Finanzministerium, Boock-Prozeß, C-Waffen, Cruise Missiles im Hunsrück
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Themen: Journalisten fragen in Gabun, Fotos aus Südafrika, Videoboom in Indien, Film in Island, Filme in Polen
Mit Hansjürgen Rosenbauer
23.45 Eishockey-WM – aus Moskau
USA – Deutschland (Aufzeichnung)
und: Fußball-Bundesliga
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Gästebuch
G. Baumann im Gespräch mit G. Strack
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Das Lächeln kehrt wieder
Aus Kambodscha berichtet Manfred Rohde
20.15 Die glücklichen Jahre der Thorwalds
Deutscher Spielfilm (1962)
Mit Elisabeth Bergner, Hansjörg Felmy, Dietmar Schönherr u. a.
Regie: Wolfgang Staudte
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-journal
22.05 Über die Dörfer
Dramatisches Gedicht von Peter Handke
Inszenierung: Hans Gratzer
0.35 heute

III.

WEST
17.30 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Jürgen Roth aus den Niederlanden
20.45 Rückblende
Vor 100 Jahren geboren: Ernst Thälmann
21.00 Formel Eins
21.45 Gegen den Strich
Der Musiker Peter Kowald
22.15 Deutschlandbilder
Sonnenblumen und Heldentod
Carola Stern über ihre Jugend
23.00 Auslandsmagazin
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Ein Wirtschaftsmagazin
21.00 For eyes only
„DDR"-Fernsehspiel (1961)
22.40 Die Lust zu kämpfen – die Kraft zu lieben
Margarethe von Trottas Film über Rosa Luxemburg
Eins plus stellt sich vor
0.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Hessen Drei heute
18.35 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Der Doktor und das liebe Vieh
Fernsehfilm von Brian Finch
21.30 Drei aktuell
22.00 Filmmagazin
22.45 Hochschulreport
Hessens Universitäten präsentierten sich der Wirtschaft
23.30 Jazz in Concert

SÜDWEST
18.15 Peres vor dem Europarat
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Originale im Talar
Joseph Braun, Pfarrer und „Wetterprophet"
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Privatleben
Franz.-Ital. Spielfilm (1961)
22.45 Biedermeier-Kaleidoskop
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Wie hammas denn?
20.00 Cambodunum – Kempten
Bilder einer Stadt
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.00 Z. E. N.
22.05 Eine Prinzessin für Amerika
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Mit Carole Lombard u. a.
Regie: William K. Howard
23.20 Rundschau

SAT 1

15.00 Perrine
Erste Gäste
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Blind ins Verderben
18.00 Taxi
Das Klassentreffen
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Glückstreffer
Ein Quiz mit Witz für kluge Köpfe
19.45 Love Boat
Amerikanische Unterhaltungs-Serie
Anschließend:
APF Wetterblick
Danach: Ihr Wochenhoroskop
20.45 Bis an die Grenzen …
Ein Abenteuer-Feature
Sie lassen sich mit Hubschraubern bis auf die höchsten Gipfel der Alpen bringen, um die schwersten Tiefschnee-Abfahrten zu meistern. Sie erklimmen einen zugefrorenen Wasserfall, weil auch die steilsten Felswände keine echte Herausforderung mehr für sie sind.
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künste,
Sport, Quiz, Wetter
22.15 F. A. Z. etten
22.45 S. T. E. P. IN
23.40 APF blick
Nachrichten



19.00 Mit der Kamera dabei
Unternehmen Manöver
19.45 eff-eff Autotest
20.00 Tagesschau
20.15 Eishockey-Weltmeisterschaft
USA – BR Deutschland
21.45 Der Regisseur Ludwig Cremer
Intermezzo für fünf Hände
Von Peter Härtling
23.15 Meine brillante Karriere
Australischer Spielfilm (1978)
0.55 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Direkt
Mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Ich heirate eine Familie
Kinderkrankheiten
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hans-Werner kauft alles
Spiel mit Hans-Werner Olm
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 KAZ
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Im Auftrag der Cosa Nostra
Italienischer Sielfilm (1971)
Mit Vittorio De Sica u. a.
22.05 RTL-Spiel
22.10 Porträt: Lionel Richie
22.37 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Kunst auf Draht

BFS – Auf den richtigen Namen kommt es an. Also erfand man als schmückendes Beiwerk zur 10. Internationalen Düsseldorfer Fachmesse Draht und Kabel, kurz Wire genannt, eine neue Kunstrichtung: „Wire-Art". Tausend Künstlern schickte man die Botschaft, ob sie nicht Drähte, Stäbe, Schrauben, Kabel, Isolierungen und Gitter, also alles, was die Branche produziert, zu einem Werke inspiriere – bei Materialzulieferung frei Haus.

Mehr als hundert fühlten sich angeregt. Sie schickten Arbeiten von hauchdünnem Schmuck bis zu zentnerschweren Installationen. Neue Ideen der Verarbeitung waren allerdings nicht zu entdecken. Das Material der Drahtbranche hatten sich schließlich in den fünfziger Jahren bereits Künstler wie Alexander Calder, Jean Tinguely, Harry Kramer mit seiner Menagerie koboldhafter Drahtmarionetten oder Günter Haese mit seinen filigranen Käfigstrukturen zu eigen gemacht.

Die Wire-Art konnte da nicht mithalten. Sie kalauerte „au wire" mit einem aufgebrochenen Kabel oder „En Wire ment" für einen riesigen Stacheldrahtverhau. Den ersten der drei Preise – denn Preise müssen *sein – erhielt ein Objekt der Bonner* Künstlerin Eva Jepsen-Föge, das mit einem alten Türrahmen und einem Vorhang aus Maschendraht eine Arbeit von Duchamp variiert.

Zum Kauf verlockte allerdings nur weniges. Bei der abschließenden Auktion wurden ganze siebzehn Kunstwerke, zum Teil unter Limit, versteigert. Hat Wire-Art also keine Zukunft? Oder lag es daran, daß bei Messe-Eintrittspreisen von 25 Mark und nur fünf Messetagen, die neue Kunstrichtung nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit aus der Taufe gehoben wurde? Draht allein tut's eben nicht. Man *muß auch auf Draht sein.*

Bonn: Bizets „Carmen", unter Giancarlo del Monaco

Eine Nacht im Hotel

Der vierte Akt der von Giancarlo del Monaco inszenierten und von Michael Scott ausgestatteten „Carmen" an der Bonner Oper ist ein Geniestreich. So, wie im Textbuch beschrieben, läßt sich diese Szene ja gar nicht auf die Bühne bringen: Da müßten die Volksmassen vor der Arena wogen, dann plötzlich vom Erdboden verschluckt werden, um dem zärtlichen Dialog Carmens und Escamillos Raum zu geben, dann wieder auf der Bühne versammelt sein, um den Torero zu begrüßen, ehe sie sich in die Arena verziehen, um Don José nicht bei seinem Mord an Carmen zu stören. Ein Unsinn von Handlungsführung also, den so sieht man den „Carmen"-Schlußakt landauf, landab bei Karajan wie bei Ponnelle.

Nicht bei del Monaco. Der Akt spielt in Escamillos Hotelzimmer, wo er die vergangene Nacht mit Carmen verbracht hat. Da knistert Erotisches, wenn Carmen vor dem Spiegel ihr Make-up richtet, Escamillo in seinem Toreadoris-Habit sich noch einmal auf das breite, zerwühlte Bett gelegt hat. Hinterwärts, unter den Balkonen, können nun die Massen jubeln – nicht sichtbar zwar, doch kräftig zu hören. Da wird die Großkampfstimmung, diese Massenbewegung in Richtung Stadion, viel intensiver getroffen als durch ein bißchen Chorgedränge vor der Arena. Und da reduziert sich auch Bizets „Carmen" auf das, was sie doch im Kern ist: ein Dreipersonenstück. Atmosphäre, Stimmung, Inhalt – das paßt hier alles zusammen und läßt auch Josés Mord einmal so plausibel wie unausweichlich erscheinen. Denn hier kann Carmen ihrem Mörder nicht entkommen.

Hotelzimmer, sagten wir. Ja, del Monaco und Scott lassen das Stück irgendwo in der jüngeren Vergangenheit spielen, zwischen dreißigern und fünfzigern. Die Soldaten zu Beginn tragen schwarze Hemden, der Leutnant fährt einen Jeep, mit dem Carmen dann prompt entflieht. Aus der Schenke vor den Toren Sevillas, Schauplatz des zweiten Aktes, wird ein baufälliger Tanzsaal in einem Slum-Viertel, aus der „wilden Felsenschlucht" des dritten Aktes eine Großbaustelle, wobei die Schmuggler wohl vor allem im Waffenhandel aktiv sind, wenn nicht gar selbst schon eine Partisanen-Einheit bilden.

Bizets „Carmen", wird sie in ihrer historischen Zeit gespielt, verkommt doch aus heutiger Sicht sehr leicht zum Folklorestück. Die moderne Kostümierung *schält das Drama,* die Liebes- und Eifersuchtstragödie mit ihren vielen sozialen Nebenaspekten, deutlicher heraus. Dagegen ist nichts zu sagen. Zumal del Monaco auch wirklich ganz realistisch Drama spielen läßt, wenn er nicht gerade die Leute bei hellstem Tageslicht mit Fackeln herumlaufen läßt. Hier passiert etwas mit den Figuren: Die singen sich an, nicht ins Publikum, wenn sie miteinander reden; die fühlen körperliche Nähe; ein flüchtiger Kuß, ein Blick, der mehr sagt als manche Melodie: Trotz der auf über vier Stunden sich ziehenden Aufführung wird „Carmen", die langatmige Oper, zum packenden Theater.

Dabei helfen die Sänger enorm. Bonn sieht die erste Carmen der Lucia Valentini-Terrani, sonst mehr hochgeschätzte Spezialistin fürs italienische Belcanto-Fach. Sie sieht nicht wie eine Postkarten-Carmen aus, ist keine Zigeunerin, nicht mal schwarzhaarig, sondern hellblond. Aber sie hat (oder spielt doch) das Aufreizende, Animalische, Sinnliche, das den Mythos Carmen in Wahrheit ausmacht. Die Stimme der Valentini-Terrani mit ihrem betont dunklen *Timbre steht der Partie sehr gut an,* ihre eher gepflegte Vortragsart reichert sie mit ein paar dramatisch wirksamen Aufrauhungen an. Die Valentini-Terrani steht auf Anhieb in der ersten Reihe der großen „Carmen"-Interpretinnen heute.

Die eigentliche Entdeckung des Abends freilich ist der Amerikaner John Sandor als Don José. Es ist nicht gerade eine berückend schöne Stimme, die er ins Feld führt, aber doch kraftvoll, mit gut sitzender Höhe, biegsam, musikalisch, genau in der Diktion. Als Don José dürfte er schwer zu schlagen sein. Von Boris Martinovic, dem Escamillo, hatte man schon genügend Wunderdinge gehört, um nicht mehr überrascht zu sein über die so schöne wie kraftvolle und wendige Stimme. Lucy Peacock sang die Micaëla mit ihrem so angenehmen lyrischen Sopran, nur sollte sie sich für ihre Arie vom Regisseur nicht auf die Hinterbühne und die dritte Etage verbannen lassen. Allerdings drosch der Dirigent, Hans Wallat, auf seine undelikate Art auch zusammen, was stimmkräftiger über die Rampe kam. Vom maltraitierten Bizet ganz zu schweigen.

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 16., 19., 23., 26., 29. April. Kartenbestellungen: 0228/7281

München: Becketts „Glückliche Tage" unter Tabori

Was will Tristan hier?

Während der achtzigjährige Samuel Beckett sich offenbar immer mehr dem Null-Theater nähert – siehe am vorigen Sonntag in der ARD sein neues 35-Minuten-Ritual „Was, Wo" für vier Köpfe –, halten es manche Regisseure für an der Zeit, ihm endlich die Behandlung zukommen zu lassen, wie sie an deutschen Theatern einem Klassiker gebührt: Ihn so zu bearbeiten, daß der berüchtigte „neue Zugang" sichtbar wird.

Im Münchner Werkraum besorgt das der hierin erfahrene George Tabori mit seiner Inszenierung der „Glücklichen Tage". Kein sehr glücklicher Tag für stramme Beckettianer. Denn nichts ist geblieben von den Sekunden, Zentimetern und Halbtönen, die Beckett 1971 für seine Berliner Aufführung (mit Eva Katharina Schultz) festgelegt hat. Tabori wagt sich sogar an den metaphysischen Erdhaufen, in dem Winnie steckt, und den ihr Willie ein paarmal unbeholfen wie eine alte Schildkröte bekriecht.

Statt dessen steht inmitten blutroter Wände ein Bett. Darin Ursula Höpfner (Frau Taboris) als beidbeinige (!) Winnie, die sich samt Plumeau gelegentlich auf den Boden wälzt. Und neben ihr der nun real schwerstbehinderte Peter Radtke als Willie, angetan mit einem Schnürkorsett wie aus herrlichen Zeiten und animiert im Beckett-Textbuch lesend, als sei's schiere Pornographie.

Hinter den Satzsätzen die Beschädigung des Menschen, der letzte Wille zur Zärtlichkeit in Becketts zeit- und trostloser Welt – sie sind hier nicht mehr ins große Raunen, ins rätselhaft Entrückte übertragen, sondern krallen dem Publikum ins Gesicht.

Dem schwierigen Körpertheater der Winnie entspricht bei Willie eine freudig ausgestellte und sehr spielefrige Live-Behinderung, die eine völlig andersgeartete Aktion auf sich zieht: Die Kriechtechnik des kleinen Körpers, der abstruse Anblick, wenn dieser Willie plötzlich auf Rädern hereinfährt, mit Zylinder und Cutaway... Zu echt, um noch Kunstware zu sein? Oder hat man sich daran zu gewöhnen, daß die deformierte Person, mit der sich unsere Dramatiker so gern und so ausgiebig beschäftigen, nicht mehr bloß dargestellt, sondern im Holzhammer-Realismus vorgeführt wird als lebendige Sensation?

So aufopfernd die beiden ihren Beckett ausspielen, bis an die Grenze des versuchten Behinderten-Sex, so sehr fragt man sich, ob das denn der berühmte Schock gewesen ist, mit dem Beckett unsere Hör- und Sehweisen verändert hat. Daß Tabori anfangs eine Bayreuther „Tristan"-Probe unter Karl Böhm einspielt, soll wohl das Endspielhafte in eine tragische Liebesgeschichte umdeuten. Aber da putscht den Beckett nur auf von einer populären Seite aus – den Zugang seh ich wohl, allein mir fehlt der Zauber.

ARMIN EICHHOLZ

Nächste Aufführungen: 16. und 28.4. Kartenbestellung: 089/23 72 13 28

Seligsprechung einer Briefschreiberin – Zu Margarethe von Trottas neuem Film „Rosa Luxemburg"

Der arme Büffel und der Klassenfeind

Nachdem man diesen Film gesehen hat, darf man Empfindungen haben und sie auch spontan äußern. Ich kann sie in zwei Feststellungen zusammenfassen:

Eine große schauspielerische Leistung der Titeldarstellerin Barbara Sukowa, aber ein schlampiges Drehbuch – Marx und allen sozialistischen Kirchenvätern sei es geklagt.

Man kann einen Film über ein außergewöhnliches Frauenschicksal drehen und dazu Motive aus dem Leben einer historischen Person benutzen. Das muß man dann deutlich machen. Wenn aber ein Film schlicht und umfassend „Rosa Luxemburg" heißt, dann darf man von ihm zumindest ein redliches Bemühen um historische Genauigkeit erwarten. Doch genau diese Erwartung wird nicht erfüllt.



Zwischen Lasalle und Karl Marx: Barbara Sukowa (Mitte) als revolutionäre Rednerin Rosa Luxemburg in Margarethe von Trottas Film FOTO: CONCORDE

Das beginnt schon damit, daß es hier keine klare zeitliche Abfolge gibt. Die Handlung beginnt 1916 im Gefängnishof von Wronke. Kurz darauf sieht man Rosa Luxemburg 1906 im Warschauer Gefängnis. Abschließend folgt eine Szene mit Leo Jogiches, die circa 1896 spielen muß, und nach dem nächsten Schnitt erlebt man die Silvesterfeier der deutschen sozialdemokratischen Prominenz zum Jahrhundertwechsel. Da die Sprünge nicht einmal durchgängig durch Jahreszahlen oder Hinweise erläutert werden, verliert sogar derjenige die Übersicht, der sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung auskennt.

Schlimmer freilich ist die penetrante, unkritische Verklärung der Titelpersönlichkeit in diesem Film. Die historische Rosa Luxemburg war bei weitem nicht so ansehnlich wie ihre Darstellerin Sukowa. Und ihre Antriebe waren bei weitem nicht so edel und allgemein akzeptierbar, wie es von der Regisseurin hingestellt wird.

Die Rosa Luxemburg des Films schreibt Briefe und manchmal Zeitungsartikel. Sie schimpft über die politischen Verhältnisse in der deutschen Sozialdemokratie. Aber daß sie sich z. B. publizistisch mit Lenin auseinandersetzte, erfährt man nicht. Lenins Name wird im Film nur einmal beiläufig von einem schießenden Spartakisten erwähnt. Hervorgehoben wird dagegen Rosa Luxemburgs Friedensliebe und ihr Pazifismus. Und eben diese Darstellung ist schlicht unwahrhaftig. Hier wird dem Publikum (bewußt?) ein falsches Bild suggeriert.

Das Wesen der historischen Rosa Luxemburg war durch gewaltige Spannungen und Gegensätze bestimmt. Sie konnte sich in ihren Briefen aus dem Gefängnis über das Schicksal einer Hummel erregen, die aus dem Haftraum nicht wieder ins Freie fand, und gleichzeitig zur Eliminierung von „Klassenfeinden" aufrufen. Im Film wird ausführlich jene Szene wiedergegeben, die sie selbst geschildert hat: Einem Büffel, den ein roher Soldat blutig schlägt, widmet sie ihr ganzes Mitgefühl. Doch die historische Rosa Luxemburg sah ihre vordringlichste Aufgabe keineswegs im Tierschutz, sondern in der gewaltsamen revolutionären Umkrempelung Deutschlands, mit allen Konsequenzen. *Sie formulierte am* 14. Dezember 1918 das Programm des Spartakusbundes, das die KPD auf ihrem *Gründungsparteitag 1918 als Parteiprogramm* übernahm. Darin schlug sie vor:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten.

2. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern.

3. Einsetzung eines Revolutionstribunals, von dem auch alle Verschwörer der Gegenrevolution abzu*urteilen sind.*

4. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte.

Wörtlich schrieb sie: „Auf Proletarier! Zum Kampf! Es gilt, eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!" Es besteht wohl kein Zweifel, daß jemand, der so schreibt, im geeigneten Augenblick auch tatsächlich schießen läßt.

Ich halte diese Aussparung von Rosa Luxemburgs aggressiver Gewaltbereitschaft in der filmischen Umsetzung für unredlich. Nun hat die Regisseurin mehrfach erklärt, daß sie sich in erster Linie an der Briefschrei*berin und nicht an der Politikerin* orientiert habe. Die Folgen einer solchen Verengung bleiben nicht aus. Barbara Sukowa, die sich mit ihrer Rolle sehr identifiziert hat, behauptete kürzlich im ZDF allen Ernstes, daß die Rosa Luxemburg gegen jede Gewalt gewesen sei!

Aber selbst die Auswertung der Briefe ist sehr einseitig gewesen, um ein verklärtes Bild der Berufsrevolutionärin zu erzeugen. Aus den Briefen geht beispielsweise eindeutig hervor, daß Rosa Luxemburg oft sehr taktlos *gegenüber Personen war, von denen* sie annahm, daß deren Bildung und Intellekt nicht ausreichten, um ihre Intentionen verstehen zu können. Sie unterschied sich in nichts von einer Rechnungsratswitwe, wenn sie die Arbeitsweise ihres Dienstmädchens beklagte. Über ihre Katze Mimi äußerte sie sich öfter und ausführlicher als über Kunst und Literatur insgesamt. Am unangenehmsten aber fällt auf, daß sie ihre politischen Gegner, selbst wenn sie einmal mit ihnen befreundet gewesen war, persönlich aufs Schlimmste diffamierte.

Zwei Filmszenen sind besonders unsinnig: Im Breslauer Gefängnis verkündet der Direktor den weiblichen Häftlingen – außer Rosa Luxemburg alles Kriminelle –, daß Deutschland nun eine demokratische Republik sei. Die Frauen jubeln. So stellt sich der linkssozialistische kleine *Moritz die Reaktion der* „Unterdrückten" vor.

Rosa Luxemburg wird aus dem Gefängnis entlassen, erhält von Luise Kautsky am Bahnhof eine langstielige rote Edelrose. Mit dieser Rose in der Hand umarmt sie ihren ehemaligen Geliebten Leo Jogiches in der Redaktion der „Roten Fahne". Das ist gräßlicher Kitsch, der allein durch die schauspielerische Leistung der Sukowa neutralisiert wird. Trotzdem bleibt es ein Film der bewußten Verschönung und Verklärung, eine peinliche Hagiographie.

Das furchtbare Ende der Rosa Luxemburg und die beschämende Tatsache, *daß dieser Mord nie gesühnt* worden ist, entbinden Biographen nicht von der Pflicht zur historischen Wahrheit.

PETER BORIS

JOURNAL

Gelehrtenstreit um den Speyerer Dom

dpa. Speyer

Der 950 Jahre alte Speyerer Dom ist „nach seiner Restaurierung weiter von der Romanik entfernt als zuvor mit der Ausmalung des 19. Jahrhunderts". Mit dieser Kritik hat der hessische Landeskonservator Gottfried Kiesow eine Diskussion in Gang gesetzt. Streitobjekt um Romanik und Romantik ist die inzwischen schon ein Vierteljahrhundert lang abgeschlossene Restaurierung des salischen Kaiserdomes. *Damals* war zur Betonung der architektonischen Strukturen der Putz von den Wänden entfernt worden. Mit ihm fielen die Wandmalereien. Eine Fortsetzung des Gelehrtenstreites wird erwartet, wenn im Juni die Vereinigung der deutschen Landesdenkmalpfleger in Speyer tagt.

Florenz eröffnet eine Mode-Universität

AFP, Florenz

In Zusammenarbeit mit dem New Yorker „Fashion Institute of Technology" wird Florenz im September eine Mode-Universität, das „Höhere Institut für Kunst, Handel und angewandte Modetechniken", eröffnen. Es wird den aus dem 16. Jhd. stammenden Strozzi Palast beziehen. Die ersten Seminare sollen sich mit Modedesign und Modemarketing beschäftigen. Außerdem soll durch Besichtigungen von Betrieben der Modeindustrie die Verbindung zur Praxis gepflegt werden.

Montreal präsentiert „Jüdische Kunst"

AFP, Montreal

Eine Ausstellung jüdischer Kultgegenstände aus den staatlichen Sammlungen der Tschechoslowakei ist im Museum der Schönen Künste in Montreal eröffnet worden. Es handelt sich um den Besitz der jüdischen Gemeinden in der Tschechoslowakei, der während der Besetzung 1942 und 1945 konfisziert und in Prag zusammengetragen wurde. Die Ausstellung wurde bereits in mehreren Städten Kanadas und der USA gezeigt.

China veranstaltet ein Shakespeare-Festival

AFP, Peking

In Peking und Schanghai finden *bis Ende April die ersten* Shakespeare-Theaterfestspiele in China statt. 13 chinesische Schauspieltruppen werden Dramen und Komödien aufführen, darunter „Richard III", „King Lear", „Der Kaufmann von Venedig" und „Othello". Während der Kulturrevolution waren die Stücke Shakespeares in China verboten.

Wettbewerbsthema: Wer schreibt an Goethe?

akk, Mainz

Der Fachinger-Kulturpreis wurde zum zweiten Mal von der Firma Staatliche Mineralbrunnen Siemens Erben (Postfach 3827, 6500 Mainz) ausgeschrieben. Erwartet *wird eine literarische Arbeit in* Form eines Briefes an den Geheimen Rat Johann Wolfgang von Goethe zu Weimar. Zu *vergeben sind* Preise im Wert von 20 000 Mark.

Mickey, Donald und Bugs Bunny im Museum

DW. Frankfurt

„Mickey Mouse, Asterix u.Co." heißt eine Ausstellung des Deutschen Filmmuseums in Frankfurt. Sie gibt einen Überblick über die Geschichte des Zeichentrickfilms. Auch ein bisher wenig beachteter Aspekt der deutschen Filmgeschichte, nämlich „Disney in Deutschland zwischen 1927 und 1942" wird berücksichtigt.

Er singt ein Loblied auf die Frauen – Das neue Programm des Chansoniers Renaud begeistert Paris

Doch für Miss Maggie gibt es leider kein Pardon

Da hätte doch ein junger Chansonsänger beinahe die französisch-englischen Beziehungen völlig durcheinandergebracht! Schaltet man derzeit eine der unzähligen Radiostationen in Frankreich ein – sei sie nun staatlich oder auch privat –, dann dauert es bestimmt nicht lange, bis das erfolgreichste Chanson der letzten Monate zu hören ist: „Miss Maggie" von Renaud.

Renaud singt ein Loblied auf die Frauen: „Keine Frau auf dieser Erde / Wird jemals blöder sein als ihr *Bruder / Auch nicht stolzer oder unehrenhafter* / Außer vielleicht Madame Thatcher."

Dieser letzte Vers, der ironisch-boshaft und sehr persönlich die englische Regierungschefin attackiert, kehrt nach jeweils drei Strophen der langen Ballade wieder. Alle anderen Frauen hingegen werden von Renaud als friedfertige Wesen geschildert, die weder in Fußballstadien randalieren noch Krieg führen, die besser Auto fahren als Männer und keine Bomben bauen.

Mit diesem Chanson ist Renaud in Frankreich endgültig zu einer nationalen Berühmtheit geworden. Seit Wochen pilgern jeden Abend Tausende ins „Zénith", die futuristische Halle für Pop-Konzerte im Pariser Nordosten. Hier im traditionellen Arbeiterviertel „La Villette", in dem neuen, noch von viel Schlamm und Baumaschinen umgebenen Freizeit- und Kulturpark, singt Renaud sein diesjähriges Konzertprogramm.

Er ist inzwischen viel mehr Poet denn Protestsänger. Gefühle und Alltagserlebnisse verpackt er in eingängige *Musik.* Selbst *„Miss Maggie"* nimmt man ihm nicht übel, wenn man ihn mit dem ausgefransten Pony auf der Bühne sieht, das obligatorische rote Tuch keß um den Hals geschlungen.

Nach vielen Jahren Showgeschäft wirkt er noch erfrischend natürlich, fast scheu. Die Jugendlichen der Pariser Vorstädte sehen in ihm einen der ihren. Sie erkennen sich in seinen Liedern wieder, wenn er den tragikomischen „Baby Sitting Blues" singt, vom Flippern in der Kneipe erzählt und von Verwandten, die man sich nicht aussuchen kann.

Ob er gerade das rauhe Matrosenleben ausmalt oder zärtlich die erste Schwangerschaft seiner Frau nachempfindet, Renauds Vokabeln entstammen dem „Argot", der ständig sich wandelnden Umgangssprache der Vorstädter, jener „zonards", die in tristen Arbeiter-Wohnsilos rings um Paris ihr Dasein fristen.

Renaud, der eigentlich Renaud Séchan *heißt, kommt aus bürgerlichen* Verhältnissen. Im Mai 1968 sang er, noch Schüler auf dem angesehenen Lycée Montaigne, seinen ersten Protestsong. 1974 kam das erste Album heraus. Vier Jahre später schaffte er den Durchbruch mit „Laisse béton", einem Lied, das das beliebte Sprachspiel des „Verlan" benutzt: Die Silben eines Wortes werden vertauscht, so daß ein neues Wort und damit ein doppelter Sinn entsteht.

Inzwischen ist Renaud verheiratet, und von den Revoluzzertagen blieb kaum mehr übrig als die Jeans und der schwarze Lederblouson. Renaud bezeichnet sich heute als „zart träumenden Anarchisten". Seine Lieder werden bereits im Schulunterricht interpretiert.

„Ich schreibe zum Vergnügen und komponiere, um meine Texte mitteilen zu können." Sie kommen an und das Publikum träumt gerne mit. Die herb-romantische Bühnendekoration für sein diesjähriges Konzert, eine *bunte Traumlandschaft, angesiedelt* irgendwo zwischen Ölhafen und südfranzösischem Fischerdorf, hilft ihnen dabei. *Bei langsamen Liedern* knipsen in der dunklen Halle Hunderte von ergriffenen Fans ihre Feuerzeuge an und bewegen sie im Rhythmus hin und her – Woodstock ist weit.

MICHAEL SIEBERT



Große Liebe zum deutschen Theater: Die polnische Regisseurin Anna Matysiak FOTO: DIE WELT

Inspiriert vom Frühling in Freiburg – Ein Porträt der jungen polnischen Regisseurin Anna Matysiak

Die Schmerzen gehören nun einmal zum Leben

Ich fühle mich", sagt Anna Matysiak, „ein *bißchen wie im Himmel*". Die temperamentvolle Regisseurin aus Warschau hat gerade im *Freiburger Wallgraben-Theater ihre* erste deutschsprachige Inszenierung hinter sich gebracht, Strindbergs „Totentanz". Aber ihre Freude bezieht sich noch nicht einmal so sehr auf die erfolgreiche Arbeit: „Es ist das Lebensgefühl hier, das mich stimuliert. Obwohl es dauernd regnet, kommt mir alles vor wie Frühling."

Als wir Anna Matysiak ein Jahr vor der Ausrufung des Kriegsrechts in *Warschau zum ersten Mal* trafen, bewegten sie wohl ähnliche Gefühle, eine euphorische Hoffnung, die noch nicht einmal besonders politisch bestimmt war. Veränderung lag in der *Luft, das erregte sie. „Wenn ich meine* Grundstimmung beschreiben soll", sinnierte sie damals, „dann ist das wohl ein Glücksbedürfnis vor dem Hintergrund großer Trauer."

So hat sie auch in Freiburg ihren „Totentanz" inszeniert. Das enge, gefängnisartige Backstein-Gewölbe – auch für das Bühnenbild sorgte die Regisseurin, weil der Warschauer Kollege nicht ausreisen konnte – ist mit wenigen sorgsam gesetzten Farb*tupfern belebt. Das Ehepaar, das vor* der silbernen Hochzeit und der bedrohenden Krankheit des Mannes zu *einem neuen Selbstzerfleischungs-*Akt ausholt, endet hier nicht in der absoluten Lichtlosigkeit.

Der ewige Krieg des Paares hat bei Anna Matysiak ein belebendes Element; er ist ein Ritual, das in der Herausforderung einen Sinn bekommt. Alice, die Frau und frühere Schauspielerin (Ingeborg Steiert), läßt immer Momente der Liebe zu. Und Edgar, der Mann und Artillerie-Kapitän *(Heinz Meier), inszeniert* scheinbare Scheidung und scheinbaren Hinauswurf nur, weil er zur Rettung der größten Verletzung bedarf. Und entsprechend ist auch Familien*freund Kurt (Horst Warning) eher* ein Opfer denn ein Handelnder, freilich ein Opfer, das die Schmerzen zu tragen vermag, weil es verstanden hat, in welchem Maße der Schmerz zum Leben gehört.

Ein ungewöhnlicher Strindberg, über den die Lokalpresse denn auch gleich berichtete, er *streife das* Boulevardhafte. Strindberg in Deutschland – das heißt eben Abgrund. Strindberg für einen Polen – das heißt über dem *Abgrund am Leben bleiben. Und für* Anna Matysiak besonders: „Die bitteren Rituale sind auch Spiele, an de*nen man Kreativität erweist. Das* Tragische kann doch nicht bedeuten, daß wir aufhören müssen zu leben."

Das ganz ernstgenommene Spiel ist charakteristisch für Anna Matysiak, die Literaturwissenschaft studiert hat, mit einem Promotionsstipendium nach West-Berlin kam *und hier als Regieassistentin bei Günter* Krämer, dem heutigen Bremer Schauspielchef, entdeckte, daß ihr ganzes Wesen eher zum Theater drängte. Sie war schließlich die erste Frau, die an Warschaus bekannter Regieschule die Aufnahmeprüfung schaffte. Inzwischen ist die Hausre*gisseurin am Warschauer Teatr Na* Targowku längst eine profilierte Künstlerin, die nach wie vor eine enge Beziehung zum deutschen Theater hat. So inszenierte sie zum Beispiel die polnische Erstaufführung des Horváth-Stückes „Don Juan kommt aus dem Krieg" – auch das ein für sie charakteristisches Thema: Vollkommenheit ist nur im Tode, das Leben bedarf dazu der Spiele.

Sie spielt immer ein bißchen Theater, *auch im Gespräch,* beim Essen, beim Einkaufen. Sie erscheint im Smoking eines Freundes zum abendlichen Umtrunk. Sie geht im Abendkleid auf den Markt. Aber die Trauer schlägt immer wieder durch. Plötzlich verläßt sie den Raum, um ihren Zusammenbruch zu verbergen. „Ich bin eben Polin", erklärt sie später, „wir sind es gewohnt, mit Verzweiflung zu leben. Aber unterkriegen läßt sich keiner von uns."

Auch ihr nächstes Projekt in Warschau, eine Collage aus Texten deutscher Autoren von Enzensberger bis Wondratschek, die sie selbst „montiert" hat, ist ihrem Lieblingsthema gewidmet: „Auf zerrissenen Saiten" lautet der Titel. Und Anna Matysiak erläutert dazu: „*Ich will keinen modischen* Defätismus, sondern die Balance aus Hoffnung und Schmerz." Ihre erste Regiearbeit in Deutschland aber sieht sie eher auf der Seite der Hoff*nung: „Keinen übermächtigen* Apparat im Hintergrund – das war wohl das Schönste an meiner ‚Totentanz'-Inszenierung. Sie glauben gar nicht, wie einen das beflügelt."

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Kaiserliche Kulisse für Charles und Lady Di

Die Wiener feiern das britische Thronfolgerpaar

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Daß Wien eine republikanische Kaiserstadt oder eine kaiserliche Republik-Hauptstadt ist, wird sich in diesen Tagen erweisen. Gestern sind hier an Bord einer „Concorde" das britische Thronfolgerpaar, Prinz Charles und Prinzessin Diana eingetroffen. Die österreichische Boulevardpresse hat bereits angekündigt, was nach Lage der Dinge unvermeidlich ist: Vor allem Prinzessin Diana werde Österreich „im Sturm erobern" und für nächste Zeit alle Skandale und Wahlkämpfe, von denen das Land geschüttelt wird, vergessen machen.

Von Politik wird beim Besuch des Prinzenpaares, das von 2000 österreichischen Gendarmen und zusätzlich von britischen Sicherheitsbeamten beschützt wird, kaum die Rede sein. Vielmehr sollen wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen Großbritannien und Österreich im Mittelpunkt des Aufenthalts stehen – und natürlich wird das monarchische, wenn schon nicht monarchistische Show-Element nicht fehlen. Dafür gibt Wien mit seinen kaiserlichen Prunkbauten eine treffliche Kulisse ab. Sogar der Bundespräsident residiert hier in kaiserlichen Gemächern, nämlich im leopoldinischen Trakt der Hofburg.

Bejubelt von der Wiener Bevölkerung begaben sich die königlichen Gäste gleich nach der Ankunft ins Wiener Rathaus, um sich dort ins Goldene Buch einzutragen. Dann besuchten sie die Graphik- und Kunstsammlung Albertina, benannt nach Albert, Herzog von Sachsen-Teschen. Am heutigen Dienstag will das Thronfolgerpaar in der Wiener Innenstadt einen Spaziergang machen: Eine Tatsache, die den Sicherheitsbeamten großes Kopfzerbrechen bereitet. Zu diesem Zweck werden sich zahlreiche Polizeibeamte in Zivil unters Volk mischen.

Neben den üblichen protokollarischen Besuchen und Banketts bei Bundespräsident Kirchschläger und Bundeskanzler Sinowatz werden die königlichen Gäste ein Gala-Konzert des Londoner Philharmonie-Orchesters besuchen, eine britische Design- und Kunstausstellung eröffnen, einer Modenschau in der Hofburg die Ehre geben und – zumindest Prinzessin Diana also – den Wiener Sängerknaben annehmen. Eines ist jetzt schon sicher: Beim Volk von Wien ist das Interesse für das britische Königshaus seit einigen Tagen so groß, daß die elektronischen ebenso wie die gedruckten Medien voll von Berichten über die Familie Windsor sind. Der Aufenthalt von Charles und Diana in der österreichischen Hauptstadt wird allerdings nur knapp bemessen sein. Am Mittwoch werden sie bereits wieder nach London enteilen.



Zumindest für drei Tage werden Prinz Charles und Lady Di den österreichischen Wahlkampf und die Diskussion um die Vergangenheit von Kurt Waldheim aus den Schlagzeilen verdrängen. Heute ist ein Bummel über die Kärntnerstraße vorgesehen, zum großen Kummer der Sicherheitskräfte. FOTO: AP

Gerhard Fieseler, der Konstrukteur des legendären „Storch", wird heute 90 Jahre.



Ein „Storch" fliegt in den Kessel von Demjansk. Kleines Foto: Weltmeister Fieseler 1934 FOTOS: ULLSTEIN/DIE WELT

Ein Flugzeug macht Geschichte

CLEMENS RANGE, Bonn

Selten hat in der Luftfahrtgeschichte ein Flugzeug derartiges Aufsehen erregt und soviel Popularität erlangt wie der „Fieseler Storch". Bei der Weltpremiere 1937 schrieb die Presse begeistert: „Das verrückteste Flugzeug, daß man je gesehen hat." Und: „Die Maschine, die keinen Flugplatz mehr braucht." Der Konstrukteur dieses legendären „Storch", Gerhard Fieseler, begeht heute in Kassel seinen 90. Geburtstag.

Schon im Alter von 13 Jahren befaßte sich der Sohn eines Bonner Buchdruckereibesitzers mit dem Bauen von Flugzeugmodellen. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, meldete sich Fieseler sofort zu der im Aufbau begriffenen Fliegertruppe. Wegen Tapferkeit wurde er zum Offizier befördert und nach 19 Luftsiegen hoch dekoriert. Nach dem Krieg führte Gerhard Fieseler dann eine eigene Druckerei – die Fliegerei schien er an den Nagel gehängt zu haben.

Es war im Sommer 1925 auf einer Flugschau, als er dem Flugfieber wieder verfiel. Fieseler sah Ernst Udet bei Kunstflügen und dachte sich: „Das könntest du besser!" Er verkaufte seine Firma – und war zwei Jahre später deutscher Kunstflugmeister. In den folgenden Jahren gewann Gerhard Fieseler fünf Deutsche und zwei Europameisterschaften und 1934 sogar in Paris die Weltmeisterschaft. Ungeschlagen trat der Luftfahrtakrobat, der unter anderem als erster den Looping nach vorn flog, ab und widmete sich fortan dem Segelflugbau in Kassel.



Fieseler und ein vom ihm gestifteter Preis FOTO: BILD AM SONNTAG

Was Fieseler von den anderen großen deutschen Flugzeugkonstrukteuren wie Heinkel, Messerschmitt oder die Gebrüder Günter unterschied, war, daß er als Kunstflieger aktiv flog. Zu seinem fliegerischen Gefühl kam ein fast genialer Instinkt für Konstruktion, Festigkeit und Statik. So kam es denn auch, daß Gerhard Fieseler in nur knapp neun Monaten seinen weltberühmten „Storch" zum Fliegen brachte.

Mit dem robusten Fahrwerk, der geringen Fluggeschwindigkeit und der guten Sicht für die Besatzung sowie einer Startstrecke von knapp 100 Metern erfüllte er die Forderungen des Reichsluftfahrtministeriums, daß sich ein Flugzeug wünschte, welches überall starten und landen sollte und möglichst den Fesselballon für Beobachter aus dem Ersten Weltkrieg ersetzen konnte. Wegen der gefederten Stelzenbeine, mit denen man sogar auf einem Acker landen konnte und nach bereits fünf Metern zum Stehen kam, gab Fieseler der Fi-156, so die offizielle Konstruktionsbezeichnung, den Namen „Storch".

Bis 1945 verließen 2549 Störche die Werkshallen. In zehn verschiedenen Versionen tat die Maschine mit den großen Fenstern ihren Dienst. Mit einem „Storch" inspizierte der „Wüstenfuchs" Rommel die Tarnung seines Afrikakorps. Mit einem „Storch" wurde Mussolini 1943 vom Gran-Sasso-Plateau befreit. Mit „Störchen" wurden eingeschlossene Truppen in Rußland versorgt und Verwundete in die Lazarette transportiert.

In der „Unsichtbaren Flagge" hat der Arzt Peter Bamm diesem Flugzeug ein literarisches Denkmal gesetzt: „Die Piloten der „Fieseler Störche" waren großartige Leute. Sie schlichen, um nicht von den russischen Ratas abgeschossen zu werden, mit unendlichen aviatischen Listen an den Pappelalleen entlang, fast am Erdboden hin, bis zu unserem Hauptverbandsplatz. Sie flogen noch, als die Russen schon den Dorfanger, auf dem sie landeten, mit Artillerie beschossen."

Skelett eines deutschen Soldaten entdeckt

AFP, Saargemünd

Das Skelett eines deutschen Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg, dessen Erkennungsmarke ihn als Mitglied einer SS-Einheit ausweist, ist am vergangenen Samstag von einem Spaziergänger im Wölflinger Wald bei Saargemünd gefunden worden. Nach Angaben der Polizei war der Mann, der während des amerikanischen Vorstoßes im Winter 1944/45 getötet wurde, etwa 35 Jahre alt. Das Skelett trug noch einen Helm. Daneben lägen auch einige persönliche Dinge wie Pfeife und Geldbeutel.

„Normal" nur bleifrei

dpa, München

In Österreich und der Schweiz ist verbleites Normalbenzin nicht mehr zu haben, teilte der ADAC gestern mit. Wer von Tankstelle zu Tankstelle weiterfährt, riskiere, mit leerem Tank liegenzubleiben. In Österreich gibt es nur noch bleifreies „Normal", Autofahrer müssen auf das teurere, bleihaltige Super ausweichen. In der Schweiz gibt es überhaupt kein Normalbenzin mehr, sondern nur noch bleihaltiges, herkömmliches Super oder das bleifreie, sogenannte „Europ-Super" mit 95 Oktan.

Hinrichtung wegen Verrats

dpa, Peking

Ein 31jähriger chinesischer Geschäftsmann ist wegen Verrats von Wirtschaftsgeheimnissen an ausländische Firmen gestern vom Obersten Gerichtshof in Peking zum Tode verurteilt worden. Er wurde noch am gleichen Tag von einem Exekutionskommando erschossen. Seine Komplizin, eine 40jährige leitende Regierungsbeamtin erhielt in dem gleichen Verfahren eine Freiheitsstrafe von 17 Jahren. Nach dem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua verschaffte der Hauptangeklagte ausländischen Autoexporteuren Vorteile, indem er seit Ende 1984 über die Regierungsbeamtin geheimgehaltene Bestimmungen über den Kfz-Import beschaffte und weitergab.

Notoperation bei Sechsling

dpa, München

Das Leben eines der Münchner Sechslinge ist nach Angaben der Klinikärzte „sehr stark bedroht". Bei dem untergewichtigen Jungen mußte in der Nacht zum Sonntag eine Notoperation am Darm vorgenommen werden. Es werde „sehr lange dauern", bis der Junge über den Berg ist, *teilte ein Klinikspreeher mit.*

25 Jahre unfallfrei

AFP, Perpignan

Mit dem Hinweis auf ein Viertel Jahrhundert unfallfreies Fahren wollte ein Autofahrer in der südwestfranzösischen Ortschaft Thuir die Polizisten einsichtig stimmen, die ihn wegen des Zickzackkurses angehalten hatten. Denn der 49jährige Niederländer Egebert Joosten hatte zu tief ins Glas geschaut. Die Frage nach dem Führerschein brachte ein zweites Delikt an den Tag: Joosten hat nie eine Fahrprüfung abgelegt.

Besatzung muß abnehmen

dpa, Stockholm

Die Besatzungsmitglieder der schwedischen U-Boote wiegen durchschnittlich zuviel und sollen deshalb in den kommenden zehn Wochen auf kalorienarme Kost gesetzt werden. Das schrieb gestern die Fachzeitschrift für Wehrpflichtige (Värnpliktsmytt). Nach Angben der Zeitschrift ist die normale Verpflegung der Soldaten reichlich und gut, doch gerde die U-Boot-Besatzungen hätten zu wenig Möglichkeiten, Ausgleichssport zu treiben.

Pilger trampelten sich zu Tode

Tragödie überschattet das Kumbh-Mela-Fest in Indien / 47 Opfer sind zu beklagen

CHRISTIAN FÜRST, Hardwar

Ein kleiner Fehltritt genügte, um das größte Pilgertreffen der Erde ins Chaos zu stürzen. Bis zuletzt hatten die Organisatoren gehofft, daß die Kumbh Mela, das nur alle zwölf Jahre stattfindende Hindu-Treffen in der nordindischen Stadt Hardwar am Ganges, ohne ernstere Zwischenfälle zu Ende gehen würde. Doch dann geschah, was viele befürchtet hatten: Einige der fast vier Millionen Pilger stürzten am frühen Montag morgen in dem unaufhaltsam vorwärtsdrängenden Menschenstrom. Innerhalb weniger Sekunden brach Panik aus, bei der fast 50 Menschen zu Tode getrampelt wurden.

Was vor drei Monaten als ungewöhnlich friedliches und farbenprächtiges Spektakel begann, endete mit einem schrillen und tragischen Mißklang. Erinnerungen wurden wach an die Kumbh Mela von 1950, als bei einer Prozession mit Elefanten ebenfalls Panik ausbrach und innerhalb von zwei Minuten 600 Pilger von den unkontrollierbaren Massen niedergewalzt wurden.

Drei Monate war das Städtchen Hardwar, 200 Kilometer nördlich der Hauptstadt Neu-Delhi, das ersehnte Ziel gläubiger Hindus aus aller Welt. Hunderttausende pilgerten vor allem in den vergangenen zwei Wochen täglich in die Stadt am „Tor zu den Göttern", dorthin, wo der heilige Ganges aus den Schluchten des Himalaya in die Ebene eintritt. Fast zwei Jahre lang bereitete sich die Stadt, in der sonst nur 150 000 Menschen leben, auf das Treffen vor. Knapp ein Prozent der indischen Bevölkerung, etwa sieben Millionen Menschen, hatten die Organisatoren für das gigantische Fest (Mela) eingeplant.

Doch der nicht enden wollende Strom der Pilger übertraf alle Erwartungen: Allein am vergangenen Mittwoch kamen 1,5 Millionen. Am Sonntag drängten sich fast 3,5 Millionen Pilger, um mit einem Bad in den Fluten des hier noch relativ sauberen, reißenden Stroms ihre Sünden fortzuwaschen. Und am Montag, dem Kumbh-(Krug-)Fest und Höhepunkt der Mela, drohte das Städtchen und seine engen Straßen angesichts der vier Millionen Pilger bei glühender Hitze fast zu ersticken.

Für wenige Tage und Wochen scheint in Hardwar alle zwölf Jahre das grausame indische Kastensystem vergessen. Beim Bad im Ganges gibt es keine Unterschiede. Alte Frauen, junge Mädchen, wohlbeleibte und ausgemergelte Männer, Millionäre und Bettler warten geduldig auf ihre Chance, in dem Strom unterzutauchen und sein Wasser trinken zu können. Am Har Ki Pauri, dem Hauptbadeplatz, nahe dem es am Montag zur tödlichen Panik kam, nehmen sich die meist nur in einen Lendenschurz gekleideten Männer und die in dünne Tücher gehüllten Frauen lachend bei der Hand, um das „Aarti", das segensreiche Bad im Ganges, zu zelebrieren.

Abend für Abend erscheinen die „Sadhus", Eremiten und selbsternannte Heilige in orangenfarbigen Gewändern. Einige sind völlig nackt, nur mit grauer Asche bedeckt. Gurus (Weise) und ihre Schüler nehmen das erlösende Bad gemeinsam. Vom Ufer dröhnen in der Dämmerung die Trommeln zu religiösen Gesängen, während unzählige Fakire auf der Promenade ihre schmerzhafte Kunst demonstrieren. (dpa)

Stalins Tochter will die UdSSR erneut verlassen

SAD, New York

Stalins Tochter Swetlana Allilujewa, die 1967 in den Westen ausreiste, aber 1984 mit ihrer in Amerika geborenen Tochter in die Sowjetunion zurückkehrte, will ihre Heimat ein zweites Mal verlassen. Sie teilte einem Moskauer Korrespondenten der „New York Times" mit, daß ihre Tochter Olga Peters ebenfalls ausreisen darf und daß sie sich dann wieder in England zur Schule gehen wird. Mutter und Tochter hatten vor ihrer überraschenden Rückkehr in die Sowjetunion in England gelebt.

Swetlana Allilujewa weigerte sich aber, Gründe für ihre erneute Ausreise in den Westen anzugeben. Während ihres Aufenthaltes in den USA war Stalins Tochter Amerikanerin geworden und hatte dort den Architekten William Wesley Peters geheiratet. 1973 ließ sie sich vom Vater ihres dritten Kindes scheiden. Zwei erwachsene Kinder aus früheren Ehen leben in der Sowjetunion. Die sowjetische Staatsbürgerschaft war ihr 1984 durch ein Sondergesetz wieder geschenkt worden.

LEUTE HEUTE

Ja-Wort auf dem Gipfel

Ein von den Bergen begeistertes amerikanisches Brautpaar aus San Francisco gab sich am Sonntag auf dem Gipfel des Aiguille du Midi (französische Alpen) in 3842 Metern Höhe das Ja-Wort. Die 28jährige **Kristie Turoff** hatte den Schleier an ihrer Wollmütze befestigt, als sie mit ihrem 35 Jahre alten Landsmann **Chuck Ortmeyer** bei minus 15 Grad vor dem protestantischen Pastor **Marc Richalot** aus Chamonix die Ringe wechselte. Die Feier fand im Gipfelrestaurant statt. Die „Hochzeitsreise" mußte allerdings wegen schlechten Wetters verschoben werden: Anstelle der geplanten Ski-Abfahrt bis zum Hotel in Chamonix nahm das frischgebackene Paar die Seilbahn und entschied sich für das klassische Ziel aller Jungvermählten: Venedig.

Marathon im Rollstuhl

Ausgangspunkt eines ungewöhnlichen Marathons war am Sonntag die Brücke über den Bosporus, das Ziel ist die Tower Bridge von London. Rund fünf Monate setzen zwei behinderte Briten, der 39 Jahre alte Universitätsprofessor **Tim Marshall** und der 59jährige pensionierte Ingenieur **Bill Levick** für die Strecke an, die sie im Rollstuhl bewältigen wollen. Zwei Medizinstudenten und zwei weitere Helfer begleiten sie über Sofia, Belgrad, Budapest, Wien, München und Luxemburg. Die Idee für das Unternehmen geht auf einen ähnlichen Marathon von zwei Amerikanern zurück, die im Jahre 1981 die Strecke Los Angeles–New York zurücklegten.

Auftrag vergeben

Der Auftrag für das „Hochzeitskleid des Jahres" ist nach Londoner Presseberichten bereits vergeben. Die Braut des britischen Prinzen **Andrew, Sarah Ferguson**, soll die in London ansässige Modeschöpferin **Linda Cierach** gewählt haben, deren Kreation sie bei ihrer Hochzeit am 23. Juli tragen will. Im Atelier im Stadtteil Fulham werden zur Zeit umfangreiche *Maßnahmen* ergriffen, damit der Entwurf für das Kleid nicht schon vor der Trauung bekannt und eventuell sogar kopiert wird. Die 32jährige Modeschöpferin ist für reich mit Perlen und Pailletten bestickte, glitzernde Roben bekannt.

WETTER: Regnerisch, etwas milder

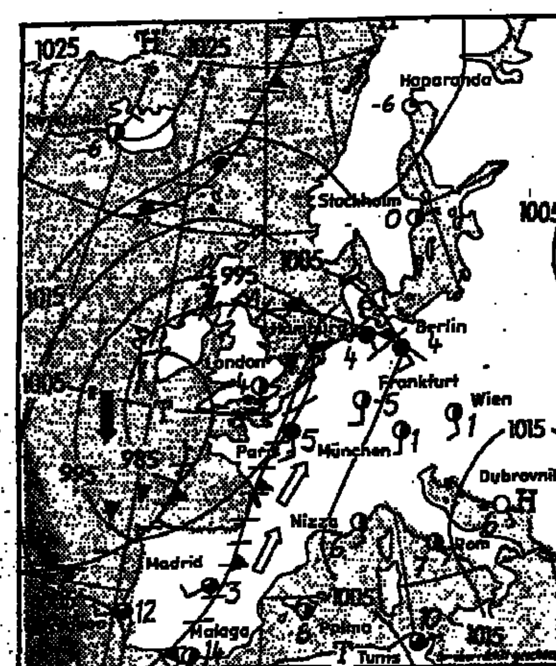
Lage: Im Strömungsbereich eines Tiefdruckgebietes über den Britischen Inseln wird atlantische Meeresluft nach Westdeutschland geführt.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden vorherrschend starke Bewölkung und zeitweise Regen. Temperaturen 7 bis 11 Grad, im Bergland bis 6 Grad. Tiefstwerte bei 5 Grad. Mäßiger Wind aus südlichen Richtungen. Im Süden unterschiedliche Bewölkung mit sonnigen Abschnitten, vereinzelt Regen. Nachts besonders im Osten nochmals leichter Frost. Temperaturen um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten: Zeitweise Regen bei ansteigenden Temperaturen. **Sonnenaufgang am Mittwoch:** 6.25 Uhr*, Untergang: 20.20 Uhr, **Mondaufgang:** 10.03 Uhr, Untergang: 3.19 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 15. April, 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	7	he
Bielefeld	4	bd
Braunlage	0	S
Bremen	5	bd
Dortmund	5	bd
Dresden	6	he
Düsseldorf	5	R
Erfurt	3	he
Essen	4	R
Feldberg/S.	-3	bw
Flensburg	6	bd
Frankfurt/M.	5	R
Freiburg	9	bw
Garmisch	6	he
Greifswald	6	bw
Hamburg	6	bw
Hannover	5	R
Kahler Asten	-2	fW
Kassel	2	Sr
Kempten	5	bw
Kiel	7	bd
Koblenz	7	bw
Köln-Bonn	5	bw
Konstanz	8	bw
Leipzig	7	bw
List/Sylt	3	bd
Lübeck	7	bd
Mannheim	7	R
München	6	he
Münster	8	bd
Norderney	5	bw
Nürnberg	7	he
Oberstdorf	6	he
Passau	5	he
Saarbrücken	5	bd
Stuttgart	6	bw
Trier	5	R
Zugspitze	-13	he
Ausland:		
Algier	16	bw
Amsterdam	5	bw
Athen	18	he
Barcelona	11	he
Belgrad	3	bd
Bordeaux	14	he
Bozen	10	wl
Brüssel	7	R
Budapest	2	bd
Bukarest	5	bd
Casablanca	–	–
Dublin	6	bw
Dubrovnik	9	he
Edinburgh	6	bw
Faro	9	bw
Florenz	14	he
Genf	10	bw
Helsinki	2	bd
Hongkong	25	bw
Innsbruck	6	he
Istanbul	10	Rs
Kairo	30	he
Klagenfurt	6	he
Konstanza	7	bd
Kopenhagen	2	S
Korfu	15	he
Las Palmas	20	bw
Leningrad	5	bw
Lissabon	15	R
Locarno	10	he
London	9	bw
Los Angeles	–	–
Luxemburg	5	Sp
Madrid	6	bw
Mailand	10	he
Malaga	13	bd
Mallorca	13	bw
Moskau	2	bd
Neapel	18	he
New York	–	–
Nizza	14	he
Oslo	3	he
Ostende	6	R
Palermo	15	he
Paris	7	R
Peking	16	bd
Prag	6	he
Rhodos	18	bw
Rom	11	he
Salzburg	7	he
Singapur	30	bw
Split	9	he
Stockholm	0	bw
Straßburg	7	bw
Tel Aviv	22	bd
Tokio	19	he
Tunis	17	he
Valencia	10	bd
Varna	13	bd
Venedig	9	he
Warschau	5	he
Wien	5	he
Zürich	8	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Ärzteschwemme oder Ärztemangel?

Apotheker aus Papenburg sucht mit Inseraten in niederländischen Zeitungen Spezialisten

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Frage, ob es in der Bundesrepublik Deutschland zu viele oder zu wenige Ärzte gibt, hat der Apotheker Werner Schöpper aus Papenburg im Emsland auf seine Weise entschieden: Er inserierte in verschiedenen holländischen Zeitungen, daß Mediziner aus den Niederlanden in seinem Gemeinwesen willkommen seien – und entfesselte damit einen Streit, in dem nicht gerade mit Wattebäuschchen geworfen wird.

Schwerer Stand für Hollands Mediziner

Die Zeitungsanzeigen des 38jährigen Besitzers der Michaelis-Apotheke, der auf seinem Papenburger Grundstück an der Straße „Splitting Rechts" Nummer 17 ein Ärztehaus errichtet, fanden reges Echo. Denn hier wurde verkündet, daß Papenburg einen Lungenarzt, einen Hautarzt, einen Neurologen, einen Orthopäden, einen Hals-, Nasen-, Ohrenarzt und einen Kinderarzt brauche, holländische Zahnärzte seien bereits am Platze. Im redaktionellen Teil der Zeitung „De Gelderlander" wurde die Anzeige von einem Text begleitet, in dem es hieß: „Nach Schöppers Ansicht finden deutsche Spezialärzte den Süden ihres Landes attraktiver. Der Norden Deutschlands kämpft mit einem großen Mangel an Spezialisten!" Gerade holländische Spezialärzte aber haben zur Zeit in ihrer Heimat durch die geltenden Gesundheitsgesetze einen schweren Stand bei der Niederlassung in freier Praxis. Als daher nun auch das „Algemeen Dagblad" in siebenspaltiger Aufmachung seine Leser mit dem aus Papenburg gemeldeten Notstand bekannt machte, rührte sich, alarmiert durch das Interesse im Nachbarland, der Vorsitzende des regionalen Ärztevereins, Dr. med. Michael Daniels: „Von einem Mangel kann überhaupt keine Rede sein!"

Das „Dagblad" hatte das Problem zudem mit einem Ostfriesenwitz erläutert: „Am Montag können die Ärzte in Norddeutschland kaum die vielen Schneide- und Stichwunden behandeln, weil die Ostfriesen alle am Sonntag mit Messer und Gabel gegessen haben."

Ärzte-Sprecher Daniels zum Vorwurf des Unterangebots an medizinischer Versorgung: „Möglich wäre hier auf längere Sicht die Niederlassung eines Hals-, Nasen-, und Ohrenarztes – durch Praxisübernahme. Durch die Niederlassung von weiteren Ärzten kommt es zwangsläufig zu einer Umverteilung und zum Absinken der Honorare." In Deutschland seien die Kassenärztlichen Vereinigungen nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung verpflichtet, im Zusammenwirken mit den Krankenkassen die kassenärztliche Versorgung auf Grund eines „Bedarfsplans" sicherzustellen. Das bedeute zum Beispiel 41 000 Einwohner für einen Hautarzt oder 25 000 für einen Kinderarzt. Das Wort „Ärzteschwemme" sei für die Region Papenburg „weiß Gott kein leeres Gerede".

Doch Schöpper mag in seiner Apotheke von so etwas nichts hören. Er hat schon 15 000 Mark in seine Inserate gesteckt und ist weiterhin der Meinung: „Die Ärzte wollen ihre weißen Kittel lieber in den großen Städten zeigen, obwohl man hier auf dem platten Land, wenn man wirklich arbeiten will, prima verdienen kann. Ich stehe zu meinen Worten!"

„Malochen, dafür aber goldene Nase verdienen"

Den Einwand, daß es sich bei dem auf 18 Kilometer Länge an einem Kanal gebauten Papenburg mit den Stadtteilen „Obenende" und „Untenende" um ein Spezialproblem handelt, möchte er nicht gelten lassen: „Die Ärzte müssen aus den Städten raus. Auf dem flachen Land müssen sie zwar malochen, können sich aber dafür goldene Nasen verdienen."

Daß es möglicherweise sogar der Hartmannbund so sieht, geht daraus hervor, daß, so Schöpper, er jetzt sein Inserat in die Verbandszeitschrift aufgenommen hat.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Tiroler Fremdenverkehrswerbung, Innsbruck, bei.

ZU GUTER LETZT

Bill Curtis liebte seine Züge mehr als seine Frau: Jeden Tag prüfte er am Bahndamm, ob die Züge pünktlich vorbeifuhren. Nach der von der Ehefrau gestellten Alternative „die Züge oder ich" ließ er sich scheiden.